BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

September 1962 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Chronik des Monats August 1962 S. 641
- Kommentare S. 644

- Die Lage:
  Dr. Achim v. Borries:
  Berlin und die Krise der Bonner Politik S. 649

- Klaus Ehrler:
  Europa hat schon begonnen S. 660
- Kurt Hirsch:
  Die SPD und das Notstandsgesetz S. 671
- „Eine gewisse Rechtsblindheit ..."
  (Zum NS-Richter-Problem) S. 682
- Dr. med. Joseph Weill, Straßburg:
  Die ärztliche Ethik und der Hunger in der Welt S. 692
- Vikar Albrecht Bausch:
  Politische Predigt in der Evangelischen Kirche (II) S. 699
- William L. Shirer:
  Zur deutschen Kritik an „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches" S. 707

- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 709

- Dokumente zum Zeitgeschehen S. 713

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VII. Jahrgang Heft 9

Vorgesehen sind u. a.:

Dr. Victor Kadalie:
Ist eine Partnerschaft zwischen Europa und Afrika möglich?

Helga Koppel:
Die Grundtorheit. Über den Antikommunismus.

Peter Lust, Montreal:
Krieg und Frieden

Hans Wirtz:
Zum Zweiten Vatikanischen Konzil

Anton Zischka:
Verdummt die Menschheit?

In den letzten Heften u. a.:

Albert J. Luthuli, Friedensnobelpreisträger:
Afrika und die Freiheit (1/62)

Prof. D. Helmut Gollwitzer:
Die Kirche in der deutschen Situation (5/62)

Prof. Dr. Albert Rasker:
Erwägungen zur deutschen Frage (5/62)

Außenminister
Dr. Adam Rapacki:
Zur Kritik an den polnischen Plänen für eine atomwaffenfreie Zone (6/62)

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder:
Von Ursachen und Folgen föderalistischer Mißverständnisse (7/62)

Dr. Hermann Rauschning:
Kontinuität des Irrtums (8/62)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Tel. 21 53 36; Postscheckkonto: Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank Köln.
Erscheinungsweise: Um den 10. jeden Monats. Preis DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VII. Jahrgang **September 1962** **Heft 9**

Chronik des Monats August 1962

1. 8. — Kernwaffen. Vorschläge für eine weitere Annäherung der Atommächte auf der Grundlage des Planes der acht neutralen Staaten (Text in „Blätter" Heft 6/62 S. 444) unterbreitet die schwedische Delegation in Genf: a) Einstellung der Versuche mit atomaren Waffen zunächst in der Atmosphäre, im Weltraum und unter der Meeresoberfläche; b) Festsetzung eines Datums, von dem an alle Experimente beendet werden; c) Einschaltung schon bestehender Beobachtungsposten der Meteorologischen Weltorganisation und ähnlicher Einrichtungen in die Kontrolle des Versuchsstopps; d) unverzügliche Errichtung der dazu notwendigen zentralen Behörde.

— Bundeswehr. Pressechef von Hase bestätigt die Existenz eines neuen Planungskonzepts MC 96 und die im NATO-Rat angestellte Überlegung, den Mannschaftsbestand auf ein Soll von 600 000 bis 750 000 Mann heraufzusetzen.

2. 8. — Algerien. Beauftragte der beiden rivalisierenden Gruppen treffen eine Vereinbarung. Danach übernimmt das politische Büro Ben Bellas die Vorbereitung für die Wahlen und die Umwandlung der FLN in eine politische Partei, während der provisorischen Regierung Ben Khedda die Beziehungen zum Ausland vorbehalten bleiben.

— Südvietnam. Den Gedanken einer 14-Mächte-Konferenz „zur Beilegung des Bürgerkrieges in Südvietnam" nach dem Muster der Internationalen Laos-Konferenz diskutieren die Regierungen in Peking und Hanoi (Nordvietnam). Der Plan soll die Unterstützung des Prinzen von Kambodscha besitzen.

4. 8. — Spanien. Auch nach Beendigung des im Mai für drei Monate verhängten Ausnahmezustandes behält sich die Regierung das Recht auf Zuweisung eines Zwangsaufenthaltes vor.

5. 8. — EWG. Auf Anfang Oktober vertagen Experten in Brüssel die Assoziierungs-Verhandlung zwischen Großbritannien und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. London will im September zunächst die Commonwealts-Staaten konsultieren.

— Kernwaffen. Mit der Explosion einer 30- bis 40-Megatonnen-Bombe eröffnet die Sowjetunion in der Nähe von Nowaja Semlja ihre schon angekündigte neue Versuchsserie. Es folgen weitere Tests im Kilo-Tonnen-Bereich. — Am 8. 8. deutet US-Botschafter Dean die Bereitschaft seiner Regierung an, die Zahl der Kontrollstationen zur internationalen Überwachung eines Versuchsverbots von 180 auf etwa 80 herabzusetzen.

6. 8. — Jamaica. Die Insel Jamaica (12 188 qkm — 1,7 Mill. Einw.) erhält nach 300 Jahren britischer Kolonialherrschaft die Unabhängigkeit. Bemühungen Londons, seine Besitzungen im Karibischen Meer in einer Föderation zu vereinigen, waren zuvor gescheitert.

8. 8. — Deutschlandfrage. Als „unfreundlichen Akt gegenüber dem deutschen

Volk" würde die Bundesregierung die Beteiligung „dritter Staaten" an einem Friedensvertrag des Ostens mit der DDR ansehen. Mit dieser Feststellung versucht Außenminister Schröder eine Neubelebung der Hallstein-Doktrin, die westlichen und neutralen Staaten im Falle einer Anerkennung Ostberlins mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen droht. — Der Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in der DDR, General Jakubowski, besucht das Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Heidelberg. In Washington setzt Sowjetbotschafter Dobrynin die in Genf geführten Gespräche seines Außenministers mit Staatssekretär Rusk fort.

— Gewerkschaften. Den Gewerkschaften komme nicht das Recht zu, „darüber zu entscheiden, wann eine Gefährdung der demokratischen Grundordnung oder der demokratischen Grundrechte vorliegt", erklären die Arbeitgeberverbände. Der DGB-Vorstand hatte am 24. Juli in einem solchen Falle „sowie bei Gefährdung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung" den „Allgemeinen Streik" angekündigt. In Kommentaren des DGB-Vorsitzenden Richter hieß es dazu, ein „aktueller Anlaß" (etwa die vorbereiteten Notstandsgesetze) habe für den Beschluß nicht vorgelegen.

9. 8. — Bundespost. Entweder müsse der Bundeshaushalt auf die gesetzlichen Abgaben der Post von jährlich 400 Mill. DM verzichten, oder eine Gebührenanhebung sei unvermeidlich, erklärt Minister Stücklen.

10. 8. — Wirtschaft. In Konkurs geht die Willy H. Schlieker KG. nach gescheiterten Vergleichsverhandlungen. — Überraschend legt Schlieker am 21. 8. Beschwerde ein.

11.—15. 8. — Weltraum. Insgesamt 4,6 Mill. km legen zwei sowjetische Raumschiffe — zum Teil im Formationsflug — zurück. Wostok III mit Kosmonaut Nikolajew umrundet die Erde in 94 Stunden 64mal, Wostow IV mit Popowitsch benötigt für 48 Umkreisungen 71 Stunden.

13. 8. — USA. Zu der erwarteten Steuersenkung kann sich die Regierung angesichts der wirtschaftlichen Lage in diesem Jahr nicht mehr entschließen. Die Erholung von der Rezession — so erläutert Präsident Kennedy im amerikanischen Fernsehen — lasse zwar zu wünschen übrig, aber das Sozialprodukt steige, und die Arbeitslosigkeit nehme ab.

15. 8. — Neuguinea. Holländische und indonesische Diplomaten unterzeichnen nach langen Verhandlungen am Sitz der UN einen Vertrag, der die Übergabe des niederländischen Kolonialbesitzes an Indonesien in Stufen vorsieht: Die Verwaltung wird mit der Ratifizierung des Abkommens durch die Vollversammlung in die Hände der Vereinten Nationen und ihrer Ordnungstruppen übergehen und nach dem 1. Mai 1963 den Behörden und Streitkräften Indonesiens übergeben. Später soll eine Volksabstimmung der auf Neuguinea (412 781 qkm — 0,7 Mill. Einw.) lebenden Papuas stattfinden. (Vgl. Dokumente zum Zeitgeschehen in diesem Heft.)

16. 8. — Tarifpolitik. Entschiedeneren Widerstand („erforderlichenfalls mit allen Mitteln") gegen die „überhöhten Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften" empfiehlt das Spitzen-Gremium der Arbeitgeber seinen Tarifträgern und propagiert dabei ein „tarifliches Schlichtungsverfahren".

17. 8. — Peru. Das State Department gewährt der in Lima herrschenden Militär-Junta diplomatische Anerkennung und verspricht weitere Wirtschaftshilfe.

— OAS. Auf dem Wege zu einem Treffen der Geheimorganisation wird der frühere französische Ministerpräsident Soustelle mit falschen Papieren in Italien erkannt und des Landes verwiesen.

18. 8. — Algerien. Unmittelbar vor Ablauf der gesetzlichen Frist hinterlegt das politische Büro bei der Provisorischen Exekutive die Kandidatenliste (180 Algerier und 16 Europäer) für die Anfang September ausgeschriebenen Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung.

— Berlin. Nach einem schweren Zwischenfall am 17. 8., bei dem ein junger Ostberliner bei der Flucht über die Sperrmauer von DDR-Grenzwachen erschossen worden war, kommt es in Westberlin zu Unruhen. Demonstranten beschädigen sowjetische Militärfahrzeuge, beschimpfen Angehörige der westalliierten Garnisonen, die Polizei setzt Wasserwerfer ein und nimmt Absperrungen vor. — In Moskau bezeichnet Ministerpräsident Chrustschow die Anerkennung der beiden Teile Deutschlands

und ihre Aufnahme in die UNO als noch ungelöste Probleme und plädiert erneut für die Stationierung neutraler Truppen in Westberlin.

19. 8. — Ungarn. Zugleich mit dem Ausschluß der ehemaligen Parteichefs Rakosi und Gerö verliert der ehemalige Außenminister Karoly Kiss sein Mandat im Politbüro. Zur Begründung heißt es, Kiss weigere sich noch immer, die Verantwortung für seine Tätigkeit vor dem Oktober 1956 anzuerkennen.

21. 8. — Kernwaffen. Eine Änderung der gegenwärtigen amerikanischen Rüstungspolitik fordern 177 amerikanische Universitätsprofessoren, um die Abrüstungsverhandlungen in Genf voranzutreiben. Solange die Regierung der USA eine nukleare Überlegenheit vorgäben, bleibe den Sowjets nichts übrig, als auf der eigenen Geheimhaltung zu bestehen. Der Offene Brief an Präsident Kennedy erscheint als Anzeige in der New York Times. (Der Wortlaut findet sich im Dokumentationsteil dieses Heftes.)

23. 8. — Berlin. Das Moskauer Verteidigungsministerium ordnet die Auflösung der Sowjet-Kommandantur in Ostberlin an und überträgt die Befugnis zur Kontrolle westlicher Truppen auf den Zufahrtswegen nach Berlin „zeitweilig dem Stab der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland". Die DDR-Volksarmee ernennt einen Stadtkommandanten mit Sitz in Berlin-Karlshorst. Während eines anschließenden Notenwechsels schlägt der Westen wieder eine Vierer-Zusammenkunft über Berlin vor, die die Sowjets mit Hinweis auf ihre „Unzuständigkeit für Ostberlin" bisher abgelehnt hatten.

24. 8. — Kuba. Von der amerikanischen Küstenstadt Miami in Florida starten zwei exilkubanische Schnellboote und führen einen Feuerüberfall auf einen Vorort von Havanna aus. Die Küstenwache beschlagnahmt die Fahrzeuge bei der Rückkehr.

25. 8. — Algerien. Mit neuen Auseinandersetzungen zwischen einigen Militärs und dem Politischen Büro Ben Bellas gerät Algerien an den Rand des Bürgerkrieges. Die Provisorische Exekutive verschiebt den Wahltermin vom 2. September. In der Hauptstadt demonstrieren Moslems mit dem Ruf: Sieben Jahre Krieg sind genug! Am 31. 8. stehen sich an der Grenze des Bezirks Algier bewaffnete Truppen beider Seiten gegenüber.

25.—28. 8. — UNO. Generalsekretär U Thant bespricht in der Sowjetunion mit Premier Chrustschow und Außenminister Gromyko Probleme der Weltorganisation in Hinblick auf die Herbstsitzung der Vollversammlung. U Thant besucht anschließend Polen, die Tschechoslowakei und Österreich.

27. 8. — Weltraum. Amerikanische Wissenschaftler zünden eine Rakete mit der Sonde „Mariner II" in Richtung Venus. Die Instrumentenkapsel soll Mitte Dezember 16 000 km an dem Planeten vorbeifliegen und von dort Meßergebnisse zur Erde übermitteln.

28. 8. — EWG. Meinungsverschiedenheiten über den britischen Beitritt zur EWG und einer Politischen Gemeinschaft werden nach einer Äußerung des Bundeskanzlers zwischen London und Bonn in Erklärungen und Gegenerklärungen sichtbar.

— Arabische Liga. Die VAR kündigt die Mitgliedschaft in der Organisation wegen der Differenzen mit Syrien.

29. 8. — Kernwaffen. Zwei britisch-amerikanische Projekte liegen in Genf vor: ein „begrenzter" Versuchsstopp, der die unterirdischen Explosionen ausnimmt, und die Einstellung aller Versuche unter der Kontrolle internationaler Inspektionen. Als mögliches Datum für ihr Inkrafttreten nennt Präsident Kennedy den 1. Januar 1963. Der Sowjet-Delegierte Kusnetzow beantragt ein freiwilliges Moratorium ab 1. November 1962.

30. 8. — Kambodscha. Die Regierung fordert erneut die weltweite Anerkennung ihrer Neutralität durch eine internationale Konferenz und verwahrt sich gegen „Aggressionshandlungen" aus dem benachbarten Thailand und Südvietnam.

31. 8. — FIBAG-Ausschuß. Der Untersuchungsausschuß schließt seine Arbeit mit der Entlastung des Bundesverteidigungsministers durch die CDU-FDP-Mehrheit ab. Der Bericht geht an den Bundestag.

— Trinidad. Im Karibischen Meer konstituiert sich auf bisher britischem Kolonialboden (5328 qkm — 0,9 Mill. Einw.) ein unabhängiger Staat.

Kommentare

Nicht appellieren — verhandeln!

Die Ereignisse in Berlin, neuerdings vor allem durch den schrecklichen Tod des 18jährigen Maurers Peter Fechter an der Mauer, werden immer dringlicher zu einem persönlichen Appell an jeden Deutschen, gleich, ob westlich oder östlich der Mauer, und zu einem nationalen Appell an das deutsche Volk insgesamt. Allerdings nicht zu einem Appell an unsere, wenn auch noch so verständlichen, Gefühle; davon hat es genug gegeben, das führt nicht weiter, das verleitet nur immer wieder dazu, geschichtliche Vorgänge ungeschichtlich, aus dem Augenblick heraus, zu betrachten, und das ist besonders in der gegenwärtigen deutschen Situation Gift, denn es lockt uns nur immer tiefer in die Sackgasse hinein, an deren Ende die Feuerwand des Krieges steht. Sondern zu einem Appell an unsere politische Geduld, an unser logisches Denkvermögen und an unsere Vernunft, an alle Tugenden also, die wir Deutschen der Menschheit nach zwei Weltkriegen allein schon um des Beweises unseres besseren Wir's willen schuldig sind.

Das zu fordern, bedeutet nicht den Versuch, das qualvolle Verbluten eines jungen Menschen irgendwie zu rechtfertigen. Was an jenem Tage hinter der Mauer auch geschehen sein mag, ob organisatorisches Versagen, ob Lähmung des Verstandes und menschlicher Regungen aus Angst vor den diesseits der Mauer dräuend demonstrierenden Westberlinern, oder sonst etwas: es bleibt eine Schande, und man muß die Verantwortlichen auf jeden Fall zur Rechenschaft ziehen. Selbst ein angeschossener Verbrecher hat in der Zivilisation Anspruch auf schnelle ärztliche Behandlung; und Peter Fechter war kein Verbrecher.

Aber wir gestatten uns doch auch die Frage: Ist es allein die Schande der Vopos und des Systems, dem sie dienen und das sie verteidigen? Eine Mauer quer durch Berlin war weder im Potsdamer Abkommen vorgesehen, noch ergab sich ihre Errichtung zwangsläufig oder gar schicksalhaft aus der Entwicklung der ersten Nachkriegszeit: sie wäre zu vermeiden gewesen. Ohne jene verhängnisvolle Bonner Ostpolitik der vorgetäuschten Taubstummheit wäre vieles nicht geschehen, auch nicht die Errichtung der Berliner Mauer, dann wäre dort bis auf diesen Tag nicht geschossen worden, und kein Peter Fechter hätte zu verbluten brauchen. Wir können uns hier im Westen drehen und wenden, wie wir wollen, wir werden die Mitverantwortung für das, was in Berlin geschah, geschieht und noch geschehen wird, nicht loswerden. In diesen Blättern wird seit sieben Jahren immer wieder betont: Wenn nicht verhandelt werden wird, wird geschossen werden. Nun, es ist nicht verhandelt worden.

Bonner Ost-Politik — das ist in erster Reihe Bonner DDR-Politik. Das ist nicht mehr allein Bonner Politik der Sowjet-Union oder Polen gegenüber, sondern das ist heute, wie die Dinge sich nun einmal entwickelt haben, vor allem unsere westdeutsche Politik jenem zweiten, dem ostdeutschen Staat gegenüber, den wir, wie es allen Anschein hat, nicht mehr aus der Welt schaffen können. Was muß in Berlin noch alles passieren, ehe man sich in Bonn bereit er-

klärt, endlich den Tatsachen ins Auge zu sehen? Nicht nur, daß dort geschossen wird, es ist in Westberlin auch schon gefährlich demonstriert worden, und zwar nicht, und das ist das Erschreckende, gegen die völlig unhaltbar gewordene Politik Bonn's und des West-Berliner Senats, sondern gegen die Amerikaner, — als wäre die Mauer deren Mauer und nicht die unsrige.

Das ist vor allem, was in diesen Tagen jedem Volksschüler bei uns klar gemacht werden müßte: Die Mauer ist unsere Mauer, Deutschlands Not ist unsere Not, Deutschlands Aufgabe ist unsere Aufgabe. Konrad Adenauers krampfhaftes Festklammern an der Theorie von der „Viermächteverantwortung" ist längst zur legalistischen Rechthaberei geworden; vor der Wirklichkeit — wie sie seit Jahren ist — wurde erst jetzt wieder überdeutlich der Vorhang gelüftet: durch die Auflösung der sowjetischen Stadtkommandantur in Ost-Berlin. Es gibt effektiv keine Viermächteverantwortung mehr, und mit dieser Tatsache haben die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges — die allesamt recht gut aufpassen, daß nicht Berlins wegen ihre eigenen Territorien in die Luft fliegen — sich inzwischen abgefunden, mehr noch: sie haben diese Tatsache in untergründiger Gemeinsamkeit überhaupt erst geschaffen. Wenn es eine gemeinsame Verantwortung für ganz Deutschland und ganz Berlin überhaupt noch gibt, dann ist es eine gemeinsame deutsche. In Appellen und Forderungen kann sie sich freilich nicht mehr erschöpfen. Die Stunde ist so weit fortgeschritten, daß gehandelt werden muß. Handeln aber bedeutet unerbittlich: Verhandeln. Und zwar vor allem mit Ost-Berlin, denn dorthin sind von den Sowjets nun einmal Entscheidungsbefugnisse delegiert worden, um deren Akzeptierung wir auf die Dauer mitnichten herumkommen werden. Nur kann es, wenn wir damit auch weiterhin passiv zuwarten, eines Tages leicht zu spät geworden sein: Der deutsche Bürgerkrieg — der mutmaßlich zum Zündfunken des Dritten Weltkrieges würde — ist nicht im gleichen Maße ausgeschlossen wie unerwünscht. Was nicht sein darf, hat schon oft sein gekonnt.

Was an der Situation in Westberlin beunruhigt, ist das Ausbleiben einer starken Bewegung, die Verhandlungen fordert; die West-Berliner müßten schließlich am besten wissen, daß ihre und unsere Zukunft nur auf diesem Wege gesichert werden kann. Immerhin scheint ihr „Regierender" ein wenig nachdenklich geworden zu sein; er löckt neuerdings wieder etwas mehr wider den Bonner Stachel. Doch fehlt vorläufig noch, wohin man blickt, jede Konsequenz. So ist es in der gegenwärtigen Lage nachgerade eine blutige Posse, die Bildung eines „Gesamtdeutschen Ausschusses" zu fordern — wie Herbert Wehner das soeben getan hat —, wenn dieser Ausschuß nicht aus Repräsentanten beider deutscher Staaten zusammengesetzt werden soll, sondern, laut Wehner, aus Vertretern der Bundestagsparteien, der Vertriebenen und der Sowjetzonenflüchtlinge. Was sollte ein solches Gremium erreichen können? Haben wir nicht am Gesamtdeutschen Ministerium und seinem Versagen schon genug zu tragen? Was könnte ein solcher Ausschuß mehr tun, als eines Tages, wenn Moskau schließlich doch seinen separaten Friedensvertrag mit Ost-Berlin macht, eine entrüstete schriftliche Erklärung dazu abzugeben?

Auf Erklärungen aber, welcher Art immer, kommt es nicht mehr an. Der Weg in die Zukunft hat nur noch zwei Durchlässe. Der eine davon ist trügerisch, denn er führt in den alles vernichtenden Krieg. Der andere führt an den Verhandlungstisch. Noch können wir uns einigermaßen freiwillig an diesen setzen. Gezwungenermaßen, später einmal, wäre es nicht nur peinlich, sondern das Verhältnis von Geben und Nehmen könnte sich bis dahin empfindlich zu unseren Ungunsten verschoben haben. J. W.

Die neue Hugenberg-Propaganda

Beim Waldenburger Heimattreffen war's, da rechnete der Hauptredner mit den Verzichtpolitikern ab, attackierte Presse und Rundfunk wegen ihrer Berichterstattung über die tatsächliche Lage in den früher deutschen Gebieten jenseits der Oder-Neiße, attackierte auch einen „Herrn Beckmann" (gemeint ist der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland), der ein Verzichtpolitiker sei, und forderte, Verzichterklärungen auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße in der Bundesrepublik strafrechtlich zu verfolgen —, „mit empfindlichen Gefängnisstrafen".

Da sage keiner, jener Redner habe sich um die Vergangenheit, die ja möglicherweise mit dem Verlust der Ostgebiete etwas zu tun hat, herumgedrückt. Er hat es ausgesprochen: das deutsche Volk „hat Rechtsverletzungen durchgeführt". (Noch das Vokabular läßt die Exaktheit solcher Unternehmungen ahnen.) Mutiger freilich wurde die Rede, als es um die anderen ging: die „rechtswidrige Annexion deutschen Gebietes ist ein Verbrechen". Und im übrigen sei es nicht angebracht, sich vor der Welt „zu erniedrigen, indem ein Schuldbekenntnis abgelegt wird." Auch den evangelischen Kirchen in Deutschland wies der Redner Aufgaben zu. Pflicht der Kirchen sei es, sich vom Tübinger Memorandum und ähnlich verräterischen Unternehmungen zu distanzieren.

Zum Dank für solcherart humane Leistungen bekam unser Redner die Gerhart-Hauptmann-Medaille. Der Redner war Erich Schellhaus, Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien und Vertriebenenminister des Landes Niedersachsen.

Das Waldenburger Heimattreffen fand am 26. August in Dortmund statt. Die in München erscheinende „Deutsche Soldaten- und National-Zeitung", immer vorneweg, hatte schon vor Wochen jede Art von Anerkennung der Grenze an Oder-Neiße als Verrat gebrandmarkt, und am 17. August war auf der Titelseite dieser Zeitung in Riesenlettern zu lesen: „Breslau — Königsberg — Eger — Danzig — Stettin werden wieder deutsch!" Die Soldaten- und National-Zeitung gab dem „Stern" die Antwort: „Es ist nicht unsere Sache, für die Lebensfähigkeit fremder Staaten durch die Hingabe deutschen Gebietes zu sorgen ... Polen provozierte den Zweiten Weltkrieg. Die Hauptschuld an diesem Völkermord liegt auf polnischen Schultern ... Heute schon möchten mehr Deutsche in Ostdeutschland siedeln, als daraus vertrieben wurden ..."

Zwei Tage nach dieser Ausgabe der Soldaten- und National-Zeitung meldete sich der schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel in dieser Sache zu Wort. Von Hassel sagte es auf seine Weise: „Die Auffassung neutralistischer Zirkel, der Rechtsanspruch auf Heimat und Selbstbestimmung" sei wirklichkeitsfremd, bedeute letztlich „eine Stärkung des Kommunismus". Eine deutsch-polnische Versöhnung werde „davon abhängen, ob Polen anerkenne, daß nur durch die kommunistische Austreibung eine neue Situation entstanden" sei.

Vor seinem Ministerpräsidenten hatte bereits der schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete und Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Alfred Gille, etwas gegen die Verzichtpolitiker getan. Gille meinte, für diese Leute sei hinter Gittern der beste Platz. Und „Unser Oberschlesien", Organ der Landsmannschaft Oberschlesien, applaudierte: „Die acht Weisen aber (gemeint sind die Verfasser des Tübinger Memorandums), sowie alle anderen Verzichtler, laufen bei uns frei umher. Dazu das große Heer undeutscher Journalisten, welche mit ihren unwahren Berichten über Polen die Welt verpesten und das deutsche Volk schädiden."

Nun glaube niemand, all diese Äußerungen seien lediglich Gefühlsaus-

brüche, geboren aus einer übermächtigen Liebe zur verlorenen Heimat. So kurzsichtig sind weder Schellhaus noch die Deutsche Soldaten- und National-Zeitung, weder von Hassel noch Gille, daß sie meinen könnten, der lautstarke Ruf nach Ostpreußen, Schlesien oder Pommern führe geradenwegs in diese Gebiete zurück. Und im übrigen gibt es genug Menschen, die einst in jenen Gebieten zu Hause waren, vielleicht weit mehr zu Hause waren als mancher „Vertriebenensprecher", die heute und hier gerade aus der Erinnerung an ihr eigenes Schicksal heraus eine Politik der Vernunft und des Friedens vertreten. In Wahrheit steht hinter der immer forscher werdenden Polemik gegen die „Verzichtlinge" etwas sozusagen Größeres, nämlich die Absicht, auf dem Vehikel des Verratgeschreis zu einem innenpolitischen Status in der Bundesrepublik zu kommen, der jede ernsthafte Opposition zur Politik der Stärke ausschließt. Die politische Funktion des „Kampfes gegen die Verzichtpolitiker" heute ist keine andere als einst die des „Kampfes gegen Versailles und die Dolchstoßpolitiker".

Es kennzeichnet unsere Situation, daß die neue Hugenberg-Propaganda entschiedenen Widerspruch weder bei den Sozialdemokraten (deren Koalitionsminister Schellhaus ist) noch bei jenen Christdemokraten findet, die in demokratischen Traditionen aufgewachsen sind. Die Politik Adenauers und die ihr prinzipiell zustimmende Sozialdemokratie haben sich in eine Lage hineinmanövriert, in der sie auf solcherart Hilfe angewiesen sind.

A. K.

Trügerisches Bündnis

Fahnenschwenkende Schulkinder, präsentierende Bundeswehr, zylindergeschmückte Notabeln, Konferenzen und Begrüßungen, Eilfahrten quer durchs Land, feierliches Hochamt und dazwischen — bewegen wir uns doch auf dem Boden der Demokratie — flinke „Reden ans Volk" zur Bestätigung der endlich besiegelten deutsch-französischen Freundschaft: die Regie unterließ nichts, um den Besuch de Gaulles zu einer Apotheose aufzubauschen, gerade in dem Augenblick, wo sowohl der französische wie der deutsche Staatsgötze ins Wanken geraten sind. Während eifernde Reden das große Werk feierten, fragt sich ganz Frankreich mit Bestürzung, wie dem nahenden Debakel zu steuern sei. Die fein organisierte Freudenstimmung ließ solche Bedenken nicht aufkommen, und auch die von der bundesdeutschen Presse gelieferte Begleitmusik war ganz auf Harmonie abgestimmt. Abgewandelt vernahm man das autoritätsstarrende Bekenntnis der „Welt", wonach de Gaulle, „dem über Siebzigjährigen, und dem betagten Kanzler nur wenig Zeit bleibt, um das Verhältnis der zwei Nationen über die Schwelle der Partnerschaft in den Raum einer unzerstörbaren Freundschaft zu führen." Gott erhalte unsere greisen Führer, auf daß sie uns den Weg ins gelobte Land weisen! Der Autoritätskult feierte genußvoll Triumphe und enthüllte das Fadenscheinige der von den beiden alten Männern manipulierten Demokratie. Strikt unerwähnt blieb der fortschreitende Einsturz des gaullistischen Regimes, das nichts anderes sichtbar werden läßt als eine gähnende Leere. Ebenso peinlich umgangen wurde die Nachricht von „Le Monde" (29. 8.), daß de Gaulle „es eilig habe, sich einen Abtritt zu verschaffen" und daß die Revolverkugeln eines Attentäters in seiner Meinung das schlechteste Finale nicht wären, um seine Laufbahn zu beschließen. Dem gut informierten Blatt zufolge stünde der Staatspräsident einer Auffassung von „Nach mir die Sintflut" nahe. Das paßt schlecht zu dem hier aufgezogenen Rausch, der geradezu als ein Wendepunkt in der Weltgeschichte hingestellt wird.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. De Gaulle wird sowohl von rechts wie von

links bekämpft. Zwischen den Bombenanschlägen der einen und den demokratischen Forderungen der anderen ruht seine Macht auf einem spärlichen, immer gefährdeten Gleichgewicht. Seit 1958 hat er zusehends mehr Befugnisse in seinen Händen konzentriert. Und um den auf ihn zukommenden Gefahren zu begegnen, sieht er nichts als das Weitergehen auf diesem Weg. So soll die Verfassung neu gemodelt werden, um die direkte Wahl des Staatschefs durch das Volk zu erlauben, was eine weitere Einbuße des ohnehin reduzierten Parlaments darstellen würde. Zwar gebührt de Gaulle das Verdienst, den Algerienkrieg endlich beendet zu haben, doch wird dadurch nur das Fragwürdige seines politischen Wissens unterstrichen. Denn solcherart führt er nicht s e i n e Politik durch, sondern die der demokratischen Linken. Seine eigenen Vorstellungen erwiesen sich seit 1945 als falsch: Verfechter des Empire-Gedankens wurde er zu dessen Liquidator. Mit einer anderen Konzeption verhält es sich ähnlich. Im Denken de Gaulles gibt es kein „Deutschland", sondern nur „deutsche Länder". Getreu dieser These handelte er nach dem letzten Weltkrieg, und sie findet sich noch in Reden des Staatspräsidenten. Dann machte er sich Bonner Losungen zueigen und widersetzte sich Berlin- und Deutschland-Verhandlungen. Natürlich handelt es sich dabei mehr um eine äußerliche denn eine tatsächliche Wandlung. Auch dies sollten Fanfaren und Hochrufe vergessen machen. Trotz ähnlichen Vorgehens in der Berlinfrage verfolgen Paris und Bonn verschiedene Ziele: De Gaulle hat seine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze bis heute nicht widerrufen. Und obwohl er vielen Städten seinen Besuch abstattete, weigerte er sich, eine Demonstrationsfahrt nach Berlin zu unternehmen, wozu bundesdeutsche Stellen ihn drängten. Das kam auch einer Demonstration gleich: einer anderen allerdings, wie man sie sich wünschte. Die Brüchigkeit dieses Bündnises wurde damit unterstrichen, das Zweideutige, Unausgesprochene, wissentlich im Dunkel Gelassene, die verfolgte Absicht: Wer nutzt wen aus? Tatsächlich versucht der General, die Bundesrepublik an sich zu ketten, um die Kraft wiederzugewinnen, die Frankreich der Verlust der Kolonien kostete. Über allem Wandel bleibt konstant die Idee der grandeur, die jetzt vermittels der Bundesrepublik geschaffen werden soll, mit deutschen Spitzen gegen die USA und England gerichtet. Das ist der reale Inhalt der Allianz.

Kann diese Strategie von seiten de Gaulles nicht überraschen, der seit je mit den Angelsachsen einen Strauß ausfocht, so ist der Kurswechsel eines Adenauer um so erstaunlicher, dessen gesamte Nachkriegskarriere unter amerikanischen Sternen stand. Weil Kennedy keine Atomwaffen herausgeben will, flüchtet man sich schmollend hinter die hohe Gestalt des Generals und droht mit einer „dritten Macht", die jahrelang von den gleichen Kräften befehdet wurde, weil sie glaubten, darin ein Mittel der Entspannung zu sehen. Diese Allianz trägt nicht nur den Stempel des Provisorischen, weil beide Partner verschiedene strategische Ziele verfolgen —, die Bundesdeutschen behaupten, die Wiedervereinigung zu wollen, während die Franzosen sie ablehnen, auch wenn sie bisweilen das Gegenteil versichern. In dem Maße, wie sie wirkt, ist sie voller Gefahren. Sie brachte bisher die sich anbahnenden Berlin-Verhandlungen zu Fall, während die eigensinnige französische Atompolitik das Wettrüsten förderte, das zur nuklearen Bewaffnung einer Vielzahl anderer Staaten, vor allem der Bundesrepublik, führen kann. Umgekehrt dient ihr Europakurs dem Zweck, zahlreiche Länder, insbesondere Großbritannien, auszuschließen. Machtpolitische Absichten, die den Frieden gefährden, treten zu unverhüllt auf, als daß man sich von den gegenseitigen Lobsprüchen der beiden Staatsgötzen beeindrucken lassen könnte. In Wirklichkeit soll die Szenerie den Weggang von zwei Gescheiter-

ten hinauszögern: De Gaulles bisherige Machtpolitik ist ebenso gescheitert wie die Wiedervereinigungspolitik Adenauers. Es ist gut, daß man in diesen Tagen festlichen Rummels, wo es von Beschwörungen der Geschichte wimmelt, sich dieser Tatsachen erinnert. So manches Ereignis wurde — nicht zuletzt in diesem Land — fahnenschwenkend als historisch gefeiert, das sich nachträglich als Etappe zum Zusammenbruch erwies. Kein Rummel kann wirkliche Zuneigung der Völker ersetzen, „gottbegnadete" Greise können nicht über das Fiasko ihrer Politik hinwegtäuschen. H. A.

Die Lage

Dr. Achim von Borries

Berlin und die Krise der Bonner Politik

Bewegter August in Berlin

Die Ereignisse in Berlin Mitte August haben nachdrücklicher denn je zuvor erkennen lassen, welch weltpolitischer Krisenherd die alte deutsche Hauptstadt geworden ist. Das Wort von der „Notwendigkeit einer Lösung des Berlin-Problems" ist dem Bereich propagandistischer Schlagworte heute weit entrückt, mögen auch solche Schlagworte weiterhin an unser Ohr dringen. Eine sachliche Analyse der Vorfälle im August und seither, eine Analyse, die nicht bei Einzelnem stehenbleibt, sondern die Zusammenhänge zu erhellen versucht, zeigt, wie ungeheuer gefährlich, wie verantwortungslos eine weitere Verschleppung ernsthafter Bemühungen um eine Minderung der Spannungen in Berlin wäre. Alles, was in Berlin geschehen ist und geschieht, lehrt eindringlich, daß es mit Protesten (wie berechtigt sie auch sein mögen), Deklamationen, Appellen und dergleichen weniger denn je getan ist. Wollte man sich auch weiterhin auf sie, die nun seit Jahren schon als Politik-Ersatz fungiert haben, beschränken, so würde das mit Gewißheit zu einer weiteren Zuspitzung der Lage in Berlin, mit unabsehbaren Folgen, führen. Wenn irgend etwas in diesen Wochen Not tut, dann sind es äußerste Besonnenheit und der Mut zu klaren, gegebenenfalls auch sehr unpopulären Entscheidungen.

Aus der jüngsten Entwicklung in Berlin ist die Lehre zu ziehen, daß das Abwarten des Westens in dieser Frage seit Chrustschows Initiative von Ende 1958 sich nicht nur nicht bezahlt gemacht hat, sondern den Westen, vor allem aber Berlin selbst immer teurer zu stehen kommt. Man hat es versäumt, in weitsichtiger Einschätzung der Realitäten rechtzeitig durch eigene Verhandlungs-Initiativen eine Neuregelung des Berlin-Status im Sinne einer Kompromißlösung zu versuchen. Auf diese Weise hat man zwar die westliche Position in Westberlin bis heute behaupten können, aber um einen gefährlich hohen Preis. Vor allem aber hat der Westen durch sein jahrelanges Zögern in der Berlin-Frage sich selbst in die heute schon klar erkennbare Zwangslage gebracht, nun, angesichts der

bedrohlichen Zuspitzung der Lage in Berlin, in verhältnismäßig kurzer Zeit seine bisherige Politik doch wesentlich revidieren zu müssen, will er nicht das Äußerste riskieren. Gerade weil er sich — und das gilt im wesentlichen für Washington so gut wie für Bonn und Westberlin selbst — jahrelang und bis zuletzt mit solcher Unbedingtheit auf die alten Positionen festgelegt hat, ist der nun unumgänglich gewordene Übergang zu einer neuen Berlin-Politik voller großer Risiken. Es rächt sich, daß man nicht langfristig geplant und den Übergang politisch wie psychologisch rechtzeitig vorbereitet hat.

In den unruhigen Tagen dieses August jährte sich zum erstenmal der Tag der Trennung der beiden Teile Berlins durch den Bau der Mauer. Auf beiden Seiten der Mauer ist zwischen dem 13. August 1961 und dem 13. August 1962 viel über den angeblichen Sinn bzw. Unsinn dieses Grenzwalles mitten in Berlin gesagt und geschrieben worden. Die Realitäten diesseits und jenseits der Mauer wie unmittelbar an der Mauer selbst machen deutlich, daß man auf beiden Seiten mit zum Teil gefährlichen falschen Vorstellungen gearbeitet hat, deren Gefangener geworden ist.

In Ostberlin wähnte man, dem Regime durch die Sperrung der Grenze in Berlin, d. h. durch die Ver-Mauerung des Fluchtweges nach Westberlin eine entscheidende politisch-psychologische Entlastung geben zu können. Vor allem hoffte man, der Mauer-Schock werde die dem Regime nach wie vor ablehnend oder gar feindselig gegenüberstehenden Teile der Bevölkerung der DDR endgültig resignieren lassen und damit zur Anpassung an das System zwingen. Teilweise mag die Errichtung der Mauer diese Wirkung gehabt haben. Ungeachtet dessen sind, aus zahlreichen Gründen, Unzufriedenheit und Unmut weiter Teile der Bevölkerung jenseits der Mauer nach wie vor groß. Wir haben bereits vor zwei Monaten an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß es einer ganz anderen psychologischen und politischen Konsolidierung des Systems bedarf als der seit dem 13. August 1961 von ihm erreichten, wenn die Gefahr eines deutschen Bürgerkrieges, mit seinen katastrophalen Konsequenzen, auch von östlicher Seite her wirklich gemindert werden soll. Solange ein derart krasses Mißverhältnis zwischen den Ansprüchen des Regimes einerseits und denen des überwiegenden Teiles der Bevölkerung der DDR andererseits besteht, besteht auch diese Gefahr einer bürgerkriegsartigen Explosion. Die Regierung der DDR wehrt sich nicht ohne Recht und nicht ohne Grund gegen alle westlichen Versuche, die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu schüren; das kann sie indes nicht der Pflicht entheben, zwischen der Unruhe selbst und ihren Anlässen einerseits, den die Unruhe schürenden Einwirkungen von außen andererseits zu unterscheiden. So hat die Mauer vorerst die ihr von den Erbauern zugedachte Funktion nur bedingt erfüllen können. Und erst an der zukünftigen i n n e r e n Politik des Regimes, im Schutze der Mauer, wird sich entscheiden, ob — wie in Ostberlin immer wieder gesagt wird — der 13. August 1961 wesentlich dazu beigetragen hat, die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes in Deutschland abzuwenden.

Diesseits der Mauer ist man nun zwölf Monate lang propagandistisch (und nicht nur propagandistisch) gegen die Mauer angerannt. Tag für Tag hieß es hundertfach, tausendfach „Die Mauer muß weg", ohne daß doch diejenigen, die für diese Agitation verantwortlich waren, auch nur einmal klar gesagt hätten, w i e denn die Mauer beseitigt werden sollte. Mit der permanenten Wiederholung jener Parole war politisch nicht das geringste zu gewinnen, wohl aber wurden unbestimmte Wünsche, Hoffnungen, Erwartungen, anders gesagt es wurden gefährliche Illusionen unaufhörlich genährt. Der Augenblick mußte ein kritischer werden, in dem zum erstenmal der Abgrund sich auftat zwischen diesen unklaren Vorstellungen und den Realitäten. Der August 1962 hat dies Mißverhältnis zwi-

schen der Parole „Die Mauer muß weg" und der politischen Wirklichkeit in Berlin und Deutschland unmißverständlich offenbar gemacht.

Nach Lage der Dinge war seit dem 13. August 1961 einzig darüber zu diskutieren, w i e die unnatürliche Trennung der beiden Teile Berlins sich mildern oder gar aufheben läßt. Die Antwort auf diese Frage konnte nur eine p o l i t i s c h e sein. Die Mauer ließ sich und läßt sich nicht hinweg-protestieren! Aber wer in Westberlin und in der Bundesrepublik hat zwischen dem 13. August 1961 und dem 13. August 1962 den Mut gehabt, das klar zu sagen und daraus die Konsequenzen zu ziehen? Stattdessen hielt man es für patriotisch, gedankenlos in den Chorus derer einzustimmen, die „Schandmauer" riefen und sich damit der wesentlich patriotischeren Anstrengung besonnenen politischen Denkens und Handelns enthoben glaubten. Die große Ernüchterung konnte nicht ausbleiben. Und es war zu erwarten, daß sie eine aufgeputschte Minderheit zu einer Art Amoklauf gegen die Mauer veranlassen würde. Es ließ sich aber auch absehen, daß alle derartigen Versuche, die Mauer mit improvisierter oder organisierter Gewalt zu stürmen, einen für Berlin katastrophalen Ausgang nehmen und womöglich eine weltpolitische Katastrophe heraufbeschwören würden.

Eine besondere Rolle in der rein emotionalen Anti-Mauer-Agitation spielt seit langem die BILD-Zeitung des Hauses Springer. Mitte August erreichte die Aufputschung der Westberliner Bevölkerung durch BILD einen neuen Höhepunkt. An mehreren Tagen hintereinander brachte das Blatt eine Fülle von Leserzuschriften zum Thema Mauer, unter den Überschriften „Die Mauer muß weg" und „Schlaft nicht". In den Zuschriften wird durchweg eine „härtere Politik" gegenüber Ostberlin gefordert. BILD selbst erklärte, am 13. August 1962 sei der Welt wieder einmal deutlich gezeigt: „Die Deutschen finden sich mit dieser Mauer nicht ab. Solange diese Mauer steht, kann es im Herzen Europas keinen Frieden geben. Die Mauer muß weg!"

Aus verschiedenen Berichten des „Spiegel" weiß man, daß BILD sich nicht auf solche Propaganda beschränkt, sondern aktiv beteiligt ist an zahlreichen Versuchen, die Mauer durch Tunnelbauten, Sprengungen etc. außer Funktion zu setzen. Herr Springer organisiert in Berlin seit langem mit wohlwollender Duldung des Senats eine eigene Irredenta. Die besonders heftigen Demonstrationen an der Mauer in den Tagen nach der Erschießung und dem Verbluten des jungen Ostberliners Peter Fechter unmittelbar an der Grenze zwischen Ost- und Westberlin sind nicht zuletzt eine Frucht dieser Springer-„Politik". Sogar die Alterspräsidentin des Bundestages, Frau Elisabeth Lüders, Berlin (FDP), hat in einem Brief an den „Tagesspiegel" gegen sie protestiert. Jene Demonstrationen, deren Ausgangspunkt verständliche Empörung war, arteten sehr bald in wilde Krawalle aus, so daß schließlich die Westberliner Polizei eingreifen mußte, um eine Katastrophe zu verhindern. Diese Katastrophe drohte, als Demonstranten die Mauer zu stürmen und den Autobus anzugreifen drohten, der die sowjetische Wache zum Ehrenmal der Roten Armee im britischen Sektor, unmittelbar hinter dem Brandenburger Tor, bringt.

Diese Vorfälle verdienen und fanden nicht zuletzt darum solche Aufmerksamkeit, weil die Westberliner Demonstranten eine ausgesprochen anti-amerikanische Haltung einnahmen. Den Amerikanern wurde „schwächliche Haltung", „Weichheit", „Feigheit" usw. vorgeworfen. Man verlangte „Gegenmaßnahmen". BILD veröffentlichte nach dem Tode Peter Fechters zahlreiche ähnlich gehaltene Zuschriften. Man darf wohl sagen, daß hier zum erstenmal eine schon seit dem 13. August 1961 in Westberlin wuchernde Enttäuschung über die Zurückhaltung der Westmächte, vor allem der USA zum Ausbruch gekommen ist. Auch hier handelt es sich um das Abreagieren einer unvermeidlichen Desillusionierung.

Allzulange hatten Behörden und Presse Westberlins die Hoffnungen auf eine nach Lage der Dinge kaum denkbare „härtere" Berlin-Politik Washingtons gefördert. Und nicht nur das. Es ist von Westberliner wie von Bonner Seite in den letzten Monaten auch immer wieder versucht worden, die USA auf den Weg einer solchen „härteren" Politik in Berlin zu zwingen. Ein wesentlicher Erfolg war diesen Bemühungen nicht beschieden. So wenig die Westmächte sich bisher zu einer konsequenten n e u e n Berlin-Politik entschieden haben, so wenig waren und sind sie doch bereit, sich jenem deutschen Begehren zu fügen. Sie wissen, daß sie sich damit noch weit gefährlicher als bisher verstricken würden. Und wenn sie einer Lektion in diesem Sinne noch bedurft hätten, dann haben die Vorfälle Mitte August ihnen diese Lektion gegeben. Mehr denn je ist sich heute der Westen der außerordentlichen Risiken seines Engagements in Berlin bewußt.

W e s t l i c h e r U n m u t ü b e r B o n n u n d B r a n d t

Die amerikanisch-russischen Gespräche über Berlin sind in Bonn und Westberlin stets mit Mißtrauen verfolgt worden. Allein schon, daß die USA überhaupt zu solchen Sondierungen bereit waren, wurde ihnen verübelt. Seit einiger Zeit gelten die Amerikaner in der Bundesrepublik und in Westberlin als nicht mehr ganz zuverlässige Bündnispartner, weil sie den außenpolitischen wie den militärpolitischen Ambitionen der Bundesregierung nicht mehr so unzweideutig wie in früheren Jahren ihre Unterstützung leihen. Man hat das Washington spüren lassen. Entscheidend ist, daß die Vereinigten Staaten zwar nach wie vor bereit sind, die Bundesrepublik und auch Westberlin vor einem Angriff zu schützen, daß sie aber offenbar nicht mehr bereit sind, die von Bonn noch immer nicht aufgegebene Politik der Zurückdrängung der Sowjetunion aus Mitteleuropa aktiv zu unterstützen.

In den Tagen nach der Erschießung Peter Fechters machte in Westberlin das böse Wort „Verraten und verkauft" die Runde. Demonstranten riefen dem Bürgermeister Brandt, der sie zu beruhigen versuchte, entgegen: „Willy wir brauchen Waffen!" Andere zogen noch radikalere Konsequenzen aus dem angeblichen „Versagen" der Amerikaner und verlangten: „Die Bundeswehr muß nach Berlin!" Es ist gut zu verstehen, daß dem Westberliner Bürgermeister angesichts dieser Aufwallungen unwohl wurde, und er die Notwendigkeit erkannte, Öl auf die Wogen zu gießen, ehe diese Wogen auch über ihn selbst hinweggingen. Aber das enthebt Brandt nicht der Mitverantwortung für diese Vorfälle, die nur eine Frucht der auch vom Westberliner Senat jahrelang betriebenen Pseudo-Politik sind. Heute hat Herr Brandt alle Mühe, die Geister wenigstens zu bändigen, die er einst selbst gerufen hat und die nun eine Entspannungspolitik in Berlin zu verhindern, die Spannung daselbst weiter zu erhöhen drohen.

Im Westen ist denn auch diese Mitverantwortung des Berliner Senats gerade für die Ereignisse im August mit Nachdruck betont worden. Der New Yorker republikanische Senator Javits erklärte am 21. August, die Erschießung Peter Fechters sei „absolut unerträglich"; doch könnten die USA es nicht zulassen, daß die amerikanische oder westliche Politik durch eine solche Situation zwingend beeinflußt werde. Die westlichen Alliierten könnten sich ihren Kurs nicht durch Westberliner Demonstrationen aufzwingen lassen. Bürgermeister Brandt sollte die Westberliner von allen solchen Versuchen abhalten. Er, Javits, hoffe, Präsident Kennedy und das Außenministerium würden dieses Problem den politischen Führern in der Bundesrepublik „kristallklar" erläutern. — Die Zürcher TAT wußte am 23. 8. zu berichten, daß die Einwände des Senators gegen das Verhalten von Bürgermeister Brandt nach gewissen Informationen auch an sehr hoher Stelle der amerikanischen Außenpolitik einige Zustimmung gefunden ha-

ben: „Das bisher ausgezeichnete Verhältnis zwischen dem regierenden Bürgermeister und den Amerikanern scheint sich merkwürdig abgekühlt zu haben — wobei die Kritik anscheinend von Washington aus weit schärfer geübt wird als von den zuständigen Autoritäten an Ort und Stelle." Der Londoner Evening Standard schrieb am 21. August: „Die Versuche, eine Kriegsatmosphäre in der Stadt zu schaffen, sind nicht nur das Werk von Rowdies. Die Zeitungen, die nach der Rückkehr General Clays gerufen haben und die Berliner Politiker, die flammende Erklärungen abgaben, in denen sie die ‚Schwächlichkeit' der Alliierten angriffen, sind ebenso verantwortlich." Die Neue Zürcher Zeitung hatte bereits am 20. August aus Berlin berichtet: „Auf seiten der westlichen Verbündeten besteht der Eindruck, daß immer wieder versucht werde, sie indirekt und direkt unter Druck zu setzen, und zwar teilweise mit Methoden, die unter freien und verbündeten Partnern ausgeschlossen sein sollten. Es sei unverkennbar, daß an dem Vertrauensverhältnis zwischen den alliierten und den deutschen Stellen, das früher so unkompliziert und fest gewesen sei, mehr und mehr gerüttelt werde." Die Washington Post fragte am 21. August besorgt: „Wo würde eine Schießerei zwischen West und Ost an der Berliner Mauer enden?" Schließlich sei noch einmal der Evening Standard zitiert: „Ein Krieg, den weder Rußland noch der Westen wünschen kann, könnte ausbrechen, allein weil die Verantwortlichen in Westberlin nicht in der Lage oder nicht willens sind, in ihrer eigenen Stadt Ordnung zu halten."

Das Grundproblem: Die Nichtanerkennungs-Politik Bonns

Die westlichen Kritiker beschränken sich indes nicht auf eine Analyse der Lage in Berlin selbst. Einige von ihnen stießen bis zum Kernproblem vor: dem Problem der Bonner Politik gegenüber der DDR. Berlin-Frage und Deutschland-Frage sind hier unmittelbar miteinander verknüpft. Es ist offenbar, daß eine Entspannung in Berlin nur auf politischem Wege, d. h. auf dem Wege über Verhandlungen mit der DDR-Regierung und den Ostberliner Stadtbehörden möglich ist. Angesichts der Bedrohlichkeit der Lage in Berlin jetzt diesen Weg immer noch nicht gehen zu wollen, wäre unverantwortlich. Tatsächlich steht das starrsinnige Festhalten an einer politisch unsinnig gewordenen Nichtanerkennungs-Politik einer Entschärfung der Lage in Berlin im Wege. Man schafft durch diese Politik die DDR so wenig aus der Welt wie die Mauer. Besonders schlimm aber ist es, daß man nach wie vor eine aktive Nichtanerkennnungs-Politik betreibt, in dem Wahn, die DDR mit der Zeit doch noch, sei es von innen, sei es von außen (bzw. von innen und außen) „liquidieren" zu können; so verschärft man selbst die Lage weiter.

In der westlichen Presse wird denn auch der Bundesregierung ganz offen vorgeworfen, diese ihre Nichtanerkennungs-Politik blockiere die so unerläßliche Kompromißlösung in Berlin. So hieß es im Guardian: „Die Bundesrepublik weigert sich im Verein mit Frankreich, irgend etwas zu erwägen, was nach der Anerkennung der Sowjetzone aussieht. Eine solche Haltung dürfte den Erfordernissen der gegenwärtigen Situation, in der Chrustschow die Krise jederzeit ernstlich zum Sieden bringen kann, niemals genügen." Der bekannte britische Labour-Abgeordnete und Publizist Richard Crossman erklärte am 24. August 1962, nach einem Besuch in beiden Teilen Berlins, im New Statesman: „Anstatt Herrn Brandts rhetorischen Angriffen auf die Mauer Beifall zu zollen, sollten wir ihm offen sagen, daß die Mauer eine der Vorbedingungen der friedlichen Koexistenz in Berlin sei, und wir sollten ihm die Argumente für eine Anerkennung der DDR unterbreiten, deren Stichhaltigkeit er kennt, aber nicht zuzugeben wagt. Die einzige Chance, die Freiheit der Westberliner zu bewahren, liegt darin, sie vom

Rand der Grube zurückzuzerren, die sie für sich selber graben, und ihnen dann die Bedingungen der Koexistenz mit den Kommunisten auf der anderen Seite der Mauer aufzuzwingen." — Eine besonders abgewogene Analyse der schwierigen Situation in Berlin, verbunden mit unmißverständlichen Ermahnungen an die deutsche Adresse, fand sich im Observer vom 26. August: „Die Position in Berlin ist so gefährlich, wie sie tragisch ist. Die kommunistischen Autoritäten mögen hoffen, durch ihre Brutalität andere Ostdeutsche vom Versuch zu fliehen abzuhalten, aber sie gehen auch den besten Weg, einen neuen Geist des Nationalismus und des Verlangens nach Rache unter den Westdeutschen zu fördern. Es besteht die ernste Gefahr, daß sie eines Tages einen westdeutschen Angriff auf die Mauer provozieren oder entlang der Grenze, der unvorhersehbare Konsequenzen haben würde. Die Westdeutschen können nicht wegen ihres Unmuts beschuldigt werden — jede Nation würde so fühlen. Aber sie sollten überlegen, ob sie nicht einige Verantwortung haben durch die Ablehnung jeglicher Verhandlungen zwischen Rußland und dem Westen, die eine gewisse Anerkennung Ostdeutschlands und eine gewisse Begrenzung der westdeutschen Aufrüstung einschließen würden." Hier ist die außerordentliche Verantwortung b e i d e r deutscher Staaten für die Zuspitzung der Lage in Berlin klar umrissen.

Wir haben oben davon gesprochen, daß es sich bei der hier kritisierten Politik um eine a k t i v e Nichtanerkennungs-Politik der Bundesregierung handelt. Das will besagen, daß politisch und propagandistisch noch immer versucht wird, das System in der DDR zu unterminieren. Zudem wird, neuerdings in noch verstärktem Maße, durch stark gefärbte Berichte aus der DDR der Eindruck zu erwecken versucht, es sei wenigstens auf längere Sicht mit einem inneren Zusammenbruch des Regimes zu rechnen und es bedürfe nur der aktiven Geduld, bis es soweit sei. Diese Hoffnung auf einen inneren Zusammenbruch der DDR soll das Festhalten an der Politik der Stärke und das Verlangen nach ihrer Forcierung in Berlin rechtfertigen. Zumal die Agitation der schon einmal erwähnten BILD-Zeitung will systematisch die Vorstellung nähren, die Unzufriedenheit in der DDR werde immer größer, der innere Druck auf das Regime immer stärker. Am 13. August hieß es u. a.: „Protest-Demonstrationen in den Leuna-Werken, dem größten Industriebetrieb der Zone — Unruhen im sächsischen Kohlenrevier — sind das Einzelfälle?" In einem Zwischentitel wurde erklärt: „Man kann uns nicht ewig unterdrücken!" In einem am 15. August veröffentlichten Leserbrief wurde die Bildung einer OAS-artigen „bewaffneten Widerstandsbewegung" in der DDR gefordert. BILD am Sonntag brachte am 12. August einen ganzseitigen Bericht aus der DDR, in der Form eines Gesprächs mit einem Flüchtling. Dieser Bericht endete mit den Sätzen: „Meine Hand zögert, es niederzuschreiben. Aber es ist die Meinung eines Mannes, der jetzt von drüben gekommen ist, der nichts unüberlegt daherredet — und der mir versicherte, daß das was er mir sagte, die Gedanken fast aller Landsleute drüben seien: lieber essen wir trocken Brot; wenn etwas geschieht, dann nur von innen. Es ist das Warten auf einen zweiten 17. Juni. Es ist die bittere, verzweifelte Hoffnung: dieser Tag kann nur kommen, wenn es uns noch schlechter geht."

Nichts ist in diesem Augenblick unverantwortlicher als das Suggerieren solcher Vorstellungen. Denn wenn eines nach den Erfahrungen der letzten Jahre gewiß ist, dann dies: Die Sowjetunion wird einen inneren Zusammenbruch der DDR um jeden Preis verhindern. Wer immer noch auf einen solchen Zusammenbruch hofft, ja auf derartige Hoffnungen seine gesamte Deutschland-Politik stützt und schließlich noch versucht, dem Zusammenbruch von außen nachzuhelfen, der tut den Deutschen in Ost und West den allerschlechtesten Dienst, er treibt die Krise auf den Höhepunkt. Die so wünschenswerte Liberalisierung in der DDR kann nach

Lage der Dinge nur mehr eine Liberalisierung des heutigen Regimes selbst sein. Und sie kann diesem nicht abgezwungen, nicht g e g e n die Sowjets erreicht werden. Erreichen läßt sie sich, soweit überhaupt äußere Einwirkungen unmittelbar oder mittelbar dazu beizutragen vermögen, allein durch den Verzicht auf die bisherige aktive Nichtanerkennungs-Politik Ostberlin gegenüber.

R a t l o s i g k e i t in B o n n

Die Bonner Reaktionen auf die Ereignisse Mitte August offenbaren eine erschreckende politische Ratlosigkeit. Man mußte erkennen, daß der Westen nicht bereit ist, in Berlin bis zum äußersten Risiko zu gehen. Man sah auch, daß er nicht daran denkt, sich von den Deutschen in dieses Risiko hineintreiben zu lassen. Aber man weigert sich in Bonn nach wie vor, daraus endlich die allein sinnvollen Konsequenzen zu ziehen. Irgendeine politische Initiative wurde nicht ergriffen. Die Zürcher TAT charakterisierte am 30. August die ganze katastrophale Unzulänglichkeit dieser Bonner Politik, wenn sie schrieb: „Das Grundmotiv, das Adenauer immer wieder anschlug, hieß: Nicht die Fassung verlieren, sondern geduldig die Entwicklung abwarten. Über Notwendigkeiten oder Möglichkeiten einer westlichen Initiative scheint sich der Bonner Regierungschef nicht sonderlich den Kopf zu zerbrechen." Es ist zwar ständig der Ruf nach „Gegenmaßnahmen" zu vernehmen, aber niemand weiß zu sagen, wie solche Gegenmaßnahmen unter den heutigen Umständen aussehen sollen — es sei denn man riskiert einen bewaffneten Konflikt. Und es wirkt gespenstisch, daß sich die Berlin-Diskussion in Bonn und in der deutschen Öffentlichkeit wochenlang auf die Frage beschränkte, ob es sich empfehle, die Menschenrechts-Kommission der Vereinten Nationen anzurufen. Dies in einem Augenblick, da die Lage in Berlin von Tag zu Tag nach einer p o l i t i s c h e n Lösung verlangt! Die von Westberliner Seite erhobene Forderung wurde schließlich von der Bundesregierung abgelehnt. Warum? Weil, so erklärte man in Bonn, es im Augenblick nur darauf ankomme, „die vier Mächte in Berlin an ihre Verantwortung zu erinnern" ...

Der Bundeskanzler tat dies in den Briefen, die er Ende August an die Regierungschefs der vier Mächte, im Grunde also an Ministerpräsident Chrustschow richtete. Einmal mehr Fiktionen, Pseudo-Politik. Denn Bonn pocht auf die „Verantwortung der Mächte für Berlin" in demselben Augenblick, da die Sowjetunion in Wort und Tat unmißverständlich zu erkennen gibt, daß sie eine Aufhebung des Viermächte-Status Berlins in Etappen anstrebt. Die Aufhebung der sowjetischen Stadtkommandantur in Berlin und die Einsetzung eines DDR-Stadtkommandanten waren ein weiterer Schritt auf diesem Wege. Die Bundesregierung ist nicht in der Lage, die Sowjetunion von einer Fortsetzung dieser Politik abzuhalten. Sie wird sich anderes einfallen lassen müssen, um eine Entspannung in Berlin und ein Maximum an Garantien für die Unabhängigkeit des westlichen Teiles der Stadt zu erreichen. Der Deutschland-Korrespondent der TAT schrieb am 30. August über diese Bonner „Politik" im luftleeren Raum: „Fast möchte man glauben, daß dieser Viermächte-Fetisch um so häufiger angerufen werde, je mehr sich die Viermächte-Realität ins Schattenhafte verflüchtigt." Nicht viel sinnvoller ist die neue Diskussion zwischen Bürgermeister Brandt und Bonn über Dreimächte- oder Viermächte-Status. Eine relativ befriedigende Lösung wird sich allein durch Verhandlungen über einen allseitig garantierten völlig n e u e n Status Westberlins erreichen lassen.

Besonders erschrecken muß es, daß in diesen Wochen auch die Presse in der Bundesrepublik und in Berlin mit ganz wenigen Ausnahmen auf der Basis dieser Fiktionen argumentierte. Die der Bundesregierung nahestehende Kölnische Rundschau gab am 22. August der ganzen Ratlosigkeit Bonns Ausdruck, wenn sie

schrieb: „Es gibt daher nur den Weg, den Adenauer jetzt beschreitet, die vier Mächte an ihre Verantwortung für Berlin zu erinnern. Das ist die einzige Initiative, die von deutscher Seite im Augenblick ergriffen werden kann." Der Düsseldorfer Mittag aber schloß am 23. August eine recht pessimistische Betrachtung zur Lage in Berlin mit den wahrhaft sibyllinischen Worten: „Man kann nur hoffen und wünschen, daß sich die Berlin-Frage auf irgendeine Weise noch lösen läßt." Dazu kann man nur sagen: Auf „irgendeine" Weise gewiß n i c h t ! Es wird dazu vielmehr einer ganz anderen als der bisherigen deutschen Berlin-Politik bedürfen, und zwar in allernächster Zeit.

Die Notwendigkeit einer Lösung

Man kann nur hoffen, daß die an sich so beunruhigenden Ereignisse in Berlin nun auch vielen die Augen geöffnet haben, die bisher noch nicht eingesehen hatten, wie notwendig eine Neuorientierung der Bonner Politik ist, und zwar gerade auch im recht verstandenen Interesse Westberlins. Daß dieses Interesse bei denen in schlechter Hand ist, die nur unerfüllbare Hoffnungen zu nähren, gefährliche Emotionen hochzupeitschen und irrsinnige Gewaltaktionen gegen die Mauer zu organisieren wissen, dürften die Krisentage im August deutlich gemacht haben. Es kann aber heute auch nicht mehr darum gehen, „abzuwarten". Überläßt man in diesem Stadium die Entwicklung sich selbst, steuert man nicht sehr bald einen n e u e n Kurs, so muß es zu neuen, noch gefährlicheren Krisen kommen. Und der Tag wird dann nicht fern sein, da die Entwicklung, der man nicht rechtzeitig Einhalt geboten, sich verselbständigen wird, zum Unheil aller Beteiligten.

Noch einmal sei hier der Observer vom 26. August zitiert, der sich auch mit der These vom Abwarten auseinandersetzt: „Das bequeme Argument, daß die beste Politik für Berlin das Nichtstun ist, hat sich als falsch erwiesen. Mit jedem Monat, der vorbeigeht, wird der Zustand der Berliner schlechter, wird Westdeutschland stärker und ungeduldiger über die Zurückhaltung seiner Alliierten, und das ostdeutsche Regime kommt trotz der Mauer in immer prekärere Lage. Das ist eine Nessel, nach der gegriffen werden muß." In diesen wenigen Sätzen sind alle Faktoren genannt, die zusammen die Lage in Berlin so gefährlich, eine Entschärfung dieses Spannungsherdes so unaufschiebbar machen.

Es mag sein, daß sich die heutige Berlin-Position des Westens noch einige Zeit halten ließe — aber um welchen Preis? Und den Preis einer permanenten Krise, einer ständigen Zuspitzung der Lage, ohne irgendeine langfristische Aussicht für den Westen. Die Sowjetunion denkt offenbar keineswegs an irgendeinen Gewaltstreich gegen die westliche Position in Berlin. Wohl aber ist sie längst dabei, Zug um Zug politisch und psychologisch diese Position auszuhöhlen. Sie wird in diesem Bestreben nicht nachlassen, im Gegenteil. Man hat in den letzten Wochen gesehen, an welchen Abgrund diese Entwicklung führen kann. Was bedeutet angesichts solcher Risiken die ohnehin chimärische Nichtanerkennungs-Politik einem Regime gegenüber, dem Westberlin an der Mauer Tag für Tag in bedrükkender Weise konfrontiert ist? Wenn in letzter Zeit die Parole „Die Mauer muß weg" ersetzt worden ist durch die andere „Der Schießbefehl muß weg", dann mag man darin eine gewisse Reduzierung in falscher Weise vorgebrachter Forderungen sehen, im Grunde aber ist die neue Parole ein so untauglicher Politik-Ersatz wie die alte.

Die Voraussetzung für eine Milderung der Spannungen in Berlin und eine Sicherung der Unabhängigkeit Westberlins, gemäß dem Willen seiner Bevölkerung, ist die Entlastung des westlichen Teiles der Stadt von der A n t i - Funktion, die man ihm bis heute von westlicher Seite zugedacht hat. Immer wieder muß

daran erinnert werden, daß der Westen jahrelang in aggressiver Weise von der „Frontstadt Westberlin", vom „Vorposten des Westens", vom „Pfahl im Fleische der DDR" usw. gesprochen und Westberlin in diesem Sinne zu einer Art Sprengkörper innerhalb der DDR gemacht hat. Daß die Verhältnisse in der DDR selbst bis heute der Wirksamkeit dieses Sprengkörpers wesentlich entgegenkommen (wofür das System verantwortlich ist), ändert nichts daran, daß es politisch unverantwortlich war, an dieser westlichen Berlin-Politik auch noch festzuhalten, als sich längst erkennen ließ, die Sowjetunion werde eine solche Anti-Funktion Westberlins, unter dem Schutze der drei westlichen Großmächte, nicht mehr länger tolerieren. Inzwischen hat sich der sowjetische Druck auf Westberlin weiter verschärft und er wird sich gewiß noch mehr verschärfen, wenn ihm nicht bald mit politischen Initiativen begegnet wird.

Es ist heute in erster Linie Sache der Deutschen in Berlin und in der Bundesrepublik, durch eine Neuorientierung ihrer Politik die Voraussetzungen für eine Entspannung in Berlin zu schaffen. Es geht nicht an, daß immer wieder den Westmächten der „Schwarze Peter" zugeschoben und gleichzeitig versucht wird, westliche Initiativen zu stören. Der Weg zu einer realistischen und sinnvollen Berlin-Lösung führt über eine realistische und sinnvolle D e u t s c h l a n d - Lösung. Denn die krisenhafte Zuspitzung der Lage in Berlin ist nur das bisher ernsteste Symptom der Krise der bisherigen Bonner D e u t s c h l a n d - Politik. Das ungelöste Berlin-Problem gehört zu der schweren Erbschaft, die die deutsche Politik aus der zu Ende gehenden Ära Adenauer zu übernehmen hat. In demselben Augenblick, da anläßlich des Besuches des französischen Staatspräsidenten General de Gaulle in Bonn mit verzweifeltem Eifer versucht wird, eine Art Euphorie hervorzuzaubern, die das ganze Fiasko der Bonner Politik verdecken soll, läßt sich dies Fiasko am entscheidenden Brennpunkt der deutschen Politik weniger denn je übersehen!

D i e A l t e r n a t i v e : n a t i o n a l i s t i s c h e r A l l e i n g a n g o d e r n a t i o n a l e B e s i n n u n g ?

Bis heute gilt es im Westen und auch in der Bundesrepublik als eines der Verdienste Dr. Adenauers, den alten deutschen Nationalismus ein für alle mal aus der deutschen Politik verbannt zu haben. Seit langem schon mußte man sich fragen, ob eine solche Beurteilung nicht an der Oberfläche der Dinge haften bleibt und die innere Logik der Adenauerschen Politik übersieht. Solche Bedenken erscheinen nach den Vorfällen in Berlin sowie angesichts gewisser Entwicklungen in der Bundesrepublik begründeter denn je. Hat nicht gerade die Politik Dr. Adenauers mit ihrer militärpolitischen Restauration, mit dem aggressiven Antikommunismus, der ihre Haupttriebkraft war, mit den immer größer werdenden machtpolitischen Ambitionen der Bundesrepublik den Keim gelegt für einen neuen anti-kommunistischen deutschen Nationalismus im NATO- und Europa-Gewande? Und beginnt dieser neue Nationalismus nicht jetzt diese ihn bisher noch verdeckenden Gewänder abzuwerfen?

Die Lösung des Berlin-Problems ist darum so außerordentlich schwierig, weil es dabei nicht ohne harte Desillusionierung abgehen wird. Und die Gefahr besteht, daß jahrelang von einer verantwortungslosen Propaganda aufgeputschte Erwartungen nun, im Augenblick der unvermeidlichen Enttäuschung, zum Nährboden eines neuen politischen Nihilismus antikommunistisch-nationalistischer Observanz werden. Die Demonstrationen an der Mauer nach der Erschießung Peter Fechters verdienen in dieser Hinsicht größte Aufmerksamkeit. Es ist oben schon von den anti-amerikanischen Aufwallungen dort gesprochen worden. Zweifellos besteht die Gefahr, daß die Enttäuschung über die nur allzu begründete

Zurückhaltung der Amerikaner in Berlin gewisse Elemente zu einem Alleingang veranlaßt. Wie man weiß, fehlt es schon jetzt nicht an organisierten Versuchen einer Zerstörung der Mauer. Nicht nur, daß BILD dabei die Hand im Spiele hat — die Deutsche Soldatenzeitung berichtete am 31. August in großer Aufmachung über solche Mauer-Sprenger, die hier zu neuen Volkshelden erklärt wurden. Das Blatt ließ es nicht an heftiger Kritik am Westberliner Senat fehlen, der diese „Freiheitskämpfer" diskreditiere, anstatt sie öffentlich zu unterstützen. (Wir lassen hier offen, wie es um die Beziehungen des Senats zu diesen Anschlägen auf die Mauer steht. Entscheidend ist, daß ein Blatt wie die Soldatenzeitung die Politik Brandts bereits als zu wenig aggressiv erklärt. Dasselbe ist auch auf der Ebene der Deutschland-Politik zu beobachten.)

Nichts ist für ein Volk gefährlicher als irregeleiteter Patriotismus. Das haben gerade die Deutschen in diesem Jahrhundert mehr als einmal erlebt. Aber haben sie daraus gelernt? Es ist nicht so, wie die einmal mehr allzu grobschlächtige Propaganda der DDR behauptet, daß es sich bei den jugendlichen Demonstranten an der Mauer und bei denen, die Sprengkörper an die Mauer legen, Tunnel bauen etc. nur um kriminelle oder bezahlte Elemente handele. Ebensowenig sind die meisten derjenigen, die immer noch versuchen, unter Lebensgefahr die Mauer zu übersteigen, einfach „Verbrecher". Das Gefährlichste ist gerade, daß hier in einer Atmosphäre ständig zunehmender kollektiver Hysterie auf beiden Seiten der Mauer Verzweiflung, fehlgeleiteter Idealismus, die Vorstellung, man tue etwas Großes und Sinnvolles im Spiel sind.

Ein Detail verdient dabei besondere Erwähnung, weil es wie kaum ein anderes das Erwachen eines neuen pseudo-politischen Irrationalismus und Nihilismus erkennen läßt, an verhängnisvolle deutsche Traditionen erinnert. In der FAZ vom 22. 8. wurde berichtet: „Viele von ihnen, nicht die Steinewerfer und Johler, scheinen ratlos, in einer kleineren Gruppe ruft ein etwa 40jähriger dem Wortführer zu: Du redest ja auch bloß. Wenn wir hier zu zehn Mann losgehen, sind wir bald tausend. Kommt doch mit. — Wohin? fragt einer. — Irgendwohin, ist doch egal; und als der Ältere losmarschiert, gehen sie hinterher. Irgendwohin." Dies „irgendwohin" ist der reinste Ausdruck des zutiefst Blinden, Trotzhaften, Mythischen, zutiefst A-Politischen, das in der deutschen Geschichte schon so oft eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat.

Man muß nur regelmäßig so weit verbreitete Blätter wie BILD und die Deutsche Soldatenzeitung lesen, um zu erkennen, daß hier Tag für Tag, Woche für Woche eine neue „nationale Bewegung" dieses Charakters psychologisch und ideologisch organisiert wird. Eine Bewegung, die in nicht allzu ferner Zeit bereitstehen wird, das „Erbe Adenauers" zu übernehmen, umsomehr, als zumindest der rechte Flügel der CDU ihr längst zugehört und es ihr an „Führern" nicht mangeln wird. Ein wesentlicher Faktor sind dabei die Landsmannschaften (vgl. den Kommentar „Die neue Hugenberg-Propaganda" in diesem Heft), eine besondere Rolle spielt in der neuen nationalistischen Agitation wie nach 1918 die sog. „Kriegsschuldfrage". (Wir werden im nächsten Heft gerade auf diesen Aspekt eingehen.) Es ist bemerkenswert, was ein Blatt wie die Neue Zürcher Zeitung, die es jahrelang an betonter Unterstützung der Bonner Politik nicht hat fehlen lassen, Ende August in zwei großen Artikeln über den latenten und zum Teil schon nicht mehr nur latenten neuen Nationalismus in der Bundesrepublik berichtet hat. Das Blatt schrieb: „In den Ruf nach Stärke, nach einer Politik der Stärke beginnen sich da und dort nationale Töne zu mischen. Die Gefahr mag noch fern sein, aber sie ist nicht mehr unter dem Horizont. Potential für problematische Entwicklungen ist in der gegenwärtigen Lage Deutschlands in nuce vorhanden. Man hört z. B. neuerdings von verschworenen Bünden junger Leute, die, angeekelt vom Materialismus der Hoch-

konjunktur wie von der politischen Rhetorik und herausgefordert durch die Zustände jenseits der Mauer, sich gegenseitig geloben, auf Wohlstandskarrieren zu verzichten und alle ihre Energien, wenn nötig ihr Leben für eine Befreiung der Ostzone vom kommunistischen Joch einzusetzen." (NZZ v. 30. August).

Dieser neue „Elite"-Radikalismus, mit seiner so deutschen Mischung von blindwütigem Antikommunismus, Abenteurertum, Wohlstands-Überdruß und irregeleiteter Opferbereitschaft ist mehr als eine Abstrusität. Er wird am allergefährlichsten in dem Augenblick, da die Enttäuschung über den „zu weichen" Westen, der uns angeblich doch „verraten und verkauft" hat, sich in gesteigerter, verzweifelttrotziger Aggressivität Luft zu machen sucht, in den Bahnen des alten deutschen Irrglaubens, ein „eiserner Wille" könne alles erreichen und auch das Unmögliche möglich machen ... Angesichts einer solchen Mentalität ist ein nationalpolitischer Amoklauf nicht so ausgeschlossen, wie mancher von uns noch immer glauben mag. Er ist es um so weniger, als einflußreiche Bonner Politiker derartige Tendenzen fördern. Was z. B. soll man davon halten, wenn ein Mann wie der maßgebliche CDU/CSU-Außenpolitiker Freiherr zu Guttenberg noch jetzt, ja gerade jetzt wieder eine „offensive Berlin-Politik" des Westens fordert und erklärt, Berlin werde mehr und mehr zum Schauplatz der „Bewährung" der „Freien Welt"? Und nicht genug damit: hier müsse der Westen zeigen, wieviel ihm seine Freiheit wert sei und wieviel ihm daran liege, die Freiheit dort wiederherzustellen, wo Unterdrückung herrsche. (Nach: Stuttgarter Zeitung v. 1. September). Was soll das bedeuten, da der Westen doch offensichtlich zu jener „offensiven Politik" nicht bereit ist? Gar nicht bereit sein k a n n, wenn er nicht die Katastrophe heraufbeschwören will?

Man verlasse sich nicht darauf, die Westmächte würden schon dafür sorgen, daß der neue deutsche Nationalismus innen- und außenpolitisch nicht zum Zuge kommen werde. Gewiß verfolgt man heute auch im Westen argwöhnischer als je seit 1949 die Entwicklung in der Bundesrepublik. Und zweifellos hat Bonn sich in den letzten Wochen im Westen mehr isoliert denn je seit seinem Eintritt in die NATO. Dennoch sollte man die potentielle Sogkraft und Gefährlichkeit einer deutschen nationalistisch-irredentistischen Bewegung nicht unterschätzen. Gewiß werden die radikalen Kräfte bei einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage breite Bevölkerungsschichten im altbekannten nationalistischen Sinne zu radikalisieren versuchen, und wer wagt zu prophezeien, dies Bemühen werde ganz erfolglos bleiben? Die Stärke einer solchen Bewegung bemißt sich vor allem nach der Stärke und Entschlossenheit der Kräfte, die ihr a k t i v entgegenzutreten bereit sind. Dabei handelt es sich heute angesichts der außen- und innenpolitisch radikalen Tendenzen in Bonn selbst und der ständig zunehmenden antidemokratisch-nationalistischen Agitation in der ganzen Bundesrepublik durchaus nicht mehr um ein „Wehret den Anfängen!", vielmehr um ein „Wehret den letzten Konsequenzen!", den bitteren letzten Konsequenzen jener Entwicklung nämlich, die 1949 begonnen hat. Ohnehin ist zu erwarten, daß Bonn alles tun wird, den mit weiteren außen- und wirtschaftspolitischen Rückschlägen verbundenen schweren Prestigeverlust innenpolitisch durch verstärkten Druck auf die wirklich oppositionellen Kreise zu kompensieren (Notstandsgesetze!).

Berlin i s t der „Schauplatz der Bewährung der Freien Welt" — aber in einem ganz anderen als dem von Herrn zu Guttenberg behaupteten Sinne! Auf diesem Schauplatz hat sich in den kommenden Wochen mehr denn je unser nationalpolitisches V e r a n t w o r t u n g s b e w u ß t s e i n zu bewähren. In Berlin wird sich entscheiden, ob der unaufhaltsame Zusammenbruch der Bonner „Politik der Stärke" in eine nationale Katastrophe einmündet oder ob es, in vorletzter Stunde, zu einer konsequenten nationalpolitischen Neuorientierung kommt. Es geht nicht

um eine Preisgabe Westberlins, so wenig wie um eine formelle Anerkennung der DDR um ihrer selbst willen. Notwendig ist vielmehr, daß endlich der Versuch unternommen wird, auf dem Verhandlungswege eine weitere Zuspitzung der Lage in Berlin zu verhindern, ein Maximum an Garantien für die Freiheit und Lebensfähigkeit Westberlins und zugleich die Wiederherstellung der Freizügigkeit in der geteilten Stadt zu erreichen. Und es geht gleichzeitig darum, wie Westberlin so auch die Bundesrepublik von ihrer bisherigen Anti-Funktion zu entlasten. Diese Anti-Funktion hat ihr keine Sicherheit gebracht, sondern sie in einem besonders bedrohlichen Maße weltpolitisch exponiert; und sie hat innenpolitisch zu jener fortschreitenden Militarisierung und Entdemokratisierung geführt, durch die unsere Freiheit immer stärker bedroht wird. Je unzweideutiger die Bundesrepublik ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über eine Entspannung in Mitteleuropa, ihre Bereitschaft zu einem vertraglich zu fixierenden Verzicht auf das atomare Wettrüsten erklärt, je aktiver sie in dieser Hinsicht ist, desto größer sind auch die Chancen, zu einem befriedigenden neuen Berlin-Statut zu kommen.

Angesichts der anhaltenden außenpolitischen Initiativlosigkeit Bonns, bei fortgesetzter militärpolitischer Aktivität, angesichts der außenpolitischen Halbherzigkeit und Inkonsequenz der nicht ganz einsichtslosen FDP (deren Außenpolitiker Dr. Achenbach immerhin in diesen Wochen den Mut gehabt hat, öffentlich mit Nachdruck die Einberufung einer permanenten Deutschland-Friedenskonferenz, im Anschluß an die Genfer Außenministerkonferenz von 1959, zu fordern), angesichts des kaum mehr überraschenden, gleichwohl erschreckenden Schweigens der SPD, schließlich auch angesichts des Ausbleibens einer freimütigen außenpolitischen Diskussion in der Presse (von wenigen Ausnahmen abgesehen) — angesichts so vieler Negativa ist es heute die Aufgabe all derer, die die Notwendigkeit, Möglichkeit und Dringlichkeit einer neuen Politik erkennen, in der Öffentlichkeit gemeinsam aktiv zu werden.

(Abgeschlossen am 3. September)

Klaus Ehrler, M. A.

Europa hat schon begonnen

Klein-West-Europa und seine Problematik

Noch ehe der Zweite Weltkrieg seinen militärischen Abschluß gefunden hatte, schien bereits eines seiner Ergebnisse unverrückbar festzustehen: das Ende der weltpolitischen Vorrangstellung Europas. Die großen Nationen des Kontinents hielten ihr Schicksal nicht mehr in eigenen Händen, die Schwerpunkte des Weltgeschehens hatten sich gründlich verlagert. Nicht Paris, Berlin und London, sondern Washington und Moskau waren die Metropolen, von deren politischen Entscheidungen das Wohl und Wehe der Menschheit in Zukunft abhängen würde; jedenfalls stand es außer Zweifel, daß das beginnende Zeitalter nicht mehr unter den Zeichen Europas verlaufen werde. Der Dualismus USA-Sowjetunion ließ das Europäische der beiden Weltmächte in den Hintergrund treten, nicht nur das Historische davon, sondern sogar das Geographische: Moskau gehörte zwar noch

immer zum europäischen Rußland, wichtiger aber war doch für das politische Bewußtsein dessen Zugehörigkeit zur Sowjetunion. Europa selber schien indessen lange Jahrzehnte zur Überwindung der Kriegsfolgen voraussehen zu müssen; an einen verhältnismäßig raschen Wiederaufstieg Europas wagte kaum jemand zu glauben. Auch unter den Bedingungen einer wirtschaftlichen Erholung hätte man dem alten Kontinent nicht so bald eine neue weltpolitische Schlüsselstellung vorausgesagt.

Nach siebzehn Jahren ist das schier Unglaubliche schon viel wirklicher geworden, als wir es selbst jetzt noch zu sehen meinen. Die politische Landkarte Europas trügt. Eine neue Weltmacht beginnt sich in Europa zu entpuppen, und es wird hohe Zeit, daß alle guten Europäer ihr Augenmerk und Gedankenwerk darauf lenken. Während sich der sichtbare Zug nach Europa nur langsam und auf Umwegen vorwärtszubewegen anschickt, werden fast unbeachtet im künftigen Namen eben desselben Europa Entscheidungen getroffen oder manipuliert, gegen die keine spätere oder zu späte Stellungnahme der Europäer selbst mehr etwas auszurichten vermag, und sei sie aus noch so freien Wahlen hervorgegangen — wenn nicht bald die warnenden Zeichen der Zeit von allen politisch denkenden Europäern erkannt werden. Wenn unser Ziel, Europa zu einem Hort des Friedens zu gestsalten, nicht zu einem illusionären Wunsch verflüchtigt werden soll, dann dürfen wir Europa nicht denen überlassen, die eine neue Weltmacht alten Stils daraus machen wollen. Noch ist die Frage: Wer formt das Gesicht Europas? nicht entschieden; doch wer sich jetzt nicht kümmert und nicht rührt, wird an der Schicksalsbestimmung Europas keinen Anteil haben. Europa hat schon begonnen, es ist hohe Zeit.

Der Stand der Europa-Diskussion zeigt bereits, wie weit die Weichen schon gestellt sind: die „Klein-Europäer" geben den Ton an, die Hoffnungen der frühen fünfziger Jahre auf einen großzügigen „großeuropäischen" Stil der politischen Zusammenarbeit im Geiste gegenseitiger Aufgeschlossenheit sind dem kleinlichen Bürokratismus der Brüsseler EWG-Kommission und ihres Präsidenten Hallstein gewichen. Jeder, der nur über Europa diskutieren will, wird mit gnadenloser Härte und in schulmeisterlichem Ton darauf hingewiesen, daß ohne die Unterwerfung unter die Bedingungen der EWG-Vertragsklauseln von Rom kein Fortschritt zu erzielen sei. Die Stellungnahme zum Europa-Problem scheint sich danach auf die Frage der Stellungnahme zur EWG reduziert zu haben. Die Kurzformel „Europa — das ist die EWG" schickt sich an, das Feld des politischen Meinens und Denkens zu beherrschen, und auf etwas weitere Sicht auch das der politischen Wirklichkeit.

Die Frage: Was ist Europa und was gehört dazu? wird gar nicht mehr gestellt. Osteuropa wird von vornherein ausgeklammert. Der Kalte Krieg vereinfacht die Geographie. Die EFTA-Länder sehen sich de facto einem Ultimatum zur Unterwerfung unter die EWG gegenüber. Die anderen großen Wirtschaftsräume der Erde bangen angesichts des EWG-Wirtschaftsblocks um ihre Zukunftschancen. Fast aller Augen sind wieder auf Europa gerichtet. Zunächst scheint es für die Außenstehenden nur um die künftigen Exportquoten in das EWG-Gebiet, d. h. um den Marktanteil in diesem neu entstehenden Schwerpunktbereich der Weltwirtschaft zu gehen. Bald aber wird sich zeigen, daß die maßgebenden EWG-Länder versuchen, das Ausmaß der begehrten EWG-Marktanteile von politischen Zugeständnissen abhängig zu machen. Die EWG, die auf dem Wege ist, sich als Kern eines später einmal vereinigten Europa zu etablieren, vermag auf diese Weise schon heute indirekte Herrschaftsfunktionen weit über ihren eigenen, relativ engen Bereich hinaus auszuspielen.

Diese verhältnismäßig schnelle Rückwendung der weltgeschichtlichen Haupt-

thematik auf Europa ist geradezu sensationell; denn nicht nur die Schwäche des alten Kontinents nach dem letzten Weltkrieg, sondern fast mehr noch der Verlust der wichtigsten überseeischen Kolonialgebiete im Verlaufe der vierziger und fünfziger Jahre schien das Ansehen und den Einfluß Europas auf ein Minimum zu reduzieren. Der Rückzug der europäischen Staaten aus den meisten ihrer direkten politischen Herrschaftspositionen in Übersee hat aber nun doch eher zur Stärkung ihrer Weltstellung in Politik und Wirtschaft geführt. Als industriell höchstentwickelte Länder haben sie neue und wirksamere Methoden gefunden, ihren Einfluß in den jetzt völkerrechtlich unabhängigen ehemaligen Kolonialgebieten geltend zu machen. Da die jungen Staaten vor allem als Rohstofflieferanten auf dem Weltmarkt gegeneinander konkurrieren, besteht keine geringe Gefahr, daß ihre politische Solidarität Einbußen erleidet. Es wäre darum zu optimistisch, z. B. in der Schaffung eines Gemeinsamen Afrikanischen Marktes schon ein ausreichend wirksames Schutzinstrument vor einem neuen Übergewicht Europas zu sehen.

Es ist wichtig, hier innezuhalten und den Terminus „Europa" genauer zu definieren. So wie die Dinge heute liegen, muß der Usurpation des Anspruches und Begriffes „Europa" durch die klein-westeuropäische Politik der EWG-Länder doch in einem gewissen Maße Rechnung getragen werden; alle anderen Formen europäischer Zusammenarbeit haben bis heute noch nicht ein entsprechendes Maß von Effektivität erreichen können. Gewiß, das Rennen der verschiedenen Europa-Konzeptionen ist noch offen; neue überraschende Wendungen können schnell eintreten; aber zur Zeit kreisen fast alle Europa-Gespräche um das Thema EWG. Die begriffliche Klarheit gebietet, ohne Rücksicht auf solche Konstellationen nur von dem Europa zu sprechen, das sinnvollerweise in den verschiedenen Konzeptionen gemeint sein kann. Das aber ist bisher Westeuropa. Diese Präzisierung hilft uns zugleich, das Sensationelle des Wiederaufstiegs von — nun eben W e s t europa erklärlich zu finden. Zwei fundamentale Tatsachen haben entscheidend dazu beigetragen:

1. die vorwiegende Konzentration der Kriegsverluste des Zweiten Weltkrieges auf den Sektor der Sachschäden, die den Marshall-Investitionen ein vorteilhaftes Wirkungsfeld boten;

2. das verhältnismäßig geringe Ausmaß der Personenverluste, das den für rasche Aufbau- und Entwicklungsarbeit unentbehrlichen Stamm der qualifizierten Fachkräfte kaum vermindert überleben ließ. In Osteuropa hat das Hitlersche System der verbrannten Erde und der systematischen Menschenausrottung die ohnehin schon dünner besiedelten und weniger entwickelten Gebiete weitaus härter betroffen. Insbesondere die physische Vernichtung großer Teile der Intelligenzschichten ist für die osteuropäischen Länder, namentlich für Polen, ein unverschmerzbarer Verlust, der ihre Entwicklungsmöglichkeiten auf nahezu allen Gebieten noch lange Zeit erheblich schmälern wird.

Die Charakterisierung der EWG-Politik als k l e i n - westeuropäisch zeigt zugleich, daß auch der Begriff Westeuropa noch weitergehende Unterscheidungen fordert. Die mehr groß-westeuropäisch orientierten Länder — Großbritannien und die skandinavischen Staaten — wünschen nicht von einer Staatengruppe vor vollendete europäische Tatsachen gestellt zu werden, sondern wollen von Anfang an zu Rate gezogen werden. Gerade hier aber zeigt sich deutlich die Taktik der EWG-Länder, sich selber erst einmal exklusiv zu entwickeln, um dann später mit dem Übergewicht ihres engeren Bundes den übrigen Europa-Staaten die Bedingungen der Zusammenarbeit vorschreiben zu können. Man kennt dieses Verfahren aus den Bereichen der Wahlkreisgeometrie und der formalen Abstimmungsarithmetik. Das demokratischste Verfahren wäre die Bildung eines einzigen um-

fassenden Wahlkreises, in dem jede Stimme — in unserem Zusammenhang jedes Land — dasselbe Gewicht bei der Entscheidung hätte. Das würde die Einbeziehung aller europäischen Länder in den Rahmen ihrer Zusammenarbeit bis hin zu ihrer allmählichen Angleichung oder gar Verschmelzung bedeuten. Das würde jegliche Majorisierung der später Dazukommenden durch den „Kernblock" (die EWG) ausschließen. So wie die Entwicklung jetzt verläuft, soll aber gerade durch die Methode der abgestuften Majorisierung die Mehrzahl der europäischen, zunächst westeuropäischen Länder einzeln überstimmt und dadurch ein noch größerer Block gebildet werden, der dann womöglich weit über Europa hinausgreifende Einflußnahmen oder gar auch Majorisierungen zu versuchen imstande wäre. Die stufenweise Anwendung dieser Methode würde also einer Minderheitsgruppe von Staaten gestatten, den anderen nacheinander ihren Willen aufzuzwingen.

Diese Zusammenhänge muß man erkennen, wenn es um die richtige Deutung der zunächst noch harmlos anmutenden Bemühungen um die sog. politische Union der EWG-Staaten geht. Die Frage, ob Großbritannien schon vor seinem eventuellen EWG-Beitritt an den Unionsverhandlungen beteiligt werden soll, ist genau d i e des mehr oder weniger exklusiven Wahlkreises bzw. Abstimmungsmechanismus. Je mehr Staaten am Anfangsstadium der Unionsverhandlungen beteiligt sind, um so offener, großzügiger und liberaler wird die dabei erzielte Infrastruktur der politischen Union ausfallen. Man hat nicht zu Unrecht bemerkt, daß das exklusive EWG-Europa sich im wesentlichen mit den Bereichen des Karolingischen Reiches wie auch der erfolgreichen Gegenreformation des 16. und 17. Jahrhunderts deckt. Die Tendenz zur autoritär und restaurativ geformten Struktur von Verfassungsauslegung und Innenpolitik kommt diesen Traditionen in den beiden wichtigsten EWG-Ländern sehr entgegen: im Frankreich de Gaulles und im Bundesdeutschland Konrad Adenauers. Es hat für die alten Herren also einen Sinn, so lange „unter sich" zu bleiben, bis ihre Vorentscheidungen über Europa unwiderruflich geworden sind. Diese Vorentscheidungen werden aber, wie die wohlbehütete Exklusivität bei allen ihren Schritten erkennen läßt, von weitestreichender Bedeutung sein. Es kommt also jetzt darauf an, daß recht viele europäische Staaten sich in die EWG- und Unionsverhandlungen einschalten, denn sonst werden sie eines Tages alle nur noch die Chance haben, das Schauspiel eines de-Gaulle-Plebiszits akklamierend oder kopfschüttelnd mitzugestalten (wenn überhaupt . . .). Sogar Chrustschow hat sich beim Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Gorbach in Moskau diese etwas paradoxe Erkenntnis zu eigen gemacht, als er gegen EWG-Assoziierungsverhandlungen der Neutralen keine Einwände erhob. Die Entwicklung der EWG zu einem im Innern autoritärundemokratischen und nach außen hoch (atomar) gerüsteten europäischen Hegemonialblock kann auf internationaler Ebene am wirksamsten durch eine koordinierte Aktivierung der Europa-Politik aller anderen europäischen Staaten verhindert werden, die sich im Sinne einer Auflockerung aller exklusiven Blockbindungen und ihrer Ablösung durch allseitige gleichberechtigte Zusammenarbeit vollzieht.

Bei dieser Aktivierung des „anderen Europa", das ja auch zugleich das größere und umfassendere ist, erscheint höchste Eile als dringendes Gebot. Denn das zum Majorisierungs-Sprung ansetzende EWG-Europa hat schon längst und wiederholt gehandelt, noch ehe es seine definitive politische Gestalt gefunden hat. Die lähmende Blockierung der Abrüstungsverhandlungen in Genf rührt zum nicht geringen Teil von der Unsicherheit her, die von diesem neuen Machtfaktor EWG-Europa ausgeht. Das Wettrüsten in Form der tot- und krankheitbringenden Testserien war ausgelöst worden durch jene Sahara-Atomexplosionen, die die Stille des beiderseitigen freiwilligen Versuchs-Stops der Russen und Amerikaner durch-

brachen. Die möglichen Fortschritte der Berlin-Sondierungen werden immer wieder durch das stets wiederholte Veto eben dieses sich jetzt formierenden EWG-Europa vereitelt. Noch ohne feste äußere Gestalt — und dennoch wirkt dieser Block der Exklusivität und Negation in Gegenwart und Zukunft schon mit hinein, wie keine der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion es wohl je befürchtet haben. Das Kraftfeld der internationalen Politik ist durch den neuen (Unsicherheits-)Faktor EWG-Europa erheblich gestört. Darum ist es für die Gewinnung und Erhaltung des Friedens von großer Wichtigkeit, welches Europa sich schließlich bilden wird. Dies aber ist nicht nur eine Frage der internationalen Politik, sondern zugleich eine Aufgabe für alle Demokraten und Friedensfreunde in den verschiedenen Ländern Europas. Es darf europäische Zusammenschlüsse nicht nur auf der Ebene der Diplomatie und der industriellen Interessenverbände geben! Denn das müßte auf lange Sicht tatsächlich dazu führen, daß das werdende Europa nach d e r e n Bilde geformt würde. Unsere Überlegungen sollten darum darauf abzielen, alle demokratischen friedens- und entspannungswilligen Kräfte der noch in nationale Sektionen getrennten europäischen Innenpolitik zum Zwecke der gegenseitigen Information und Hilfe zu koordinieren. Im Lebensinteresse der vielen hundert Millionen Europäer kann der häufige M i ß b r a u c h des Europa-Gedankens nicht länger unwidersprochen hingenommen werden.

B l i c k i n d i e G e s c h i c h t e

Wenden wir dazu den Blick kurz zu historischer Besinnung zurück. Bis ins 18. Jahrhundert konnte Weltpolitik noch mit dem Geschehen auf der politischen Bühne Europas gleichgesetzt werden. Selbst die großen geographischen Entdekkungen der Zeit um 1500 führten nicht zu einer politischen Entthronung Europas. Nur die verkehrspolitische Bedeutung des Mittelmeeres und der Ostsee erlitt eine gewisse Minderung zugunsten des Atlantischen Ozeans. Die überseeische Handels- und Kolonialpolitik der an der Atlantikküste gelegenen westeuropäischen Staaten trug wesentlich dazu bei, die Hegemonialstellung des Habsburgischen Weltreiches zu erschüttern und zu überwinden, dessen europäische Schwerpunkte Spanien, Italien und (als Heiliges Römisches Reich) Deutschland waren. An die Stelle der mittelalterlichen Hegemonie und Suprematie der in Rom gekrönten Kaiser des Abendlandes (bis 1453 hatte es in Konstantinopel noch einen oströmischen, gewissermaßen morgenländischen Kaiser gegeben) trat seit dem Ende des 16. Jahrhunderts das sogenannte europäische Konzert der Mächte, dessen Hauptthema bis ins 20. Jahrhundert hinein die Erhaltung des „europäischen Gleichgewichts" bildete. Es war insbesondere die Aufgabe Englands in diesem Mächte-Konzert, gegen einseitige Machtansammlungen und hegemoniale Blockbildungen auf dem Kontinent durch Unterstützung der davon betroffenen und bedrohten Länder einzuschreiten. Wohl konnte Bismarck noch im 19. Jahrhundert feststellen, Europa sei nur ein geographischer, aber kein politischer Begriff, weil es nicht selbst als handelndes Subjekt der Weltpolitik in Aktion trete — die durch das System des europäischen Gleichgewichts vorgeschriebenen Bedingungen jeder erfolgversprechenden (Außen-)Politik aber berücksichtigte er so präzise wie kaum einer seiner zeitgenössischen Kollegen.

Diese „unpolitische" Europa-Auffassung erhielt einen großen erschütternden Stoß durch den Ausgang des russisch-japanischen Krieges von 1904/5, der erstmals in der Neuzeit eine europäische Macht gegenüber einer nichteuropäischen politisch und militärisch im Hintertreffen zeigte. Zu dieser Zeit glaubte Kaiser Wilhelm II. das europäische Gewissen aufrütteln zu müssen mit dem theatralischen Appell: „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter!"; durch seine Beschwörung der „gelben Gefahr" manipulierte er den Europa-Gedanken erstmalig in den

Zusammenhang einer ideologischen Kreuzzugskampagne, d. h. einer emotional-unpolitischen Anti-Propaganda. Die Tatsache, daß solcher „Ersatz" der Politik durch blinde Anti-Ideologien schon damals viele Nachteile und Feinschatten für Deutschland eingebracht hat, konnte bis heute noch nicht fruchtbar genug für die Führung der politischen Geschäfte in Deutschland ausgewertet werden. Auch heute behindert der antikommunistische Akzent vieler Europa-Ideologien die Entwicklung vernünftiger und praktikabler Europa-Konzeptionen.

Das europäische Gleichgewicht wurde durch den Ersten Weltkrieg aufgehoben. Der kriegsentscheidende Eintritt der USA in die europäische Arena sprengte endgültig den Rahmen der europäischen Pentarchie (Rußland, Österreich-Ungarn, Preußen-Deutschland, Großbritannien, Frankreich), deren Beziehungen das 19. Jahrhundert hindurch für die Geschicke der Welt maßgeblich waren. Präsident Wilson versuchte durch die Schaffung des Völkerbundes ein neues Weltgleichgewicht zu schaffen, für dessen Gewährleistung aber weniger Mächte und Machtmittel, als vielmehr strikte Prinzipien des Völkerrechts und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit eingesetzt werden sollten. Das Völkerbundsinstrument der Sanktionen gegen Friedensstörer sollte dem Prinzip der kollektiven Sicherheit zur Verwirklichung dienen. Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung satzungstreuer Mitglieder des Völkerbundes sowie aller Glieder der Staatenfamilie der Erde sollten Leitsterne internationaler Politik sein. Aber schon zu Beginn seiner Existenz war es dem Völkerbund nicht möglich, diese Grundsätze konsequent zu befolgen. Die Interventionskriege gegen die junge Sowjetunion, die von den führenden Ländern des Völkerbundes unternommen wurden, waren eine Fortsetzung der alten imperialistischen Politik, die Wilson durch seine Prinzipienpolitik ablösen wollte. So mußte dieser Versuch, ein neues System der Weltpolitik zu begründen, mit schwersten Mängeln und Widersprüchen belastet ins Dasein treten. Rußland und die USA gehörten nicht zu den Mitgliedern des Völkerbundes, als es darauf ankam, Europa wirklich zu befrieden. Der alte Kontinent blieb sich überlassen, ohne die Zügel seines Schicksals in sicheren Händen zu halten.

Die ersten Europa-Konzeptionen

In diese Zeit nach dem Ersten Weltkrieg fallen die ersten allgemein bekanntgewordenen Bestrebungen zur Bildung einer Union der europäischen Staaten. Als Ideologe trat besonders Graf Coudenhove-Kalergi für ein antikommunistisch orientiertes „Pan-Europa" ein, dessen Hauptfunktion die Konservierung der noch bestehenden und die Zurückgewinnung der schon verlorenen europäischen Herrschaftspositionen sein sollte. Das Neue an der Pan-Europa-Konzeption solcher Prägung war der Versuch, die innereuropäischen Rivalitäten auszuschalten oder doch zu reduzieren, um durch Einigkeit nach außen die Summe der gemeinsamen Eroberungen, Besitzungen und Einflußzonen in aller Welt aus den vergangenen Jahrhunderten behaupten zu können. Insofern bedeuteten diese Vorstellungen einen Rückfall weit zurück hinter Wilsons zwar etwas utopisch-abstrakte, aber doch nicht-exklusiv gemeinte Ideen eines allgemeinen internationalen Friedens- und Rechtszustandes. So kann es nicht wundernehmen, daß insbesondere Kreise der deutschen und französischen Schwerindustrie die Pläne einer wirtschaftlichen und politischen Europa-Union in den zwanziger Jahren ernsthaft ins Auge faßten. Die Unterstützung der europäisch akzentuierten deutsch-französischen Verständigungspolitik Briands und Stresemanns war für diese Wirtschaftsgruppen ein Weg zur Verstärkung ihrer Positionen auf dem Weltmarkt und in der Weltpolitik. Man wollte nicht die prinzipiellen Ursachen der alten und auch neuer Weltkon-

flikte — die Gewinnung und Behauptung eines überproportionalen Anteils des eigenen Landes am Weltsozialprodukt — überwinden, sondern nur einige technische „Fehler" der bisherigen Verfahrensweise — gegenseitige Behinderung in den Märkten und bei den Geschäften — nach Art einer Kartellabsprache ausschalten.

Die große Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre machte diese Ansätze gegenstandslos. Der durch die große soziale Not, nationalistische Demagogie und antikommunistische Propaganda begünstigte Aufstieg des Faschismus in Italien, Deutschland und Spanien (einst die Hauptsäulen des Reiches Karls V. in Europa) stellte den Völkerbund auf eine erste harte Probe. Die Ansätze zu einer Politik der kollektiven Sicherheit wurden endlich ernsthaft aufgenommen und weitergeführt. Die Sowjetunion konnte im Zuge dieser Ernüchterung der Völkerbundspolitik 1934 ihren Mitglieds- und Ratssitz im Genfer Palais der Nationen einnehmen. Man sprach damals sogar von einer Ära Litwinow[1]), die die bisherige Einseitigkeit der Haltung des Völkerbundes abzubauen versprach. Der französisch-sowjetische Pakt von 1935 und das entsprechende sowjetisch-tschechoslowakische Bündnis waren erste Schritte, den damaligen Kalten Krieg gegen Sowjetrußland auf internationaler politischer Ebene angesichts der drohenden internationalen Gefahr des Faschismus zu beenden. Auf innenpolitischer Ebene entsprach ihnen die Bildung umfassender Volksfront-Koalitionen in Spanien, vor der Machtergreifung Francos, in Frankreich und in gewisser Weise auch in Großbritannien. Die inkonsequente Politik der westlichen Ratsmitglieder des Völkerbundes in den großen weltpolitischen Krisen der folgenden Jahre — Abessinien-Aggression durch das faschistische Italien, spanischer Bürgerkrieg durch die Invasion der von Franco geführten und dann deutsch-italienischer Militärverbände, Einfall der von einem Militärregime beherrschten Japaner in China, Vernichtung der Tschechoslowakei durch den Bruch des Münchner Abkommens — machte den erfolgreichen Fortgang der Volksfront- und kollektiven Sicherheitspolitik zunichte. Insbesondere das in unserer Presse und Schulbuchliteratur fehlinterpretierte Scheitern der Friedenspolitik im Zusammenhang des Münchner Abkommens ist ein Paradebeispiel für diese verhängnisvolle Inkonsequenz der westeuropäischen Regierungen. Ihre Weigerung, die Sowjetunion als Mitgaranten der Bestimmungen des Münchner Abkommens heranzuziehen, entzog diesem einen entscheidenden Teil seiner möglich gewesenen Stabilität. Sie stand im Widerspruch zur Politik der kollektiven Sicherheit und vereitelte den Erfolg der Devise Neville Chamberlains: „Frieden in unserer Zeit." Der Ausschluß der Sowjetunion von der München-Garantie war die Voraussetzung des vielzitierten, hinsichtlich dieser seiner Ursachen aber bei uns bis heute unbeleuchtet gebliebenen Stalin-Hitler-Paktes vom August 1939. Die Sowjetunion betrachtete das diplomatische Arrangement mit einem ihrer ideologischen Hauptgegner gegenüber der Alternative ihrer völligen internationalen Isolierung als das kleinere Übel.

Das Scheitern der kollektiven Sicherheitspolitik führte fast unmittelbar zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch Deutschland. Die schwachen Ansätze einer auf Gleichberechtigung und Nicht-Exklusivität beruhenden europäischen Friedenspolitik waren noch vor ihrer vollen Entfaltung zerstört. Der Einschluß der Sowjetunion und der USA in die Anti-Hitler-Koalition in den Jahren 1941-45 erfolgte zu spät zur Vermeidung des Kriegsausbruches, aber eben noch rechtzeitig genug, um die nach innen diktatorische und nach außen imperialistisch-aggressive „Neuordnung Europas" durch Hitler und seinen SS-Staat zu verhin-

[1]) Maxim M. Litwinow, von 1930—39 Außenminister der SU.

dern.[2]) Die Gründung der Organisation der Vereinten Nationen im Jahre 1945 war von dem Bemühen geleitet, die fundamentalen Fehler der internationalen Friedenspolitik der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Die Zusammenarbeit der Sowjetunion und der USA beim Aufbau der UNO war eine wesentliche Voraussetzung ihrer Funktionsfähigkeit. Wie Prof. L. L. Matthias festgestellt hat, war aber die auf Wunsch einiger amerikanischer UNO-Delegierter erfolgte Billigung von Regionalpakten durch die UN-Satzung ein Keim späterer Blockbildungen außerhalb der UNO und stand im Gegensatz zu ihren Prinzipien. Nach der Überwindung der äußeren Bedrohung durch den Faschismus fielen die bürgerlichen Parteien und Regierungen des Westens wieder in ihre antikommunistische und antisowjetische Haltung der Vorkriegszeit zurück. Im Zuge dieser Entwicklung geriet der UNO-Gedanke der allseitigen und nichtexklusiven internationalen Zusammenarbeit in Vergessenheit. An seiner Stelle traten alte antisowjetische Kreuzzugsideologien und Europa-Konzeptionen wieder auf. Zunächst stand dabei die Beteuerung im Vordergrund, man wolle jedem totalitären System den Kampf ansagen, also auch dem Faschismus. Die 1953 erfolgte Einbeziehung Franco-Spaniens in das amerikanische Stützpunktsystem durch die nach ihrer eigenen Devise „hart am Abgrund" entlangführende Politik des Außenministers Dulles zeigte indessen sehr deutlich, was davon zu halten ist. Ein Vorschlag der Sowjetregierung aus dem Jahre 1954, dem NATO-Pakt durch Einbeziehung der Sowjetunion den Charakter eines wirklichen atlantisch-europäischen kollektiven Sicherheitspaktes zu geben, verfiel der sofortigen Ablehnung durch die westlichen Regierungen.

Alle europäischen, besser westeuropäischen Einigungsbestrebungen aus der Zeit nach 1945 sind von diesen Tendenzen mitbestimmt oder doch überspielt worden. In ihren Abstufungen kann man sie geradezu danach unterscheiden, welchen Grad von Exklusivität und Antikommunismus sie aufweisen. Marshall-Plan-Organisation (OEEC) und Straßburger Europarat waren mit ihrer relativ großen Mitgliederzahl, die auch neutrale Länder umfaßte, noch verhältnismäßig offene Institutionen. Sogar die Westeuropäische Union (WEU), der Großbritannien und die sechs EWG-Länder angehören, ist noch nicht als ausgesprochen klein-westeuropäisch zu bezeichnen. Gerade aber die Offenheit und relative Nicht-Exklusivität der genannten drei Formen westeuropäischer Zusammenschlüsse hat zu ihrer politischen Wirkungslosigkeit geführt. Solange nämlich die maßgebenden Regierungen der kleineuropäischen EWG an ihrer Politik festhalten, die im Widerspruch zu einem umfassenden gleichwertigen oder doch wenigstens größeren und zeitlich nicht zu sehr abgestuften europäischen Zusammenschluß steht, kann von ihnen keine wirklich loyale und aktive Mitarbeit bei großeuropäischen Bestrebungen erwartet werden. Eine wesentliche Ursache ihrer selbstbewußten und wenig rücksichtsvollen Politik war die bevorzugte Unterstützung ihrer Position durch die USA, die sich dadurch wichtige und willige Außenposten ihres Stützpunktsystems sichern zu können glaubten. Nach dem Scheitern des EVG-Projekts im August 1954 wurde deshalb von Außenminister Dulles die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO forciert; dadurch sollte nicht nur die antikommunistische Front verstärkt, sondern auch der Trend zu großeuropäischen Lösungen blockiert werden, der durch eine Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands unter allseitig zumutbaren Bedingungen starken Auftrieb erhalten hätte. Großeuropäische Projekte aber waren für den Dulles-Kurs untragbar, da sie konsequenterweise zu einer eindeutigen westeuropäischen Abrüstungs- und Entspannungspolitik hätten führen müssen.

---

[2]) Vgl. dazu die Buchbesprechung „Nationalsozialistische Großraum-Politik" in Heft 8/62.

Europa, Deutschland und die Abrüstung

Man kann den Zusammenhang der Europa-, Deutschland- und Abrüstungs- bzw. Entspannungspolitik etwa auf folgende Formel bringen: Je offener für alle betroffenen Länder eine Europa-Konzeption ist, um so günstiger wird ihre Wirkung auf die Lösung der Deutschlandfrage und des Abrüstungsproblems sein. Umgekehrt wird jede vernünftige Lösungsbemühung in der Deutschlandfrage und Abrüstungsproblematik von einer umfassenden Berücksichtigung der Interessen aller europäischen Staaten ausgehen und sich für sie offenhalten. Auf die gegenwärtige Situation angewendet heißt das, daß nach dem Bonner NATO-Beitritt zwar nicht mehr die Möglichkeit einer unabgestuften vollständigen deutschen Wiedervereinigung besteht, daß aber immerhin noch Wege einer zeitlich und institutionell in Einzelschritten über staatenbündische Zwischenlösungen führenden Wiedervereinigung offen sind. Es ist mit Sicherheit vorauszusagen, daß auch diese kleinen Chancen verschwinden werden, wenn die Bundesrepublik mit den anderen fünf EWG-Ländern oder auch nur mit Frankreich allein eine politische Union bildet.

Der Vorwurf, der von den NATO-Ländern gegen die Staaten des erst nach dem westdeutschen NATO-Beitritt 1955 gegründeten Warschauer Paktes erhoben wird, daß ein separater Friedensschluß nur mit der DDR die Spaltung Deutschlands besiegeln werde, trifft in ungleich höherem Maße seine Urheber selbst, die EWG-Regierungen, weil ihre Politik der vollendeten und ultimativen Tatsachen sogar in die schon bestehenden großwesteuropäischen Zusammenschlüsse den Keim der Spaltung hineinträgt, und die anderen NATO-Regierungen, insbesondere die USA weil sie diese kleinwesteuropäische Kernblock- und Hegemonialpolitik geduldet oder sogar gefördert haben. Solange „nur" die Frage der deutschen Einheit davon betroffen war, konnte von den westeuropäischen Regierungen und dem Weißen Haus kein größeres Engagement für die deutschen Belange erwartet werden als von der Bundesregierung in Bonn. Jetzt aber, wo die relative Verselbständigung der Berlin-Problematik und die immens erhöhten Risiken des Raketen- und Atomwettlaufs weitaus gefährlichere und umfangreichere Rückwirkungen für alle Teile des Planeten befürchten lassen, kann die für sie wesentlich entscheidende Entwicklung der europäischen Verhältnisse keine verantwortungsbewußt vorausdenkende Regierung innerhalb und außerhalb der NATO mehr unberührt lassen. Der Fortgang der Berlin-Verhandlungen, denen als Barometer der internationalen Entspannungsbemühungen hohe Bedeutung zukommt, wird durch die negative und einem Veto nahegerückte Haltung der Regierungen in Paris und Bonn immer wieder erschwert. Die Genfer 17-Mächte-Abrüstungsverhandlungen sehen sich durch den Boykott Frankreichs dem Schicksal der Unverbindlichkeit und der Nichtbeachtung ihrer Beschlüsse durch den kleinwesteuropäischen Hegemonialblock Frankreich-Bundesrepublik gegenüber. Die vermittelnde Position der Neutralen zwischen den Weltblöcken sieht sich angesichts ihrer Assoziierungsbemühungen mit der EWG kaum abwägbaren Belastungen ausgesetzt. Großbritannien ist vor eine der größten Entscheidungen seiner Geschichte gestellt: Commonwealth oder EWG, wobei aber nicht nur für das Inselreich allein, sondern für die EWG, das Commonwealth und die anderen Länder der Welt sehr viel auf dem Spiele steht. Den kleineren EWG-Ländern, Italien und den Benelux-Staaten, wird angesichts der forcierten Rüstungs- und Unionspolitik in Paris und Bonn unbehaglich zumute; für sie bedeutet ein Beitritt Englands zur EWG Erleichterung und Liberalisierung. Die Amerikaner hoffen auf einen guten EWG-Marktanteil für ihren Export und machen schon Konzessionen an die französische Atom-Konzeption der „force de frappe". Damit aber werden ihre Bemühungen illusorisch, den

europäischen NATO-Verbänden durch vorwiegend konventionelle Armierung eine eindeutigere Defensiv-Funktion zuzuordnen. Die Weigerung Frankreichs, die aus ehemaligem britischen Kolonialbesitz hervorgegangenen afrikanischen Staaten sich der EWG assoziieren zu lassen, kann nur als Ausübung eines politischen Drucks mit wirtschaftlichen Mitteln verstanden werden: so hofft Paris, die afrikanischen Neutralen und auf diesem Wege auch London noch ein weiteres Mal auf die Knie zwingen zu können. Abergläubische Engländer verweisen darauf, daß das Jubiläumsjahr 1966 (900. Jahrestag der normannischen Invasion in England!) nicht mehr fern und kein gutes Omen für die künftige Entwicklung sei. Gleichviel, welches wichtige Problem auch zur Debatte steht — kaum eines wird nicht von der noch schattenhaften, aber doch schon so wirksamen Großmacht Frankreich-Bundesrepublik betroffen — gleichgültig, wie sie sich nennen und welche für Satellitenrollen ausersehenen Länder sie noch zulassen wird.

Europäische Alternative zur Kleineuropa-Union

Die wichtigste Frage der Zukunft ist, ob dies von allen Regierungen, Parteien und politisch interessierten Menschen rechtzeitig genug erkannt und mit einer angemessenen Alternativ-Politik beantwortet werden wird. Diese Alternativ-Politik muß auf vielen Ebenen betrieben werden. Die großeuropäischen Institutionen sollten stärker aktiviert und ihrer noch bestehenden antisowjetischen Akzente entkleidet werden, die nicht der EWG angehörenden Staaten des internationalen Zollabkommens (GATT) sollten die von verschiedenen Seiten gemachten Vorschläge zur Einberufung einer Welthandelskonferenz sorgfältig und positiv prüfen. Die NATO-Länder sollten rechtzeitig die Konsequenzen abwägen, die sich aus einer Schwerpunktverlagerung der NATO von Washington nach Paris und Bonn ergeben müssen. Sie sollten erkennen, daß der Zwillingsbruder der EWG, die zur Entwicklung der kleinwesteuropäischen Kernindustrie geschaffene EURATOM-Organisation, zu völlig unkontrollierbaren Entwicklungen führen kann, die im Widerspruch zu den Kontrollbestimmungen der WEU stehen. Sie sollten endlich mehr und mehr diejenigen innenpolitischen Kräfte in ihren eigenen Ländern und in der Bundesrepublik unterstützen, die auf Abrüstung, Entspannung und allgemeine wirtschaftliche Zusammenarbeit hinarbeiten. Wie sich im Zweiten Weltkrieg gezeigt hat, betreffen die Konsequenzen antikommunistischer Politik und abgestufter Exklusivität nicht nur sozialistische Länder. Die Gefahr, daß die Methode des abgestuften Ausschließens und Unter-Druck-Setzens auch diesmal eine große Zahl verschieden orientierter Länder nacheinander zur Kapitulation zwingen will, ist jetzt kaum geringer. Erst waren die osteuropäischen Länder die Gegenstände dieser Taktik, dann die EFTA-Länder, jetzt sind es die überseeischen Neutralen und sogar die US-Amerikaner.

Es ist zu hoffen, daß die USA ihre Embargo-Politik gegen die sozialistischen Länder einstellen, daß die ECE, die europäische Wirtschaftskommission der UNO, der ost- und westeuropäische Staaten angehören, von den an diskriminierungsfreien Handelsbeziehungen interessierten Regierungen mehr und mehr als Instrument der allgemeinen Entspannungspolitik erkannt und eingesetzt wird. Die US-Regierung sollte die Berlin-Verhandlungen und ihre Beziehungen zur Sowjetunion bis zu einem Punkt weiterführen, wo sie nicht von der Veto-Politik der Kleineuropäer gestört werden können. Denn immer mehr benutzen diese die in der Schwebe befindlichen Weltprobleme, um beiden Seiten des globalen Dialogs das Tempo oder vielmehr den Stillstand der Verhandlungen zu diktieren.

Die politischen Parteien, Gruppen und Persönlichkeiten aller europäischen und nichteuropäischen Länder, denen eine Politik friedlicher Zusammenarbeit in und

mit Europa am Herzen liegt, haben in den jetzt kommenden Monaten vielleicht eine letzte Chance, sich noch rechtzeitig gemeinsam in den Kampf um die Verwirklichung einer allseits zumutbaren Europa-Konzeption einzuschalten. Fast alle Weltprobleme hängen heute vom Stand der europäischen Dinge ab. Ob es eine gute Berlin-Lösung geben wird, ob ein Separatfrieden nur mit Ostberlin abgeschlossen wird, ob die Abrüstungsverhandlungen einen aussichtsreichen Fortgang nehmen, dies und vieles andere wird davon bestimmt, ob sich die Kleineuropa-Union Paris-Bonn so zum tonangebenden Faktor der Weltwirtschaft und Weltpolitik entwickeln kann, wie es ihren Initiatoren und Protagonisten vorschwebt. Aber auch Fragen, die noch gar nicht bewußt genug gestellt sind, werden von der kommenden europäischen Entwicklung zutiefst betroffen: die Zukunftsaussichten der Demokratie, des Parlamentarismus, der geistigen und kulturellen Struktur der europäischen Gesellschaften, der Freizügigkeit des Individuums, um nur einige zu nennen.

Es läßt sich jetzt noch nicht abschätzen, welche Chancen eine gesamteuropäische innerpolitische Koordination aller entspannungswilligen und demokratischen Kräfte hätte, nur so viel ist mit Bestimmtheit vorauszusagen, daß ihrer viele lebenswichtige Aufgaben harren, die sie in Angriff zu nehmen hätte, sollte sie je ins Leben treten.

Die Lage ist viel zu ernst, als daß die Initiative den Klein- und Kleinsteuropäern überlassen werden dürfte. Haben sie erst einmal H-Bomben und Super-Raketen (wer weiß, wie weit sie schon sind?), dann sagen sie womöglich nicht nur ihr „Veto!" zu Entspannungsverhandlungen, sondern auch ein verhängnisvollinhaltsschweres: „Sic volo, sic jubeo!" [3]), das den Schrecken nach innen und außen zum Dauerinstrument macht. Vielleicht entwirft diese Fragestellung eine zu düstere Perspektive: Tragen wir darum alle dafür Sorge, daß es gar nicht erst zu solcher Zuspitzung komme und daß Europa zum Inbegriff aufgeschlossener, weltoffener friedlicher Zusammenarbeit, gesunden Wohlstandes, funktionierender Demokratie und stets hilfsbereiten Einsatzes für alle Glieder der Menschheit werde.

[3]) So will ich es, so befehle ich es!

Kurt Hirsch

Die SPD und das Notstandsgesetz

„Dann führt man für die Notwendigkeit von Notstandsgesetzen den Fall von Naturkatastrophen an. Wo hat es in Deutschland jemals Naturkatastrophen gegeben, die das Parlament außer Aktion setzten und die gesamte Verwaltung durcheinander brachten? Für den Fall auch noch so schwerer Naturkatastrophen ist das Technische Hilfswerk aufgebaut, es gibt die Selbsthilfe der Gemeinden zum Schutz ihrer Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und für die Aufrechterhaltung der Betriebe der Krankenhäuser, und es gibt schließlich den von den Gewerkschaften nach ihrem Statut und ihrer jahrzehntelangen Praxis garantierten Notdienst in den Betrieben. Alles in allem, es gibt also genügend Vorschriften in unseren Verfassungen und Gesetzgebungen, um unseren Staat bei Schwierigkeiten im Inneren zu schützen."

Dr. Walter Menzel, im Dezember 1959 (1)

Die Notstandsgesetzgebung in der Weimarer Republik

Eng mit der Geschichte der angeblich schleichenden Machtübernahme der Nationalsozialisten — die in Wirklichkeit laut und vernehmlich war — ist auch der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung verknüpft.

Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, daß sich Brüning und später auch von Papen bei ihrer Notverordnungspolitik darauf berufen konnten, daß der sozialdemokratische Vorgänger Brünings, Reichspräsident Ebert, schon im Jahre 1923 gegen eine sozialdemokratisch-kommunistische Koalitionsregierung aufgrund des Artikel 48 einen Reichskommissar für Sachsen einsetzte. Rückblickend schrieb der ehemalige sozialdemokratische Ministerpräsident von Preußen, Otto Braun, zu den Maßnahmen seines Parteifreundes Ebert:

> „Freilich ging die Reichsregierung unter volksparteilichem Einfluß auch damals schon zu weit, als sie in Sachsen Minister ihrer Ämter enthob und der von ihr ernannte Reichskommissar sich Regierungsgewalt anmaßte. Das habe ich auch dem Reichspräsidenten Ebert in einer privaten Unterredung . . . mit allem Nachdruck erklärt." (2)

Mit Recht verweist der ehemalige preußische Ministerpräsident Braun auch auf „die verhängnisvolle Rolle, die der Artikel 48 RV in der Entwicklung der deutschen demokratischen Republik zum nationalsozialistischen Verbrecherregime gespielt hat". (3) Die Anwendung des Artikels 48 durch Brüning ist auch nicht mit der Tatsache zu rechtfertigen, daß „in den 13 Jahren der Republik über 250mal auf den Artikel 48 Bezug genommen" (4) wurde, und dies in den meisten Fällen durch sozialdemokratische oder Koalitionsregierungen, in denen die SPD vertreten war.

Doch muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß Brüning ebenso wie sein sozialdemokratischer Vorgänger mit der Inkraftsetzung des Artikel 48 verfassungswidrig gehandelt hat, denn die wesentlichen Absätze des Verfassungsartikels, die eine Inkraftsetzung dieser Sondermaßnahmen gerechtfertigt hätten, lauteten:

> „Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.
>
> Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die Sicherheit und Ordnung

erheblich gestört oder gefährdet sind, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen."

Die Verkündung dieser Artikel war gleichbedeutend mit weitgehenden Einschränkungen der demokratischen Freiheiten, und dies widersprach der Verfassung; denn die gesetzlichen Voraussetzungen für die von Brüning erlassenen Notverordnungen waren nicht vorhanden.

Der neue Regierungschef leitete seine Notverordnungspolitik am 1. April 1930 mit einer Ansprache ein, in der er unter anderem in ebenso überheblicher wie arroganter Weise erklärte:

„Das neue Reichskabinett ist entsprechend dem mir vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag an keine Koalition gebunden. Doch konnten selbstverständlich die politischen Kräfte dieses Hohen Hauses bei seiner Gestaltung nicht unbeachtet bleiben. Das Kabinett ist gebildet mit dem Zweck, die nach allgemeiner Auffassung für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen. Es wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstage durchzuführen.

Einen Aufschub der lebensnotwendigen Arbeiten kann niemand verantworten. Die Stunde fordert schnelles Handeln . . .

Innenpolitisch gibt unsere Lage angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Notstände und der mit ihnen verbundenen radikalen Strömungen Anlaß zu besonderer Wachsamkeit. Diesen Strömungen läßt sich nicht nur mit dem Einsatz staatlicher Mittel begegnen, sie müssen in erster Linie durch wirtschaftliche Aufbauarbeit behoben werden.

Die Reichsregierung fühlt sich stark genug, mit den Mitteln, welche das Grundgesetz unserer staatlichen Ordnung, die Weimarer Verfassung, der deutschen Republik zur Verfügung stellt, allen gefahrvollen Bedrohungen entgegenzuwirken."

Was sollte nach diesem letzten Versuch kommen? Konnte dieser Wink mit dem Palmzweig an die Totengräber der Republik, die sich beinahe selbst zu Grabe schleifte, übersehen und überhört werden?

Konnte man durch Beseitigung wichtiger Teile des Grundgesetzes „das Grundgesetz" schützen?

Die am 1. Juni 1932 erfolgte Ernennung Papens zum Reichskanzler mit dem Auftrag, ein Kabinett der „Nationalen Konzentration" zu bilden, wurde kürzlich von dem Tübinger Professor Theodor Eschenburg mit Recht als „das Intrigenspiel am Totenbett der Weimarer Demokratie" bezeichnet.

In seiner Regierungserklärung betonte Herr von Papen: „Wir verlangen vom Volke ungeheure Opfer." Was diese angekündigten wirtschaftlichen und politischen Opfer betraf, hat von Papen sein Versprechen zweifellos gehalten. Schon zwei Tage nach der Bildung der Regierung, am 3. Juni, löste er den Reichstag als das wichtigste verfassungsmäßige Organ auf.

Papens Aufgabe war es, den Regierungsantritt Hitlers mit scheinlegalen Maßnahmen vorzubereiten, und hierzu gehörte auch die gewaltsame Absetzung der preußischen Regierung Braun-Severing. Zu dieser heuchlerischen Scheinlegalität zählte auch ein bestellter Brief des preußischen Landtagspräsidenten Kerrl an Reichskanzler von Papen, in dem der Nationalsozialist Kerrl das Eingreifen des Reiches in Preußen, d. h. die Einsetzung eines Reichskommissars für den preußischen Staat forderte, und zwar mit der Begründung, Minister Severing mit seiner Polizei sei nicht mehr imstande, „die Mordtaten gegen die Nationalsozialisten zu verhindern". Daß es sich bei dieser Behauptung um eine unverschämte Lüge handelte (denn verantwortlich für die Straßenkämpfe und Morde waren gerade die von

Papen wieder erlaubten SA-Banden), versteht sich von selbst und darf als bekannt vorausgesetzt werden. Weniger bekannt, aber von erschreckender Aktualität ist es, daß der Staatsstreich gegen die preußische Regierung mit Hilfe eines Notstandsgesetzes der Weimarer Republik, und zwar des Artikels 48, erfolgte. Dieses Gesetz gab Hindenburg die Möglichkeit, eine „Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 auf Grund des Artikels 48, Absatz 1 und 2, der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" folgenden Wortlautes zu erlassen:

> „Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des Preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des Preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissar des Reiches mit der Führung der Preußischen Ministerien zu betrauen.
>
> Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des Preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der Preußischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereiches alle Befugnisse der Preußischen Staatsministerien zu."

Herbert Wehner über „das Denken maßgebender sozialdemokratischer Politiker"

Nach der Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes in Berlin besetzten Einheiten der Reichswehr unter Generalleutnant von Rundstedt die Preußischen Ministerien. Schon vier Tage vor dem zu erwartenden Staatsstreich hatte der Parteivorstand der SPD beschlossen, „bei allem, was kommen möge, die Rechtsgrundlage der Verfassung nicht zu verlassen". (5) Dementsprechend war es für die reaktionären Putschisten, die im Auftrage des „republikanischen" Reichspräsidenten die preußische Regierung stürzten, sicher, daß sie mit keinem wie immer gearteten Widerstand zu rechnen hatten.

Am 20. Juli empfing Reichskanzler von Papen die preußischen Minister Severing, Hirtsiefer und Klepper und teilte ihnen mit, daß er durch den Reichspräsidenten zum Reichskommissar für Preußen ernannt worden sei. Papen forderte Innenminister Severing — der den abwesenden sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun vertrat — auf, die Verwaltung der Ministerien an den kommissarischen Verwalter, den Essener Oberbürgermeister Dr. Bracht, abzutreten. Severing lehnte dies vormittags mit den Worten „Ich werde nur der Gewalt weichen" ab. Am späten Nachmittag wiederholte Severing gegenüber Dr. Bracht „Ich weiche nur der Gewalt", aber was dann folgte, war nichts anderes als eine kampflose Kapitulation: Als Bracht einen Leutnant und zehn Mann aufmarschieren ließ, verschwand Severing in seine Privaträume . . .

Zu gleicher Stunde ließen sich der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski, der Polizeipräsident Dr. Weiss und der Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Heimansberg, bereitwilligst verhaften. Sie wurden in die Offiziersarrestanstalt Moabit gebracht. Fünf Minuten nach ihrer Inhaftierung unterzeichneten diese Stützen des republikanischen Preußen eine ihnen vorgelegte Erklärung, in der sie auf die Fortführung ihrer Amtsgeschäfte verzichteten! Sie, die passiven Pseudodemokraten, die bereits nach dem ersten autoritären Windstoß umfielen und die so viel Energie entwickelt hatten, wenn es galt, gegen Links zu kämpfen, eilten nach Hause.

Um die Kapitulation der sozialdemokratisch-bürgerlichen preußischen Koalitionsregierung in ihrem ganzen Ausmaß zu erkennen, ist es notwendig, daran zu erinnern, daß einerseits die preußische Polizei im wesentlichen hinter der Regie-

rung stand und bereit war, den Befehlen — wenn solche gegeben worden wären — Folge zu leisten, und andererseits die Verhaltensweise der Reichswehr durchaus noch nicht eindeutig im Sinne der faschistischen Putschisten war. Dazu kam noch die von dem Sozialdemokraten Löbe bestätigte Kampfbereitschaft der Mitglieder linksorientierter Parteien sowie deren Wehrorganisation und die Tatsache, daß weite Kreise des Zentrums und vor allem die dieser Partei angehörenden Arbeiter eindeutig gegen die Regierung Papen eingestellt waren.

Das schreckliche Fazit des 20. Juli 1932 lautet: Die Regierung des Landes Preußen, diese Hochburg der Republik, hatte ebenso kampflos wie kläglich kapituliert.

Niemand wäre berufener als die führenden Männer der SPD, aus der Notstandsgesetzgebung der Weimarer Republik und den damit von ihr in dieser Periode begangenen Fehlern und Unterlassungen die notwendigen — die lebensnotwendigen Folgerungen zu ziehen.

Herbert Wehner, der gegenwärtige 2. Vorsitzende der SPD, suchte in einem im Jahre 1939 erschienenen Artikel die Ursache des sozialdemokratischen Versagens in der Weimarer Republik unter anderem in den folgenden, seiner Ansicht nach gegebenen Tatbeständen:

> „Das Denken maßgebender sozialdemokratischer Politiker verlief so eindeutig in den Bahnen des Imperialismus, sie bewegten sich so selbstverständlich im Rahmen des bürgerlichen Staates, daß sie nicht mehr zwischen bürgerlichem und sozialistischem Staat unterschieden . . .
>
> Während die sozialdemokratischen Theoretiker von der Leugnung der Rolle des bürgerlichen Staates als Unterdrückungsinstrument ‚konsequent' weitergingen bis zur kampflosen Preisgabe der Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie und teilweise bis zur Anerkennung des Faschismus . . .
>
> Dadurch, daß die sozialdemokratischen Opportunisten die Grundlehren Marxs und Engels über den Staat als Herrschaftsinstrument in den Händen einer Klasse, über die Lehren der Pariser Kommune und die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats für den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus verfälschten, öffneten sie Tür und Tor für das Eindringen bourgeoiser Staatstheorie — in die Arbeiterbewegung . . ." (6)

Man mag über den Wandel Wehners vom früheren Kommunisten zum aggressiven Antikommunisten, vom Kämpfer gegen den sozialdemokratischen Reformismus zum härtesten Vertreter einer Politik, der gegenüber die von ihm selbst seinerzeit so getadelten Sozialdemokraten wie wahre Revolutionäre erscheinen, unterschiedlich denken, denn manches mag sich in der Betrachtungsweise d. h. im Welt-Bild oder in der Bild-Welt dieses Mannes — sei es zu Recht oder zu Unrecht — geändert haben. Doch sicherlich nicht geändert haben sich die geschichtlichen Realitäten der Weimarer Republik, die Notverordnungspolitik, die mit zum Dritten Reich führte, und die Mitverantwortung der sozialdemokratischen Partei, die von Wehner mit so harten Worten gekennzeichnet wurde.

Dr. Katz läßt die sozialdemokratische Notstandsmaus aus dem Sack.

Man kann der sozialdemokratischen Parteiführung nicht absprechen, daß sie aufgrund einer jahrzehntelangen Tradition im Überbordwerfen von Grundsätzen und ihrem damit verbundenen Bemühen, diesen ständigen Kapitulationssalat ihren Mitgliedern und Wählern in kleinen Mengen zu verabreichen und damit verdaulicher zu machen, eine beachtliche Routine erworben hat.

Wahre Meisterleistungen wurden beim Überbordwerfen der anfänglichen Verneinung der geplanten Notstandsgesetzgebung erreicht. Im November 1958 schrieb

der SPD-Pressedienst zu den Bemühungen des damaligen Innenministers Dr. Schröder, „die Verfassungsschutzämter in Staatssicherheitsämter umzubenennen und ihnen Exekutivgewalt zu verleihen", u. a.:

„Seit etwa einem Jahr werden dem Bundesbürger in sorgfältig abgewogener Dosierung Maßnahmen schmackhaft gemacht, die, wenn sie insgesamt Wirklichkeit würden, eine erhebliche Veränderung der ‚freiheitlich-demokratischen' Struktur der Bundesrepublik zur Folge hätten. Die Zielrichtung der geplanten ‚Reformen', die Brentano, Schäffer und Schröder in letzter Zeit vorgeschlagen haben, ist so eindeutig, daß man dahinter eine ordnende Hand vermuten muß. Dabei ist dem Verantwortlichen allerdings insofern ein Regiefehler unterlaufen, als in letzter Zeit die Pläne zur Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte in derart rascher Reihenfolge bekannt wurden, daß der an homöopathische Dosen zum Entzug seiner Freiheit gewohnte Bundesbürger hellhörig geworden ist." (7)

Einige Monate später schrieb eine der SPD nahestehende Zeitschrift:

„Das geht uns alle an! Es geht um unsere Verfassung! Die wichtigste Aufgabe des Bundesinnenministers Dr. Schröder ist es, unsere Verfassung zu schützen — vor jedem Mißbrauch, vor jedem Verfassungsbruch. Aber gerade Dr. Gerhard Schröder, der oberste Verfassungsschützer, will jetzt die Verfassung mißbrauchen: Wenn er sich durchsetzt, wird der Bundestag in den nächsten Wochen die Änderung unseres Grundgesetzes beschließen. Dann darf die Regierung immer, wenn sie ‚Notstand!' ausruft, unsere Grundrechte einschränken und ohne Kontrolle durch den Bundestag herrschen. Das ist höchst gefährlich! Zu genau wissen wir, wie leicht deutsche Politiker der Verführung der Macht erliegen. Einige Minister unserer Regierung Adenauer haben schon erkennen lassen, wie lästig ihnen Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Post- und Telefongeheimnis sein können. Und wissen wir, ob nicht nach Adenauer ein skrupelloser Ehrgeizling an die Spitze der Bundesregierung kommt? . . .

Dr. Schröder malt die düsteren Schatten eines ‚Notstandes' an den Horizont und ruft zur ‚Vorsorge'. Ja, sorgen wir vor, daß sich die fatale Entwicklung der Weimarer Republik nicht wiederholt! . . . Ein Notstandsparagraph, leichtfertig gehandhabt, nach dem Motto, ‚was Notstand ist, bestimme ich', wäre das Ende unserer Freiheit. Darum, Herr Dr. Schröder: Hände weg vom Grundgesetz! Nie wieder Notstandsgesetze, die den Staat retten sollen und in Wirklichkeit die Demokratie zugrunderichten!" (8)

Während sich noch sozialdemokratische Redner und Schreiber innerhalb des DGB und der SPD mit Nachdruck gegen alle Notstandspläne wandten — und dies war sicherlich in den meisten Fällen aufrichtig gemeint —, wies der der SPD angehörende Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes, Dr. Rudolf Katz, schon auf die Notwendigkeit einer Notstandsgesetzgebung hin. Anläßlich einer Tagung der westdeutschen Sektion der „Internationalen Juristen-Kommission" in Bad Godesberg erklärte er am 21. November 1959:

„Staatsrechtlich bedenklich aber muß die Lage werden im Falle des sogenannten inneren Notstandes, also im Falle des Verkehrsstreikt, des Generalstreiks, von Versorgungsschwierigkeiten in unseren großen industriellen Zentren . . .

Ich weiß nicht, ob dieser Fall auch nicht relativ schnell kommen könnte, wie überhaupt das Abrutschen aus dem Zustand des ‚Sonnenscheins' in den des ‚Gewittersturms' sehr schnell vor sich gehen kann.

Dabei dürften wahrscheinlich in der heutigen Zeit nicht so sehr die rein politischen, sondern eher die wirtschaftlichen oder sozialen Verhältnisse den Anlaß für den Notstand bieten. Ich bin mir nicht sicher, ob ein totaler Metallarbeiterstreik von 4 Monaten, wie ihn die Vereinigten Staaten erst jetzt durchgemacht haben, von Deutschland als einem Export- und Industrieland ohne Krisenzustand verdaut werden könnte, ob etwa ein Streik solchen Ausmaßes hier nicht schon einen Zustand der inneren Krise und des inneren Notstandes hätte hervorrufen können . . .

Ich wiederhole: die Situation hat etwas außerordentlich Beunruhigendes an sich,

man hat sich — vielleicht bedauerlicherweise — in den zehn Jahren seit 1949, bei dem dauernden ‚schönen Wetter', daran gewöhnt, anzunehmen, daß das immer so weitergehen werde. Es ist doch, nach allen geschichtlichen Erfahrungen, außerordentlich unwahrscheinlich, daß in Deutschland, in Europa und in der Welt immer ein ‚schönes Wetter' herrschen wird . . .

Und die Gefahr, daß ein Notzustand kommen kann, hängt unheilschwanger über uns. Daher ist es, um den Rechtsstaat zu erhalten, außerordentlich dringend, daß diese notwendige Ergänzung des Grundgesetzes möglichst bald im Bundesgesetzblatt erscheint, denn sonst könnte der deutsche Rechtsstaat schon in der nächsten Krise zusammenbrechen. Jetzt zu handeln, ist besser, als eine Vogel-Strauß-Politik zu betreiben und so zu tun, als wenn immer ein herrliches Sonnenwetter bleiben müßte."

Damit brachte Dr. Katz die Kompromißbereitschaft der Sozialdemokratischen Partei auch in dieser Frage zum Ausdruck, denn es war kaum anzunehmen, daß dieser in hoher bundesdeutscher Funktion befindliche Jurist diesen politischen Versuchsballon zur Einschränkung der demokratischen Freiheiten losgelassen hätte, ohne des Einverständnisses maßgebender Parteifreunde sicher zu sein. Schon aus diesen Gründen war, nachdem die „Juristen-Katze" erst aus dem Sack gelassen war, der Widerspruch der SPD-Bundestagsfraktion gegen Schröders Notstandspläne nicht übermäßig ernst zu nehmen. Die sicherlich gut informierte „Frankfurter Allgemeine Zeitung" kommentierte die Ausführungen von Katz folgendermaßen:

„Zwischen den Regierungsparteien und der Opposition haben sich in der Frage des Notstandsrechts die Gegensätze etwas entschärft. Die an die Sozialdemokraten gerichtete Aufforderung des Vizepräsidenten des Karlsruher Bundesverfassungsgerichtes, Katz, bei der Notstandsgesetzgebung mit den Regierungsparteien zusammenzuarbeiten, ist in Bonn auf fruchtbaren Boden gefallen. Schon in den nächsten Wochen sollen vertrauliche Gespräche zwischen Beauftragten der SPD-Bundestagsfraktion und Experten der Unionsfraktion stattfinden. Die Sozialdemokraten haben erklärt, daß sie eine ernsthafte interfraktionelle Unterredung über die Notstandsgesetzgebung begrüßten . . .

Von sozialdemokratischer Seite war am Donnerstag zu erfahren, die SPD-Fraktion habe die unterschiedlichen Meinungen in ihrer Fraktion ‚aufeinander abgestimmt'. Während der Abgeordnete Metzel bisher stets erklärte, daß ein Notstandsgesetz nicht nötig sei, da die bestehenden Sicherungen ausreichten, ist der Abgeordnete Merten der Überzeugung, daß man ein Notstandsgesetz brauche, allerdings nicht in der vom Bundesinnenminister vorgelegten Form. Eine ähnliche Haltung nimmt auch der Abgeordnete Arndt ein . . ." (9)

Ergänzend meldete der „Tagesspiegel" einige Wochen später:

„Bundesinnenminister Schröder hat . . . am 2. Februar 1960 angedeutet, daß er in einigen Punkten zu Zugeständnissen bereit sei. Er erklärte, an der Frage, ob der Bundestag mit einfacher oder mit Zweidrittelmehrheit den Ausnahmezustand beschließen solle, brauche das Gesetz nicht zu scheitern. Der Regierungsentwurf sieht vor, daß für die Ausrufung des Ausnahmezustandes die einfache Bundestagsmehrheit genügt. Die Sozialdemokraten haben nicht zuletzt aus diesem Grunde den Entwurf abgelehnt . . .

Am 26. Februar wird sich der Bundesrat im ersten Durchgang mit dem Gesetzentwurf beschäftigen . . .

Seine Kompromißbereitschaft drückte Schröder mit den Worten aus: ‚Die SPD hat schließlich auch nicht die Absicht, bei einer Katastrophe die Hand in den Schoß zu legen, sie ist genauso vaterlandsliebend wie wir' . . ." (10)

Noch im Jahre 1958 bezeichnete der Pressedienst der SPD die Pläne Schröders als verfassungswidrig und begründete dies damit, daß das von ihm geplante Notverordnungsrecht der Bundesregierung die Möglichkeit bieten würde, die Grundrechte aufzuheben, und gerade das ist ihr in Artikel 79 Absatz 3 des Grund-

gesetzes untersagt. Aus diesen Gründen war nach Meinung der Sozialdemokratischen Partei — im Jahre 1958 — der Bundestag gar nicht berechtigt, ein solches Gesetz überhaupt zu beschließen. Des weiteren vertrat der parteioffiziöse Pressedienst den Standpunkt, daß aus dem Notstandsrecht ein Staatsstreichrecht werden könne. Es wurde Innenminister Schröder unterstellt, daß er der Bundesregierung ein grundgesetzwidriges Notverordnungsrecht verschaffen wolle, und zwar in Form einer Verfassungsänderung, die der Bundesregierung die Möglichkeit geben würde, bestimmte Grundrechte durch Notverordnungen aufzuheben, und dies bedeutete nach Auffassung des SPD-Pressedienstes „die Qualität eines Staatsstreiches".

Allerdings wurde dies, wie schon erwähnt, im Jahre 1958 geschrieben. Doch bei der Bundestagsdebatte am 28. September 1960 brachte die SPD ihre Bereitschaft zum Ausdruck, über jenes Gesetz zu verhandeln, das von ihrem Pressedienst vor zwei Jahren noch mit einem Staatsstreich verglichen und als ein gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik verstoßendes Gesetzeswerk bezeichnet wurde.

Man muß den Befürwortern der Notstandsgesetzgebung korrekterweise zugestehen, daß sie mit einer nichts zu wünschen übrig lassenden Deutlichkeit zum Ausdruck brachten, was sie mit dem Notstandsgesetz bezweckten. Zwei der SPD nahestehende Tageszeitungen kommentierten im Jahre 1960 die Absicht der Bundesregierung mit folgenden Worten:

> „. . . Aber der vorliegende Text zeigt, daß der Innenminister — wie es seinem Ressortdenken entspricht — vor allem den inneren Notstand vor Augen hat. Und hier wird die Sache gefährlich." (11)
>
> „Das Erregendste dabei ist die unverblümte Art, mit der die Regierung Adenauer glaubt, nun auch die Bundeswehr bei innenpolitischen Konflikten einsetzen zu können . . .
>
> Nur vor einem hüte man sich: Mit dem Gedanken zu spielen, wirtschaftliche Schwierigkeiten, soziale Spannungen oder innenpolitische Differenzen mit Polizeimitteln ‚aufzufangen'. Darauf hinzuweisen, besteht vor allem deshalb Veranlassung, weil der Gesetzentwurf auch den Artikel 9 des Grundgesetzes über die Koalitionsfreiheit auf die Liste derjenigen bürgerlichen Freiheiten gesetzt hat, die aufgehoben werden können . . ." (12)

Die „Offenheit" des Ministers und der Regierungssprecher machten es schließlich der SPD bei schlechtestem Willen — schon aufgrund des Widerstands innerhalb der Gewerkschaften — unmöglich, mit Herrn Schröder zu einem Kompromiß zu gelangen. Selbst der so kompromißbereite Herbert Wehner schrieb in einer Gewerkschaftszeitung:

> „Bundesinnenminister Dr. Schröder hat den 28. September als ein Datum von größter Bedeutung in der deutschen Parlaments- und Verfassungsgeschichte bezeichnet. An diesem Tage behandelte der Deutsche Bundestag . . . den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes betreffend das Notstandsrecht . . .
>
> Der Minister erklärte, hier stehe ‚eine der wichtigsten Entscheidungen des Bundestages im Sicherheits- und Verteidigungskomplex bevor' . . .
>
> Seine Ausführungen . . . fußen auf der Behauptung, das Grundgesetz behandele die Frage der äußeren Verteidigung und die Frage der Sicherung nach innen, ‚wenn überhaupt, dann höchst unzulänglich'.
>
> Seine eigenen Vorstellungen unterstrich der Minister durch den Satz: ‚Die Ausnahmesituation ist die Stunde der Exekutive' . . ." (13)

Das Notstandsgesetz — ein Gesetz zum Schutze für Lebensretter?

In den gleichen Monaten war auch der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident von Niedersachsen, Hinrich Kopf, nicht müßig gewesen. Er „hat die ihm

durch ein Leberleiden seit drei Monaten aufgezwungene Muße dazu benutzt, in einem Krankenhaus in Kassel seine Gedanken in der heißumstrittenen Frage des Notstandes zu einem Gesetzentwurf auszuprägen". (14) Der Kopf'sche Notstandsgedanke ließ sich in den folgenden Sätzen zusammenfassen:

„Kopf trägt dem Verlangen der Opposition Rechnung, daß es ohne sie nicht zur Ausrufung des Notstandes kommen dürfe. Ebenso wird der Forderung entsprochen, daß während eines Notstandes der Erlaß gesetzvertretender Verordnungen nicht der Bundesregierung überlassen bleiben dürfe. Im Unterschied zu allen bisher bekannten Vorschlägen gibt Kopf dem Bundespräsidenten größere Bedeutung.

Außerdem soll nach dem Gesetzentwurf Kopfs der Beschluß über den Notstand nicht durch das Plenum des Bundestages herbeigeführt werden. Dagegen wünscht der Ministerpräsident, daß die Länder, stärker, als in den bisherigen Vorschlägen vorgesehen ist, eingeschaltet werden." (15)

Es ist kaum anzunehmen, daß es sich bei diesen Vorschlägen um eine Privatinitiative gehandelt hat und daß man diese Vorschläge nur als Folge eines Leberleidens betrachten kann. Man geht vielmehr nicht fehl in der Annahme, daß die Parteiführung der SPD der Bundesregierung durch Kopf einen Kompromißball zuwerfen ließ, der von dem Nachfolger Schröders, Innenminister Dr. Hermann Höcherl, einige Monate später nicht ungeschickt aufgefangen wurde.

Im übrigen erwies sich Höcherl um vieles diplomatischer und schmiegsamer als sein Vorgänger. Diese Schmiegsamkeit bestätigte ihm auch sein Parteifreund Konstantin Prinz von Bayern, der „unter vier Augen mit Bundesminister Höcherl" sprach:

„Wo Höcherls Vorgänger Schröder gesagt hat: Bei Notstand keine Wahlen, die Amtsperiode von Bundestag und Bundespräsident verlängert sich — da weicht Höcherl, der mitten in Verhandlungen mit Gewerkschaften und Parteien steht, aus . . .

‚Wie', frage ich den Minister, ‚werden Sie den Befürchtungen der Gewerkschaften begegnen, die argwöhnen, ein Notstandsgesetz könnte auch dazu gebraucht werden, wirtschaftliche Streiks mit Bundesmacht zu brechen?'

‚Sie meinen wohl m i ß b r a u c h t', sagt Höcherl. ‚Einfach absurd' findet er solche Befürchtungen, ‚weil doch der Streik ein erlaubtes Mittel im Arbeitskampf ist'. Und er fügt nachdenklich hinzu: ‚Sollte jedoch ein Streik den Händen der Gewerkschaft entgleiten und dazu führen, daß die lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung gefährdet ist, dann wären die staatlichen Gegenmaßnahmen als Notdienst an der Bevölkerung zu betrachten und nicht als Eingriff in das Streikrecht'.

Das ‚Schutzbaugesetz' wird folgen, u. a. für zentrale Luftschutzbauten, deren Finanzierung ein noch ungelöstes Problem darstellt. — Folgen werden auch das ‚Selbstschutzgesetz' und das Evakuierungsgesetz. Mit ihm soll verkündet werden, daß Personen, die gegen ihren Willen in Sicherheit gebracht worden sind, hinterher ihre Retter nicht wegen Freiheitsberaubung verklagen können." (16)

Wenn man die Gedanken von Innenminister Dr. Höcherl weiterspinnt, dann dient das geplante Notstandsgesetz eigentlich nur zum Schutze jener Schwimmer, die Nichtschwimmer gegen deren Willen retten . . .

Das ausweichende Verhalten Höcherls ermöglichte es der SPD, die Notstandsgesetzgebung nicht mehr grundsätzlich abzulehnen, sondern sie begann ihre „Wünsche" anzumelden:

„Die in Berlin tagenden Spitzengremien der SPD (Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission) haben am Wochenende einstimmig sechs Thesen zur Notstandsgesetzgebung gutgeheißen:

1. Es soll eindeutig klargemacht werden, in welchen Fällen und unter welchen Umständen von einem Notstand gesprochen werden kann. Dabei sei zwischen innerem Notstand, dem drohenden Verteidigungsfall (Spannungszeit) und dem äußeren Notstand zu unterscheiden.

2. Es müsse gewährleistet sein, daß in solchen Situationen nicht eine an der Macht befindliche Gruppe oder Partei die Mittel der Exekutive zur Unterdrückung der anderen ausnutzen kann.

3. Es sei zu sichern, daß Notstandsbefugnisse ausschließlich zur Meisterung des Notstandes und nicht zur Drosselung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung eingesetzt werden können.

4. Es müsse ausgeschlossen werden, daß eine Einschränkung oder Drosselung der demokratischen Grundrechte im gewerkschaftlichen und betrieblichen Bereich unter dem Vorwand des Notstandes praktiziert werden können.

5. Weder die Befugnisse der Länder noch die der gewählten Volksvertretung dürfen unter Berufung auf einen „Notstand" erstickt werden können.

6. Die Funktionsfähigkeit des Bundesverfassungsgerichtes müsse gewährleistet bleiben. Jede Maßnahme müsse vor dieses Gericht gebracht werden können." (17)

Im Zusammenhang mit dem letzten Wunsch, „die Funktionsfähigkeit des Bundesverfassungsgerichtes" müsse gewährleistet bleiben, sei daran erinnert, daß seinerzeit die „Republikaner" der abgesetzten preußischen Regierung beim „Staatsgerichtshof" wegen des Papen-Putsches gegen das Reich Klage erhoben hatten; und wenn die Schildbürger-Republikaner nicht gestorben sind, so warten sie noch heute, nach dreißig Jahren, auf einen Bescheid des „Staatsgerichtshofes".

Man braucht wahrlich kein tollkühner Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß der Weg der SPD mit schlechten Vorsätzen gepflastert ist, gegen den Willen der meisten führenden Gewerkschaftsführer, der Millionen Gewerkschaftsmitglieder und ihrer eigenen Mitglieder, sich mit Innenminister Höcherl zu verständigen, denn es geht zuletzt doch nur darum, daß „Personen, die gegen ihren Willen in Sicherheit gebracht worden sind", nicht „hinterher ihre Retter wegen Freiheitsberaubung verklagen können".

Einer der intellektuellen Befürworter des Notstandsgesetzes, Prof. Freund, schrieb in einem kürzlich erschienenen Buch über Sinn und Zweck der Notstandsgesetzgebung:

„Das Notstandsrecht kann nur aus einem raschen, unerwarteten und ungehemmten Zuschlagen bestehen ... Inmitten einer großen wirtschaftlichen Krise kann ein Streik für den Staat lebensgefährlich werden ... Der Streik ist der gefährlichste Notstand ..." (18)

Der zweite Autor dieses Buches, der SPD-Abgeordnete Dr. Arndt, lehnt die Notstandsgesetzgebung durchaus nicht grundsätzlich ab. Er muß sich aber trotzdem zu der folgenden Feststellung über die heutige bundesdeutsche Situation — ohne Notstandsgesetz — durchringen:

„Verfassungsfeindliche Vereinigungen sind kraft des unmittelbar geltenden Grundgesetzes (Art. 9 II) unzulässig. Verfassungsfeindliche Parteien werden bereits in ihren Anfängen mit strafrechtlicher Folge wirksam verboten (Art. 21 II). Verfassungsgegnerische Aktivität führt zur Verwirkung der Grundrechte (Art. 18). Neben die Sicherheitspolizei ist in einem unheimlichen Ausmaß die in einem demokratischen Rechtsstaat bisher unbekannte Aufsichtspolizei in Gestalt der Verfassungsschutzämter getreten. Sie wirkt im geheimen, weil es die Sphäre des Geheimen ist, in der ein verfassungsfeindlicher Gegner schon bei der Vorbereitung aufgespürt werden muß. Ebenso wie die Waffentechnik eine unermeßliche Übermacht des Staates begründet, schafft die Technik als Überwachungsmittel eine ungeahnte Macht, weil Tonbandgeräte in Größe einer Zigarettenschachtel kaum bemerkbar sind, und Mikrophone, die noch auf geraume Entfernung leise Worte auffangen, den Bürger zum belauschten Bürger machen ...

Die Strafbarkeit staatsgefährdenden Verhaltens ist 1951 durch eine Ergänzung des Strafgesetzbuches in einer früher undenkbaren und keineswegs unbedenklichen Art bis in entfernte Vorbereitungshandlungen vorverlegt worden. An gesetzlicher und technischer Ausrüstung zu militantem Schutze ihrer Verfassung gleicht die

Bundesrepublik einem mit Polaris-Raketen bewaffneten U-Boot, die Weimarer Republik dagegen einem Polizisten . . ." (19)

Ungeachtet dieses Situationsberichtes wird der „Kronjurist" der SPD mit seinen Parteifreunden dem Gesetzentwurf Höcherls zustimmen, wenn dieser einigen „Wünschen" der SPD Rechnung trägt — eine Rechnung, die sicherlich morgen oder übermorgen viele Mitglieder der SPD und des DGB und vielleicht auch einige der Zustimmer zu begleichen haben werden. Daß die letzteren ebenso wie einige ihrer Parteifreunde vor 30 Jahren unter ihren Fehlern und Unterlassungen vielleicht zu leiden haben werden, mag man menschlich ebenso wie damals als tragisch empfinden, es enthebt sie aber keineswegs ihrer geschichtlichen Verantwortung. Einer geschichtlichen Verantwortung, die um so schwerer wiegt, als auf diesen dreißig Jahren, die zwischen den Zustimmern zu Notstandsgesetzgebungen liegen, das blutige Gewicht des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges lastet.

Dr. Arndt und seine Parteifreunde werden der Notstandsgesetzgebung in ihrer überwiegenden Mehrheit ihre Zustimmung erteilen, obwohl Dr. Arndt noch im März dieses Jahres im Pressedienst seiner Partei zutreffend schrieb:

„Die Gefahr eines inneren Notstands sei weder aktuell noch könne sie überraschend eintreten, noch sei sie unvermeidlich, noch der Staat ihr gegenüber wehrlos. Dagegen beschwöre jede außerordentliche Befugnis, um angeblich inneren Notständen entgegenzutreten, die gegenwärtliche Gefahr des Staatsstreichs herauf. Die Gefahr des Staatsstreichs infolge einer Übermacht der Staatsbefugnisse sei aktueller und größer als die Möglichkeit eines sogenannten inneren Notstands." (20)

Von dieser Zustimmung werden sich die sozialdemokratischen Abgeordneten auch von der Feststellung des Zentralorgans ihrer eigenen Partei nicht abhalten lassen:

„Wir haben uns deswegen so eingehend mit dem Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung und seinen verhängnisvollen Konsequenzen beschäftigt, weil uns fast die gleichen Gefahren aus dem Entwurf des Bundesinnenministers entwachsen können." (21)

Auch die prominenten Gewerkschaftsfunktionäre innerhalb der SPD-Fraktion werden größtenteils für die Notstandsgesetzgebung stimmen, obwohl im Oktober 1960 der 6. Gewerkschaftstag der IG-Metall die folgende Entschließung faßte:

„Der 6. Gewerkschaftstag verpflichtet den Vorstand, alle geeigneten, nach der Satzung zuläßlichen Maßnahmen zu treffen, damit die Bundesregierung verhindert wird, ihre Pläne zu verwirklichen.

Er fordert die anderen Organisationen der Arbeitnehmer auf, gemeinsam mit der IG Metall diesen Plänen notfalls mit allen gesetzlichen Mitteln, einschließlich des Streiks, entgegenzutreten." (22)

Sie werden in ihrer Mehrheit zustimmen, obwohl das Organ der gleichen Gewerkschaft im Januar 1962 zu den Notstandsplänen des Bundesinnenministers Höcherl schrieb:

„Trotz der beruhigenden Versicherungen Höcherls muß auch dieser Entwurf in Gewerkschaftskreisen großen Bedenken begegnen.

Die von Höcherl befürwortete Dienstverpflichtung am Arbeitsplatz trifft nach wie vor die Arbeitnehmer mehr als die Arbeitgeber und andere Schichten.

Eine Garantie dafür, daß auch im Notstandsfall das Koalitionsrecht des Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes unter allen Umständen unangetastet bleibt — wie dies sogar der berüchtigte Artikel 48 der Weimarer Verfassung vorsah —, will man offenbar den Gewerkschaften nicht geben. Man denkt also nach wie vor an eine ‚wehrwirtschaftliche Totalerfassung' der Arbeitnehmer und an eine Notstandsregelung auf ihrem Rücken, anstatt dafür zu sorgen, daß gerade auch in kritischen Zeiten die Schlagkraft ihrer Organisation und die Freiheit der sozialen Gruppen

zur Verteidigung der demokratischen Ordnung erhalten bleibt. Höcherl versichert zwar, daß zur Beendigung von Arbeitskämpfen nicht der ‚innere Notstand' ausgerufen werden soll. Er fügt aber hinzu, die Folgen solcher Streiks müssen gegebenenfalls durch Notstandsmaßnahmen beseitigt werden. Damit hätten wir also Notstandsmaßnahmen gegen Arbeitskämpfe sogar ohne die vorgesehene Feststellung eines Notstandes ...

Hier scheint immer wieder die Vorstellung zu spuken, daß jeder Streik einen ‚Notstand' schaffe. Dagegen aber müssen sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit wenden. Das Streikrecht ist und bleibt die unentbehrlichste Waffe der demokratischen Arbeiterbewegung gegen alle Anschläge auf die Demokratie selbst ..." (23)

Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden in ihrer Mehrheit Herrn Höcherl ihre Zustimmung nicht verweigern, obwohl die Delegierten der 5. Bundesjugendkonferenz des DGB — die 750 000 Mitglieder vertrat — im April 1962 gegen den Willen des Hauptreferenten, des Vorstandsmitgliedes des DGB Werner Hansen, bei einer Gegenstimme und 5 Enthaltungen den folgenden Antrag annahmen:

„Die 5. Gewerkschaftsjugendkonferenz des DGB protestiert energisch gegen die Absichten der Bundesregierung, den sogenannten Notstand gesetzlich zu regeln und in diesem Zusammenhang auch eine gesetzliche Notdienstverpflichtung zu schaffen. Beide Vorhaben sind geeignet, elementare Grundrechte, besonders das Streik- und Koalitionsrecht, einzuschränken und dadurch die demokratische Widerstandskraft in der Bundesrepublik zu schwächen ...

Die 5. Bundesjugendkonferenz fordert den Vorstand des DGB auf, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, damit die Bundesregierung gehindert wird, ihre Pläne zu verwirklichen.

Die 5. Bundesjugendkonferenz fordert darüber hinaus die demokratischen Parteien auf, gemeinsam mit den Organisationen der Arbeitnehmer die gefährdeten demokratischen Rechte zu verteidigen und die von der Bundesregierung geplanten Gesetzentwürfe abzulehnen."

Sie alle, die bedenkenlosen Überbordwerfer aller Grundsätze, werden in ihrer überwiegenden Mehrheit den Plänen von Herrn Höcherl zustimmen, wenn nicht das Geflüster des Unbehagens in den Reihen der SPD und der Gewerkschaften zu einer leidenschaftlichen Welle des Protestes anwächst; wenn die Mitglieder der Gewerkschaften und der SPD nicht mit allem Nachdruck verlangen, daß der Bundesvorstand des DGB eine gewerkschaftliche und der Parteivorstand der SPD eine sozialdemokratische Politik betreiben, und wenn sie nicht unüberhörbar zum Ausdruck bringen, daß sie, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, bereit sind, dieses Grundgesetz vor allen gegen dieses Gesetz gerichteten Plänen zu schützen!

Wenn dies nicht eintritt, wird sich leider nur zu bald zeigen, wie berechtigt die überhörte Warnung von Prof. Wolfgang Abendroth war, der im September 1960 in einer Gewerkschaftszeitung schrieb:

„Leider besteht die Gefahr, daß sich die öffentliche Meinung und auch die parlamentarische Kritik mit der Zeit beruhigt und mit den Plänen der Bundesregierung abfindet ..." (24)

Quellen-Hinweis

(1) Dr. Walter Menzel, „Wir brauchen kein Notstandsrecht", „Vorwärts", 18. Dezember 1959.

(2) Otto Braun, „Zum Brüning-Brief", „Deutsche Rundschau", August 1948.

(3) Otto Braun, „Zum Brüning-Brief", „Deutsche Rundschau", August 1948.

(4) Karl-Dietrich Bracher, „Die Auflösung der Weimarer Republik", Ring-Verlag, Stuttgart und Düsseldorf, 1957.

(5) Andreas Hillgruber, „Die Auflösung der Weimarer Republik", Verlag für Literatur und Zeitgeschehen G. m. b. H., Hannover, 1960.
(6) Kurt Funk, „Die Bedeutung der Lehre Lenins und Stalins vom Staat für die internationale Arbeiterklasse", „Die Kommunistische Internationale" Nr. 7/1939, zitiert nach Werner Haagk, „Herbert Wehner alias Kurt Funk zur Frage des Staates, des Opportunismus, des imperialistischen Krieges und der Diktatur des Proletariats", „WISO", 1. August 1961.
(7) „SPD-Pressedienst", 6. November 1958.
(8) „Revue", 31. Oktober 1959.
(9) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 11. Dezember 1959.
(10) „Der Tagesspiegel", 3. Februar 1960.
(11) „Frankfurter Rundschau", 19. Januar 1960.
(12) „Westfälische Rundschau", 19. Januar 1960.
(13) „Gewerkschaftspost", Nr. 11/1960.
(14) „Die Welt", 9. Februar 1960.
(15) „Die Welt", 9. Februar 1960.
(16) „Welt am Sonntag", 4. März 1962.
(17) „Stuttgarter Nachrichten", 19. März 1962.
(18) Adolf Arndt und Michael Freund, „Notstandsgesetze — aber wie —", Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, 1962.
(19) Adolf Arndt und Michael Freund, „Notstandsgesetze — aber wie —".
(20) „dpa", 7. März 1962.
(21) „Vorwärts", 3. Juni 1960.
(22) „Mitteilungen der Industriegewerkschaft Metall", 29. Oktober 1960.
(23) Fritz Opel, „Neue Notstandspläne", „Metall", 23. Januar 1962.
(24) Prof. Wolfgang Abendroth, „Vom Notstand zum Notdienst", „Textil-Bekleidung", September 1960.

„Eine gewisse Rechtsblindheit ..."

Immer noch Wissenswertes zum NS-Richter-Problem

Niemand wird die Unabhängigkeit der Gerichte antasten wollen. Aber kann es sich ein Rechtsstaat leisten, daß seine Bürger, wenn sie im Freundeskreis, an Stammtischen und in Kneipen über die sanften Urteile der letzten Monate reden, immer wieder — empört oder mit Augenzwinkern — auf die möglichen psychologischen Handicaps der Richter zu sprechen kommen?

(„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 6. Oktober 58))

Der Richter sagte: „Die einzig mögliche Antwort auf den frivolen Angriff des Angeklagten gegen das deutsche Blut, die deutsche Ehre und den Leib der deutschen Frau ist die Todesstrafe."

Der Richter hieß Dr. Max Rothaug. Er war der Vorsitzende des Sondergerichts in Nürnberg. Als er das Urteil fällte, schrieb man den 13. März 1942. Heute bezieht er eine Beamtenpension.

Vor ihm hatte 1942 der Jude Leo Katzenberger gestanden. 69 Jahre alt, Kaufmann von Beruf. Gefesselt. Der Schuhwarenhändler, der verheiratet war und zwei erwachsene Söhne hatte, gehörte vor 1933 zum Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde von Nürnberg und war einer der angesehensten Bürger der alten

Reichsstadt. Sein Verbrechen lautete: Rassenschande mit der 32 Jahre alten Photographin Irene Seiler.

In der Verhandlung am 13. März 1942 trat im Gerichtssaal 600 des Nürnberger Justizpalastes Staatsanwalt Hermann Markl als Rächer am „deutschen Blute" auf. Er bezeichnete Katzenberger als gefährlichen Volksfeind; es fielen Sätze wie: „Die Juden sind unser Unglück", und: „Die Juden sind am Kriege schuld"; Sätze, wie sie Propagandachef Goebbels in Umlauf gesetzt hatte. Als das Gericht wenig später die Beratung des Urteils abgeschlossen hatte, folgte es dem Antrag des Anklägers: Todesstrafe. Irene Seiler kam glimpflicher weg. Sie wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Im Juni 1942 wurde Katzenberger hingerichtet.

Passagenweise wurde dieser Fall dem amerikanischen Film „Das Urteil von Nürnberg" zugrundegelegt. Als dieser in den letzten Wochen in München aufgeführt wurde, verteilten Studenten der deutsch-israelischen Hochschul-Studentenschaft Flugblätter, in denen sie den bayerischen Justizminister Albrecht Haas (FDP) darauf aufmerksam machten, daß einer der damals beteiligten Juristen heute noch im Amt sei — der damalige Staatsanwalt Markl. Nicht nur, daß er überhaupt noch in den Diensten der bayerischen Justiz stehe, sie habe ihn obendrein noch nach dem Kriege befördert, zweimal sogar — und zwar bis zum Oberlandesgerichtsrat. („Die Zeit", 13. April 62)

Nur wenige deutsche Richter besaßen damals so viel politische Einsicht, daß sie sich ausmalen konnten, wie eine Zusammenarbeit mit dem NS-Regime aussehen würde.

Viele hohe Richter gefielen sich in Liebedienerei gegenüber der allmächtigen Partei und dem Justizministerium. („Die Welt", 10. Oktober 59)

Der Referent (Oberlandesgerichtspräsident Richard Schmid, Stuttgart, in Bergneustadt auf einer justizpolitischen Tagung in der Heimvolkschule der Friedrich-Ebert-Stiftung) empfand es als besonders bedauerlich, daß mancher Richter während des Krieges seine erneute UK-Stellung mit Todesurteilen erkauft habe.
(„Mannheimer Morgen", 22. März 61)

Es handelt sich nicht um vereinzelte Verbrechen und Niederträchtigkeiten, sondern um eine nicht abreißende Kette solcher Untaten während der Dauer der ganzen Hitler-Herrschaft, um fabrikmäßig begangene Verbrechen an ganzen Massen von Opfern. Also um ein Massenphänomen. Die Wiedereingliederung solcher Massen von Mitschuldigen in eine gesittete freie Gesellschaft ist kein justizmäßiges, nicht einmal ein sittlich pädagogisches, sondern ein politisches, fast hätte ich gesagt ein organisatorisches Problem. Wenn dem aber so ist, dann ist es gewiß das mindeste, was man von einem Volk in diesem Fall verlangen kann, nämlich, daß es sich für dieses Problem wenigstens interessiert, daß es versucht, das Geschehene kennenzulernen.

(Bundestagsabgeordneter Professor Franz Böhm (CDU) bei der Eröffnung der Ausstellung „Ungesühnte Nazi-Justiz" in Frankfurt, „Frankfurter Rundschau", 30. Januar 62.)

Während des E r s t e n Weltkrieges wurden auf dem Gebiet des bürgerlichen Strafrechts insgesamt 141 Todesurteile verhängt; während des Z w e i t e n Weltkrieges sind es mindestens 16 000 Todesurteile gewesen.

Während des Ersten Weltkrieges wurden im deutschen Landheer insgesamt 150 Todesurteile verhängt und davon 48 vollstreckt. Im Zweiten Weltkrieg be-

trägt die Zahl der im Bereich des Feld- und Ersatzheeres verhängten Todesurteile rund 10 000, von denen rund 6000 vollstreckt wurden.

Hier zeigt doch die beispiellose Häufung, die sprunghafte Vervielfältigung der Zahlen, daß die Rechtsprechung in den Sog des Willens der Machthaber geraten und gerade in der schwersten, verantwortungsvollsten Ausübung richterlicher Macht, der Macht über Leben und Tod, zu einem Werkzeug im Dienste politischer Ziele — und welcher! — geworden war. Niemand kann sich der Evidenz dieses Schlusses aus dem Zahlenbild entziehen.

(Max Güde, „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 29. Oktober 58)

Bundesjustizminister Fritz Schäffer nahm die Richter und Staatsanwälte der Bundesrepublik gegen die sowjetzonalen Vorwürfe, die deutsche Justiz sei nazistisch verseucht, in Schutz. Nur vereinzelt habe sich ein Unwürdiger, begünstigt durch die Kriegs- und Nachkriegswirren, in die bundesdeutsche Justiz eingeschlichen. Die frühere Zugehörigkeit zu einem deutschen Kriegsgericht oder zu einem Sondergericht sei „kein strafrechtlich oder disziplinarechtlich erheblicher Tatbestand". Kriegsgerichte habe es während des Krieges bei den Streitkräften aller Mächte gegeben. Sie hätten, ebenso wie zahlreiche Sondergerichte, denen die Richter ohne eigenes Zutun zugeteilt wurden, strafrechtliche Aufgaben zu erfüllen gehabt. („Mannheimer Morgen", 13. April 60)

Es liegt in der menschlichen Natur, und ist gut und oft auch heilsam, daß der Mensch nach vorwärts, in die Zukunft zu leben trachtet, und nicht nach rückwärts. Nur dort wird die Sache faul, wo die Nichtbeschäftigung mit der Vergangenheit, mit schuldbelasteter, nicht aufgearbeiteter Vergangenheit, zur augurenhaften Taktik wird. Etwa nach dem Motto: Schrei möglichst laut gegen den Kommunismus, und keinem wird auffallen, daß du ein alter Nazi bist! Wenn aber, beispielsweise, ungesühnte Verbrechen aus der Zeit des Dritten Reiches durch Dokumente aus kommunistischer, ostzonaler oder sowjetischer Quelle bekannt werden, dann wird derjenige in Westdeutschland, der diesen Dingen auf den Grund gehen will, von besagten Auguren gern des Fischens aus „trüben Quellen" bezichtigt. („Süddeutsche Zeitung", 31. März 59)

Die Justizminister der Bundesländer haben in einer achtstündigen Arbeitssitzung über das Angebot des Generalstaatsanwalts der DDR, Melsheimer, beraten, der den Justizministern der Bundesländer angeblich belastendes Beweismaterial gegen noch heute amtierende Richter und Staatsanwälte aus der Hitlerzeit angeboten hat.

Die Justizminister der Länder beantworteten die Forderung amtlicher Stellen der DDR, Bevollmächtigte der westdeutschen Ministerien zu Staatsanwaltschaften in Mitteldeutschland zu entsenden, mit der Festellung, daß dieses im Rechts- und Amtshilfeverkehr ungewöhnliche Verhalten als Versuch der Auswertung zu propagandistischen Zwecken gewertet werden müsse. Derartige Versuche seien abzulehnen. („Frankfurter Rundschau", 13. Februar 60)

Das Kuratorium für die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz" hat jetzt eine „Warnung" zurückgewiesen, die die West-Berliner Justizverwaltung ausgesprochen hatte. Die Behörde hatte die Ausstellung als „Akt östlicher Agitation" bezeichnet.

In seiner Stellungnahme zu dem Vorgehen der West-Berliner Justizverwaltung hatte das Ausstellungskuratorium erklärt, an der Integrität der für die Ausstel-

lung Verantwortlichen könne nicht gezweifelt werden. Inhalt und Form der Äußerung der West-Berliner Justizbehörde ließen jedoch die Frage entstehen, „ob damit die Verbrechen der Nazijustiz gedeckt und der demokratischen Öffentlichkeit vorenthalten werden sollen".

(„Frankfurter Rundschau", 27. Februar 60)

Der bayrische Justizminister Haas hat sich am Donnerstag auf einer Pressekonferenz mit einer in Prag unter dem Titel „Verbrecher in Richterroben" erschienenen Broschüre auseinandergesetzt. Darin wird gegen 230 Richter und Staatsanwälte der Vorwurf erhoben, sie hätten sich verbrecherischer Handlungen schuldig gemacht. 92 der Beschuldigten sind Angehörige der bayerischen Justiz.

Dr. Haas bezeichnete die tschechoslowakische Broschüre als den rein propagandistischen Versuch, das Problem der ehemaligen „NS-Richter in der freien Welt" täglich neu zur Diskussion zu stellen.

Es müsse einmal grundsätzlich gesagt werden, daß die Anwendung der während der nationalsozialistischen Zeit erlassenen Gesetze für sich allein nicht als Verbrechen bezeichnet und bewertet werden dürfe.

(„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 18. März 62)

Energisch hat sich der parlamentarische Geschäftsführer der Sozialdemokraten, Arndt, gegen die aus Prag erhobenen Beschuldigungen gegen deutsche Richter gewandt. Er bezeichnete sie als Teil des Nervenkrieges gegen die Bundesrepublik.

(„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 12. März 60)

An der Echtheit der fotokopierten Originale ist nicht zu zweifeln. Das ist mir von dem früheren Generalbundesanwalt, jetzigem Bundestagsabgeordneten (der CDU/CSU — die Red.) Dr. Güde, der das Material sorgfältig durchgearbeitet hat, ausdrücklich bestätigt worden.

(Bundestagsabgeordneter Prof. Franz Böhm (CDU) bei der Eröffnung der Ausstellung „Ungesühnte Nazi-Justiz" in Frankfurt. „Frankfurter Rundschau", 30. Januar 62.)

Am 8. Mai 1960 verjähren alle während des Zweiten Weltkrieges begangenen Totschlagsdelikte. Da, wenn überhaupt, meist bloß (hier in Form der Rechtsbeugung begangener) Totschlag, und nicht Mord, in Frage kommt — Mordfälle verjähren fünf Jahre später, am 8. Mai 1965 —, bedeutet das, daß nahezu sämtliche Schändlichkeiten, die während des Dritten Reiches im Bereich der Justiz begangen wurden — ungesühnt bleiben, und es gab ihrer eine Fülle, vom Todesurteil wegen eines polnischen Fußtritts für den Hund eines Deutschen bis zum Todesurteil für ein paar Stücke Brot, die eine Tschechin ihrem flüchtenden Bruder zugesteckt hatte. Doch viel schlimmer ist, daß die betreffenden Rechtsbrecher, die oft noch weit über barbarische Gesetze hinaus mit dem Henkersbeil bewußt politischen Terror trieben, weiterhin als Richter und Staatsanwälte amtieren und damit das Ansehen unserer Justiz unerträglich belasten.

(„Süddeutsche Zeitung", 5. März 60)

Wie hat sich der Bundesgerichtshof ausgedrückt? „Der Richter, der ein Todesurteil fällt, kann sich dadurch nur dann straffällig machen, wenn er das Recht beugt; dies setzt voraus, daß er bewußt und gewollt Verstöße gegen das Verfahrensrecht oder das sachliche Recht begeht, ohne die es zu keinem Todesurteil gekommen wäre."

Es genügt also kein fahrlässiger Verstoß und auch kein bedingter Vorsatz. Es muß eindeutig direkter Vorsatz vorliegen. Mit größter Bestimmtheit erklärt der Bundesgerichtshof an der gleichen Stelle: „Eine Auffassung, die die strafrechtliche Verantwortung des Richters auch bei fahrlässigen Verstößen gegen das Recht fordert, geriete in unerträglichen Widerspruch zum Grundgesetz der sachlichen Unabhängigkeit des Richters."

Man sieht: Die höchstrichterliche Rechtsprechung hat auf diesem Gebiet solide Maurerarbeit geleistet.

Es ist daher kaum zu erwarten, daß die eingeleiteten Ermittlungsverfahren in der überwiegenden Zahl der Fälle zu einer Anklageerhebung führen werden.

(„Hamburger Echo", 5. Mai 60)

Hieraus ist zu erkennen, daß die vom Sondergericht Berlin unter Mitwirkung des Beschuldigten vorgenommene Strafzumessung in diesen Fällen von rechtsfremden Erwägungen mitbestimmt worden ist. Erwägungen, die auf die Ausmerzung asozialer und minderwertiger Personen zielen. Das Sondergericht Berlin diente damit unter Mitwirkung des Beschuldigten der der Justiz von höchster Stelle zugemuteten „volkshygienischen Aufgabe", der Reinigung des Volkskörpers von unnützen und kranken Elementen. Daß die Verhängung der Todesstrafe aus solchen Gründen eine mißbräuchliche Anwendung des gesetzten Rechts und damit Rechtsbeugung darstellte, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Indes scheitert die Feststellung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Beschuldigten hierfür daran, daß nicht aufzuklären ist, ob und inwieweit solche Verurteilungen seinem Votum entsprechen.

Soweit Juden verurteilt wurden (Fall Martin Kochmann — 2 H 99/43 —) liegt es nahe, daß sich die Zugehörigkeit der Angeklagten zu einem Volke, das damals allgemein für minderwertig gehalten wurde und das unter Sonderrecht (Polen- und Judenverordnung v. 4. 12. 1941) gestellt war, im Strafausspruch ausgewirkt hat.

Auch wenn man den genauen Beitrag des Beschuldigten zu diesem Urteil kennen würde, so müßte man ihm doch wohl zugute halten, daß er aus einer gewissen Rechtsblindheit gegenüber den menschlichen Problemen, die solche Fälle aufweisen, für die Todesstrafe stimmen zu müssen geglaubt hat.

(Aus der Einstellungsverfügung des Stuttgarter Generalstaatsanwalts Nellmann, betreffend den NS-Richter Dr. Paul Reimers vom 6. August 1960 — AZ Js 4/60)

Als die belasteten Richter urteilten, stand die Todesstrafe für zahllose Delikte in irgendeinem Gesetz, auch für solche, die heute überhaupt keine Delikte sind. Die Richter folgten mit ihren Urteilen einfach den Unrechtsgesetzen, die eine hemmungslose Staatsgewalt erlassen hatte.

Kann sie das entschuldigen? Unrecht bleibt Unrecht, auch wenn es von einer Regierung angeordnet wird; Terror bleibt Terror, auch wenn er justizförmig vor sich geht.

(„Deutsche Zeitung", 4. Juli 62)

Mit der Restaurierung der ehemals führenden Schichten mußten aber unvermeidlicherweise alle jene gesellschaftlichen Leitbilder und Wertbegriffe wieder zur Herrschaft gelangen, durch die diese Schichten seit den wilhelminischen Tagen geprägt worden waren.

Ebenso zwangsläufig hat die Wiederaufrüstung jene Kräfte aufs neue an die Spitze getragen, denen das Militärische nun einmal mehr ist als ein notwendiges Übel. In der Tat, mit Pazifisten und überzeugten Liberalen hätte sich nicht gut

aufrüsten lassen. Hier mußte man schon andere Reservoire anzapfen, und es war ein glücklicher Zufall, daß man, psychologisch, auf die von Hitler ein Jahrzehnt lang angeheizten antibolschewistischen Affekte zurückgreifen konnte.

(„Nürnberger Nachrichten", 11. Februar 60)

Menschenleben galten im Dritten Reich nicht viel. Die Gerichte verhängten wegen geringfügiger Vergehen harte Strafen. Sie sprachen auch Todesurteile aus, wenn die gesetzliche Möglichkeit bestanden hätte, weniger grausam zu sein. In den besetzten Gebieten — und in den letzten Kriegsmonaten auch im Reichsgebiet selbst — waren dubiose Standgerichtsurteile und Exekutionen ohne jede Verhandlung an der Tagesordnung. Werden diejenigen, die vor 1945 wie die Vandalen hausten, heute vor Gericht gestellt, finden sie oft erstaunlich milde Richter, denn es sind oft die gleichen Richter von damals.

(„Welt der Arbeit", 23. Januar 59)

Da ist das Gießener Urteil. Drei ehemalige Offiziere der Schutzpolizei und der SS hatten 1939 in Polen nachgewiesenermaßen hundertundzweiundsechzig Menschen, darunter Frauen und Kinder, wahrscheinlich waren es sogar mehrere hundert, bestialisch ermordet. Sie handelten ohne Befehlsnotstand, einer mordete sogar freiwillig. Vor Gericht spielten sich Szenen so grauenhafter und erschütternder Art ab, daß es für jeden objektiv denkenden Menschen klar sein mußte, daß diese drei Bestien in Menschengestalt ihr Leben eigentlich verwirkt haben sollten. Der Richter aber verhängte im Höchstfall drei Jahre und neun Monate Zuchthaus mit der Begründung, daß er Milde walten lassen wolle. Drei Jahre und neun Monate Zuchthaus erhält ein kleiner Rückfalldieb, ein Scheckfälscher oder sonst ein krimineller Windhund. Drei Jahre neun Monate Zuchthaus für hundertzweiundsechzigfachen Mord zu verhängen, das ist nicht Milde, das ist kein Recht mehr, das bedeutet pro Ermordeten ganze acht Tage Einkerkerung. Wie billig muß Menschenleben geworden sein, wenn ein Schwurgericht zu solchen Ergebnissen gelangt? („Mannheimer Morgen", 29. März 62)

Man müßte schon wieder ganze Bücher füllen, wenn man die Justiz-Skandale aufzählen wollte. Zu den entsetzlichsten Fehlurteilen gehört die Einstellung des Verfahrens gegen den früheren SS-Gruppenführer Reinefarth, dessen Verbrechen zu den schwersten gehören, die begangen wurden. Ein westdeutsches Gericht hat das Verfahren wegen mangelnden Tatverdachtes eingestellt, obgleich, wie ein Vertreter der polnischen Widerstandsbewegung erklärte, jede Ruine in Warschau ein Beweis für Reinefarths Verbrechen sei. Aber die tieferen Zusammenhänge werden gleich zutage treten. Da offenbart sich die Gefahr, die von dieser ganzen Clique ausgeht. Niemals ist es ein einzelner Schädling. Nazibanden treten stets in Rudeln auf.

Für Reinefarth setzte sich ein Oberregierungsrat am schleswig-holsteinischen Justizministerium namens Rhode ein. Dieser Mann war Staatsanwalt am nazistischen Sondergericht in Prag, der auch einige Bluturteile auf seinem Gewissen hat. Anstatt also diese Blutrichter abzuurteilen, hat man sie wieder in neue Ämter eintreten lassen. Diese Entwicklung ist alarmierend. Denn bereits in der Weimarer Republik waren die Richter die Steigbügelhalter des Faschismus.

(„Jüdische Wochenschau", 12. Dezember 58)

In der Weimarer Republik verrutschte die Binde der Justitia oft, je nachdem, ob es sich um Verfahren gegen Rechts- oder Linksradikale handelte. Gegen die Mannen Hitlers troffen ihre Urteile vor Milde und Sanftheit. Gegen die Kommu-

nisten aber zeigte sie die harte Faust. Vor dem Arnsberger Prozeß hat das Gericht mit Recht festgestellt, es habe sich nicht um einen politischen oder weltanschaulichen Prozeß gehandelt. Nein, es handelte sich um die Sühne gemeiner Verbrechen. Aber der Schatten einer Politik, die sich „national" nannte und die Verrat an der Nation ohne Beispiel war, liegen noch über dem Gerichtsurteil von 1958, das so verständnissinnig bei der Strafbemessung die „Zeitumstände" berücksichtigte. („Neue Presse", 13. Februar 58)

Der Staatsanwalt von Lücken erhob sich und begann sein Plädoyer. Er schilderte, wie das ehemalige Mitglied der KP Kronmüller auch nach dem Verbot durch das Karlsruher Bundesverfassungsgericht seine verfassungsfeindliche Tätigkeit fortgesetzt hat. Er schloß mit den Worten: „Straferschwerend kommt hinzu, daß der Angeklagte bereits wegen solcher Tätigkeit hart bestraft worden ist. Das hat aber nichts genützt. Ich beantrage daher gegen ihn eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten."

Die beiden Bestrafungen, auf die sich Herr von Lücken bezog, datieren aus den Jahren 1933 (zwei Jahre Zuchthaus) und 1940 (fünf Jahre Zuchthaus). Der Prozeßgegenstand war damals „Wehrkraftzersetzung".

Der Staatsanwalt von Lücken ist keiner von jenen Richtern und Beamten der Staatsanwaltschaft, die bereits vor 1945 Recht sprachen. Dazu ist er zu jung.

(„Vorwärts", 24. Dezember 59)

Justizminister Haussmann hat bei den Etatberatungen im Baden-Württembergischen Landtag die Justiz vor dem Verdacht in Schutz genommen, daß die gesamte Richterschaft oder auch nur ein ins Gewicht fallender Teil von ihr aus politischen Gründen kein Vertrauen verdiene. „Es wäre ungerecht, an der demokratischen Gesinnung der Richter zu zweifeln."

(„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 5. Februar 60)

Von den über 9000 im Bundesgebiet tätigen Richtern und Staatsanwälten haben etwa 150 von dem Paragraphen 116 des Richtergesetzes Gebrauch gemacht und um vorzeitige Pensionierung gebeten. Daneben gibt es im ganzen Bundesgebiet noch 15 Fälle, in denen die Richter und Staatsanwälte „besser um Pension nachgesucht hätten". Das teilte der schleswig-holsteinische Justizminister Leverenz am Montag in Kiel in einer Pressekonferenz mit. Der Minister äußerte sich skeptisch zu der Frage, ob für die 15 Juristen, die im Bundesgebiet besser um Pensionierung gebeten hätten, ein Ausscheiden durch Grundgesetzänderung erzwungen werden sollte. Der Minister wies darauf hin, daß ein Sondergesetz für diese Richter nur mit der verfassungsändernden Mehrheit im Bundestag angenommen werden könnte. Es wäre aber die Frage, ob das nicht zu weit ginge, wenn man 15 von 9000 loswerden wolle. („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 3. 7. 62)

Das im vorigen Jahr vom Bundestag verabschiedete Richtergesetz beabsichtigte, den durch Terrorurteile belasteten Richtern und Staatsanwälten die Möglichkeit einzuräumen, sich bei Gewährung eines Ruhegehalts freiwillig aus dem aktiven Justizdienst zurückzuziehen. Paragraph 116 lautet: „(1) Ein Richter oder Staatsanwalt, der in der Zeit vom 1. September 1939 bis zum 9. Mai 1945 als Richter oder Staatsanwalt in der Staatsrechtspflege mitgewirkt hat, kann auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzt werden. (2) Der Antrag kann nur bis zum 30. Juni 1962 gestellt werden." („Deutsche Zeitung", 7. 6. 62)

Wer geglaubt hatte, sich mittels des vom Bundestag beschlossenen Gesetzes der aus der nationalsozialistischen Zeit belasteten Richter entledigen zu können, sieht sich nach dem Ablauf der Frist für die freiwillige Pensionierung dieser Richter nicht in jeder Hinsicht zufriedengestellt.

Wenige Tage nach Ablauf jener Frist vom 30. Juni 1962 vernahm man von dem neuen Fall eines belasteten, diesmal sogar an vorderster Stelle unseres Rechtslebens stehenden Juristen, des einstigen Generalbundesanwalts Fränkel. Kann man sich, kann sich die Justiz unter diesen Umständen wundern, daß alsbald Schlagworte von einer Justizkrise und vom Justizskandal der Nachkriegszeit aufkommen, wenn hervorragende Vertreter mit schlechtem Beispiel aufwarten?

. . . Auch in Prag und Warschau mögen weitere Akten früherer Sondergerichte und ihrer Urteile, die mit dem Wort Polenrechtsverordnung hinreichend gekennzeichnet sind, zur Verwertung für die Justiz der Bundesrepublik und ihrer Reputation bereitgehalten werden. Es ist denn auch kein Geheimnis, daß im Bundesjustizministerium und im Bundestag offen die Befürchtung umgeht, jene noch ungeprüften Akten könnten unerfreuliches, vielleicht schauerliches Material, zur Freude der Ost-Berliner Kommunisten, zum Schaden aber des Ansehens unserer Justiz und des Vertrauens in unsere Richter enthalten. Nach dem schlechten Beispiel des Generalbundesanwalts Fränkel, der die eigene Tätigkeit als Hilfsarbeiter bei der Leipziger Reichsanwaltschaft des Dritten Reiches ohne das rechte Augenmaß bewertete, fällt es schwer, die Frage zu unterlassen, in wieviel anderen Fällen, deren Material bisher unbekannt ist, nicht ebenso bedenkenlos geurteilt worden sein mag. Insoweit geht der Fall Fränkel über die Person dieses Mannes hinaus. („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 25. Juli 62)

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Wittrock, Mitglied des Rechtsausschusses, kündigte an, daß sich der Rechtsausschuß mit der Notwendigkeit einer Grundgesetzänderung zu befassen haben werde. Wittrock erinnerte an die einmütige Entschließung aller Fraktionen vom vergangenen Jahr. Die bis jetzt bekanntgewordenen Zahlen derjenigen Richter und Staatsanwälte, welche von der Möglichkeit eines freiwilligen Rückzugs Gebrauch gemacht hätten, erlaube noch keine abschließenden Rückschläge. Wittrock sagte, daß es sich bei dieser Frage nicht um die Zahl, sondern um ein Prinzip drehe. („Deutsche Zeitung", 4. Juli 62)

Zu den Angriffen, die der „Ausschuß für Deutsche Einheit" in Ost-Berlin gegen den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Fränkel, veröffentlicht hat, hat das Bundesjustizministerium erklärt, Fränkel sei bei der Reichsanwaltschaft Hilfsarbeiter gewesen, nicht aber stellvertretender Reichsanwalt, wie in Ost-Berlin behauptet wurde. Daraus ergebe sich bereits die Unrichtigkeit der Behauptung, Fränkel habe mit dem Instrument der sogenannten Nichtigkeitsbeschwerde darauf hingewirkt, daß zahlreiche Strafurteile gegen vom Nationalsozialismus verfolgte Personen, die ihm zu mild erschienen seien, verschärft worden seien. Die Nichtigkeitsbeschwerde habe sich der Oberreichsanwalt selbst vorbehalten; er habe dabei jeweils nach dem Vortrag des zuständigen Reichsanwalts entschieden. Das Bundesjustizministerium habe vor der Ernennung Fränkels zum Generalbundesanwalt auch dessen Verhalten in der nationalsozialistischen Zeit geprüft und dabei nichts zu beanstanden gefunden.
(„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 26. Juni 62)

Nach im SED-Organ „Neues Deutschland" veröffentlichtem Material soll Fränkel an 34 Bluturteilen mitgewirkt haben. In einem dieser Fälle soll ein NS-Sondergericht einen Mann wegen Diebstahls zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt

haben, Fränkel aber habe als Sachbearbeiter beim Oberreichsgericht beantragt, dieses Urteil aufzuheben und den Angeklagten zum Tode zu verurteilen.
(„Frankfurter Rundschau", 3. Juli 62)

Fränkel verwarf das Gnadengesuch eines Hamburger Rechtsanwalts für den Juden Joseph Cohen, der wegen „Rassenschande" zum Tode verurteilt worden war. Ein Pole, den das Sondergericht in Kiel wegen eines Deliktes gegen die Polen-Strafrechtsverornung zu fünf Jahren verschärften Straflagers verurteilt hatte, sollte ebenfals auf Grund einer Nichtigkeitsbeschwerde Fränkels wegen Zersetzung und deutschfeindlicher Gesinnung die Todesstrafe erleiden.
(„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 13. Juli 62)

Auf Vorschlag von Bundesjustizminister Stammberger sprach das Bundeskabinett am Mittwoch gegenüber Bundespräsident Lübke im Falle des zur Zeit beurlaubten Generalbundesanwalts Fränkel die Empfehlung aus, den höchsten Ankläger der Bundesrepublik in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.
(„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 12. Juli 62)

Schon vor Monaten sei in der mitteldeutschen Zeitschrift „Neue Justiz" ein Artikel über die Vergangenheit Fränkels erschienen, erklärte der hessische Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer in einem Interview, das die DGB-Zeitung „Welt der Arbeit" am Mittwoch veröffentlichte. Dieser Artikel sei aber in der Bundesrepublik offensichtlich nicht gelesen oder nicht ernst genommen worden. Bauer kritisierte, daß die Bundesregierung immer erst dann reagiere, wenn das Ausland ihr demokratische Unzuverlässigkeit vorwerfe.
(„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 12. Juli 62)

In der Debatte über den Fall Fränkel ist viel davon die Rede gewesen, daß dieser Mann nie hätte Generalbundesanwalt werden dürfen. Darüber hat man vielfach vergessen, daß er schon elf Jahre Bundesanwalt gewesen war und damit in der ersten Reihe der Strafjustiz des Bundes stand. Und ehe er vom früheren Bundesjustizminister nach Karlsruhe berufen wurde, war Fränkel jahrelang Richter in Schleswig-Holstein. Das macht einen stutzig. Das nördliche Bundesland ist nach dem Krieg beim Einstellen von Richtern und Beamten, die sich im Dritten Reich kompromittiert hatten, vergleichsweise großzügig gewesen. Ganz unbekannt hätte dies auch dem Bundesjustizminister nicht sein sollen, wenn man freilich auch detaillierte Kenntnis über die unübersichtlich gelegten Fäden der Personalpolitik in der schleswig-holsteinischen Justiz erst allmählich erlangt hat. Aber man wollte sich damals das Leben nicht schwermachen.
(„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 13. Juli 62)

Stammberger informierte Mende zugleich darüber, daß er in der Kabinettssitzung vom 18. Juli dem Bundeskanzler seinen Rücktritt angeboten habe, weil er die Ernennung des seit 1951 im Amt befindlichen Bundesanwalts Fränkel, des ständigen Vertreters des damaligen Generalbundesanwalts Güde, für dessen Nachfolger vorgeschlagen hatte. Der Kanzler und das Kabinett hätten jedoch keinen Anlaß für einen Rücktritt des Justizministers gesehen.
(„Frankfurter Allgemeine Zeitung", vom 24. Juli 62)

In dem am Donnerstag vom SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" veröffentlichten Schreiben erklärt der Zonengeneralstaatsanwalt Streit: „Ich habe mich entschlossen, mein Angebot, die Originaldokumente hier (in Ost-Berlin) einsehen zu lassen, noch einmal zu wiederholen und von Ihnen beauftragte Bevollmäch-

tigte zu empfangen, die auf Grund ihrer Dienststellung über eine entsprechende Sachkenntnis verfügen und zur selbständigen Entscheidung bei der Auswertung der Dokumente befugt sind."

Streit wies in diesem Zusammenhang den Vorwurf zurück, die Zone halte Beweismaterial aus „politischen Gründen" zurück. Seit 1956 habe die Sowjetzone in mehr als 90 Fällen belastende Dokumente der Öffentlichkeit übergeben und den Behörden der Bundesrepublik zugestellt. Streit behauptete, daß unter anderem zwei Bände Personalakten des ehemaligen Generalbundesanwalts Fränkel bereits am 23. August 1946 dem schleswig-holsteinischen Oberlandesgerichtspräsidenten übergeben worden seien.

Der Zonengeneralstaatsanwalt behauptete in seinem Schreiben an Stammberger weiter, daß seine Behörde von 1959 bis zum Juli dieses Jahres den Justizbehörden der Bundesrepublik in 21 Fällen Dokumente über 825 „rechtswidrige" Todesurteile der Nazizeit und andere Dokumente übermittelt habe.

(„Frankfurter Allgemeine Zeitung", 20. Juli 62)

Wie kam eigentlich Fränkel 1951 von Schleswig-Holstein, wo man ihn aus gutem Grund nicht befördern wollte, nach Karlsruhe zur Bundesanwaltschaft? Gibt es interessante Protokolle über das, was der Bundesrat damals dazu sagte? Wurden sie dem Minister vorgelegt, als es um die Ernennung zum Generalbundesanwalt ging? Wer im Bundesjustizministerium protegierte den früheren Sachbearbeiter der Reichsanwaltschaft? Wie kam es, daß sein ehemaliger Vorgesetzter, Reichsanwalt Kirchner, bereits wieder Senatspräsident am Bundesgerichtshof war? Welche Rolle spielte Staatssekretär Walter Strauß bei dieser Personalpolitik?

Fragen über Fragen, die unabhängig von dem Verhalten des Bundesjustizministers nach Klärung schreien. („Frankfurter Rundschau", 24. Juli 62)

Der schleswig-holsteinischen Landesregierung war bei der Einstellung des späteren Generalbundesanwalts Fränkel als Richter im Jahre 1947 beim Amtsgericht in Rendsburg nicht bekannt, daß Fränkel am Reichsgericht Nichtigkeitsbeschwerden bearbeitet hat. Die Landesregierung erklärte am Montag, sie habe aus den Personalakten nur entnommen, daß Fränkel als juristischer Hilfsarbeiter beim Reichsgericht in Leipzig beschäftigt war.

Die Bundesregierung wird den Brief des Ost-Berliner Generalstaatsanwalts Streit an Bundesjustizminister Stammberger — in dem die Einsichtnahme in ostzonales Material über ehemalige Nazi-Richter angeboten worden war — nicht beantworten. Der Bundespressechef von Hase sagte am Mittwoch nach der Sitzung des Kabinetts, die Bundesregierung habe immer wieder darum gebeten, ihr einwandfreies Material über die Justiz des Dritten Reiches zu überreichen. An dieser Haltung habe sich nichts geändert. Allerdings wolle man verhindern, daß Pankow aus rein propagandistischen Gründen ein taktisches Spiel mit Dokumenten betreibe. Der von der Bundesregierung eingesetzte Kabinettsausschuß habe empfohlen, dem Bundesarchiv in Koblenz die Zuständigkeit zur Entgegennahme des ostzonalen Materials einzuräumen. Der Beschluß des Kabinetts geht offenbar auch auf Erwägungen zurück, daß bei einem „Amtshilfeverkehr" mit der Zone keine wie immer geartete politische Aufwertung des Ulbricht-Regimes zustande kommen dürfe. („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 26. Juli 62)

Fränkels Anträge beim Leipziger Reichsgericht in Sachen Rassenschande deckten sich exakt mit den Rechtsthesen des Blutspezialisten Hans Globke, der heute unangefochten als des Kanzlers unentbehrlicher Staatssekretär im Palais Schaumburg amtiert. („Der Spiegel", 1. August 62)

Dr. med. Joseph Weill, Straßburg

Die ärztliche Ethik und der Hunger in der Welt

Non omnis mosiar!
(Aus dem Ärzte-Manifest im Warschauer Ghetto)

Welches auch die Entwicklung der neuen heraufkommenden Zivilisation sein mag, bei der zunächst eine unerhört schnelle, allgemeine, überall, in sämtlichen Gebieten menschlicher Betätigung ausbrechende, wuchtige Entwicklung der Technik Pate steht, sie wird in einem viel entscheidenderen Maße Begegnung verlangen: Begegnung mit dem Mitmenschen, den das Zeitalter der Technik immer näher in das Blickfeld eines Jeden rückt. Die uns vorläufig von außen aufgezwungene Solidarität mit allen Gesellschaften, Stämmen, Gruppen, die die Erde in wachsender Dichte bevölkern und die unser eigenes Schicksal in steigendem Maße mitgestalten werden, verlangt Wissen um den Menschen, Kunde von seinem berechtigten Anspruch auf ein würdiges Leben, sachliche Kenntnis von seinem Dasein, seiner Erwartung und offene Kenntnisnahme seiner Erwartung, die auf Dich zielt.

Zögernd nur und widerwillig nimmt die öffentliche Meinung der Welt innerlich Kenntnis von der unvorstellbaren Summe Elends, die heute noch in weiten Gebieten aller Kontinente herrscht. Das elementare Verantwortungsgefühl des Weltgewissens nimmt ungern, mit einem beunruhigend verlangsamten Tempo die ungeheuerliche Tatsache in sich auf, daß Tag für Tag zwei Drittel der Menschheit, ein „Mit"mensch auf je zwei, darben und daß Hungerleiden, Mangelnahrung und Mangelkrankheiten, unbeschreibliche Armut und die damit verbundene Erniedrigung der Person für Hunderte von Millionen den Inhalt ihres Lebens bilden. Die Mütter wissen, daß die meisten ihrer Kinder das zehnte Jahr nicht überstehen werden; Hunger, Hungerkrankheiten, frühzeitiges Altern haben schon lange vorher Lächeln und Freude aus den blassen, pergamentenen Gesichtern ausgelöscht. Welche Zivilisation könnte auf die Dauer einen solchen chronischen unerhörten Skandal dulden, ohne daß sie in ihren Grundfesten erschüttert würde? Lange blieb dieser Hunger der Welt tabu. Auch heute noch wird allenthalben versucht, die erschreckende Wirklichkeit und die herausfordernde Ausdehnung dieser permanenten Katastrophe zu bagatellisieren. Daran ändern auch die einmal im Jahr dem „Hunger in der Welt" geweihten Sammeltage oder das Jahresthema eines „Feldzuges gegen Hungersnot" nichts Wesentliches. Im Gegenteil. Mit einer bescheidenen Spende glauben sich die meisten von der gebieterischen Verpflichtung echter, großer Opfer loskauft.

Dabei wird die Notlage, die unsere Erde in ihrer umspannenden Weite befällt, täglich, ja, es ist nicht übertrieben zu behaupten, stündlich, in ihrer Auswirkung in eine bedrohende Perspektive gerückt durch eine biologische Geburtenexplosion von bisher völlig unbekannter Dichte, die die peinlichst genauen Schlüsse aller demographischen Statistiken einfach hinweggefegt hat. Plötzlich sieht sich die bewohnte Welt vor die zwingende Notwendigkeit gestellt, den zwei Milliarden hungernden Menschen eine wenigstens den minimalen Forderungen der Physiologie entsprechende Ernährung sicherzustellen. In 15 Jahren, etwa 1975 — wenn unsere Kinder und Enkel vor die Aufgabe gestellt sein werden, unser Erbe anzutreten, das wir ihnen in keiner Weise weder leicht noch anziehend gestaltet haben — werden es fast 4 Milliarden sein, denen wir im ureigensten Interesse, noch ganz abgesehen von allen ethischen und moralischen Betrachtungen, die

Möglichkeit geben müssen, ihre Existenz und ihre Produktion auf einer menschenwürdigen Basis zu sichern. Denn die Not rührt nicht vom Mangel an Rohstoffen, Nahrungsmitteln, verfügbaren Ländereien und Arbeitskräften oder zumindest nicht allein daher, sondern vom Unverstand, dem Mangel an Verantwortungsgefühl, an verantwortlichem Verständnis, verantwortlicher Aus- und Vorschau, abwägender Weitsicht des wirklichen eigenen Lebens und Überlebens, sozialem Verständnis und von der meerestiefen Leere der Herzen.

Ein neuer geschichtlicher Kampf hat begonnen, der alle Menschen verpflichtet, jedes Gewissen herausfordert. Die Schicksalsgemeinschaft der gesamten Menschheit ist seine Losung. Sein Ziel gebietet, den aufgebundenen Zwang in einen freiwilligen Dienst aufzulösen. Der vulkanartige Fortschritt der alles beherrschenden Technik, auf den unsere Generation mit Recht stolz ist, droht den Menschen zu vernichten, wenn der wogende Drang seiner ungestümen Wellen nicht rechtzeitig in den ruhigen Strom menschlicher Dimensionen geleitet und den Menschen nutzbar gemacht werden kann.

Letzten Endes sind es die grundlegenden Probleme der Menschen, der Einschätzung seiner persönlichen Würde, seiner Stellung als Individuum, seiner gesellschaftlichen Einordnung, der Legierung der Freiheit der Einzelnen mit einer immer stärker verpflichtenden Mitarbeit am öffentlichen Wohl und dem allgemeinen Interesse, die der anscheinend unversöhnlichen Gegnerschaft zwischen Ost und West ihren Stempel aufdrücken und die Welt mit der Wucht eines Orkans erschüttern. Uns scheint es, daß vom Standpunkt geschichtlicher Betrachtung aus diese Phase des ost-westlichen Antagonismus, wenn nicht schon überholt, so doch bereits von der unerhörten Geburtsfrequenz besonders des „dritten Welt-Standes" und ihren unübersichtlichen, gesetzmäßig sich entwickelnden Folgen überschattet wird.

Um das Wesen dieser Beurteilung zu erfassen, genügt es, darauf hinzuweisen, daß im Zuge des jährlichen Zuwachses der Erdbevölkerung um 50 Millionen Menschen es das Schreien von 130 000 Säuglingen ist, das uns täglich bei unserem Frühstück begrüßt. Darunter sind 25 000 chinesische ...

Die Bevölkerungskommission der Vereinten Nationen hat mit Hilfe ihrer Statistiken Voraussagen über die mutmaßliche Zunahme der Erdbevölkerung für die nächsten vierzig Jahre — bis zum Jahre 2000 — aufgestellt, die je nach der Hypothese eines maximalen oder minimalen Geburtenschubes zwei Größen berücksichtigen:

	1958	2000	
		minimal	maximal
Asien (ohne die UdSSR)	1 Mrd. 592 M.	2 Mrd. 890 M.	4 Mrd. 250 000
Afrika	230 Mill.	420 Mill.	663 Mill.
USA	193 Mill.	274 Mill.	326 Mill.
UdSSR	207 Mill.	333 Mill.	395 Mill.
Europa (ohne UdSSR)	417 Mill.	491 Mill.	592 Mill.

So werden der sogenannten westlichen Zivilisation, die 765 (oder 918) Millionen Menschen in 2 Generationen umfassen wird, 3,288 (oder sogar 4,735) Milliarden Menschen gegenüberstehen, gegen 1,844 Milliarden Menschen im Jahre 1958. Man sollte diese Zahlen — auch wenn sie vielleicht nicht der Wirklichkeit gleichkommen werden, so ist doch die Tendenz der Beziehungen sicher realistisch

— in aller Ruhe, mit wachem Geist überdenken. Vielleicht gibt es für die Staatsmänner kein wichtigeres Thema hellhörigen Sinnens!

Die politischen Weltperspektiven, die weitgespannten ökonomischen Pläne, aber auch unsere philosophischen Systeme, unsere religiösen Bestrebungen, unsere ethischen Beziehungen, unsere moralischen Forderungen müssen der Wucht dieser neuen Lage immer neu und konkret Rechnung tragen. In dem Gewissen der Nationen und der Einzelpersonen eine tätige, rege, bewußte Gesamtverbindlichkeit schöpferisch zu gestalten mit den Menschen aller Länder und Kontinente, mit allen Zivilisationen und allen Gesellschaften, tut eilends not, wenn nicht das Abendland, das noch in einem Optimismus bekömmlicher Verdauung schwelgt, Schaden leiden soll.

Der Kinderfonds der Vereinten Nationen (UNICEF) hat kürzlich einen weltumfassenden Hilfsplan genehmigt, der den Regierungen ermöglichen soll, Untersuchungen ins Werk zu setzen über die dringende Not und die unaufschiebbaren Bedürfnisse der durch Hunger und Elend bedrohten Kinder in der ganzen Welt. Es ist eine erste Initiative auf dem weiten, beschwerlichen Wege der solidarischen Hilfe an die Hunderte von Millionen leidender, hungernder Menschen.

Der Kampf gegen den Kwashiorskov (Ghana), das Zuckerkind (Jamaika), das Rotkind (Afrika), gleichbedeutende Begriffe derselben schweren Mangelernährung, verlangt schon an und für sich eine gigantische Anstrengung. Gleich einer bösartigen Epidemie, deren Krankheitserreger Unterernährung und Unwissenheit sind, wütet diese Krankheit unter den Säuglingen und den Jugendlichen Zentral-Amerikas und Afrikas, Indiens und Chinas, Süd-Amerikas und des Nahen Ostens, an den Rändern der Wüsten und auch in manchen Gegenden Europas. Es ist dies wahrscheinlich die schwerste Pandämie, die auf den jungen Lebensaltern lastet (Robert Debré). Sogar die seltenen Überlebenden behalten Narben und Verkrüppelungen, die ihre allgemeine Widerstandskraft sehr schwächen. Bei Nicht-Behandlung weist diese Krankheit eine Sterblichkeit von 80 % auf.

Aber auch Verdauungskrankheiten, Ausschläge, Wurmkrankheiten, Ungeziefer, die englische Krankheit, Tuberkulose, die sich besonders leicht auf dem Boden der Mangelernährung entwickeln, bilden auch heute noch die hauptsächlichen Ursachen der Erkrankung und Sterblichkeit von Kindern in der Welt. So beschränkt sich die Lebenserwartung, die in den „satten" Ländern sich stetig erweitert und bis zu 70, ja 75 Jahren reicht, in Guinea auf weniger als 35 Jahre unter der Landbevölkerung, auf 33 bis 44 Jahre in den Städten. In einem Bericht, der im Juni 1961 der UNICEF unterbreitet wurde, schätzte man die Opfer der Malaria auf 80 Millionen, der Tuberkulose auf 10, des Trachoms und der Bindehautentzündungen auf 160, der Lepra auf 6 Millionen Kinder.

Unterernährung sowie einförmige Ernährung stören entscheidend das physiologische und psychische Gleichgewicht von mehr als 200 Millionen unter ihnen.

Um diesem folgenschweren Übel wirksam entgegenzutreten, fehlen bislang sowohl die unentbehrlichen Mittel als die nötige Einsicht. Um wirksam zu sein, müßte die Aktion unbedingt und gleichzeitig die Bekämpfung der Unwissenheit und des Analphabetismus, den Schutz und das Recht auf würdige Arbeit umfassen. Niemand, der vom Hunger gezeichneten Massen einmal nahe gekommen ist, wird den Anblick dieser ausgemergelten Körper, dieses ausgelöschten Blickes, der die greisenhaften Gesichter der Kinder so bitter überschattet, die schwelende, mit Geschwüren ausgelaugte Haut, die um die sichtbaren Knochen wie ein zu weiter Mantel zu flattern scheint, die aufgeblasenen Wänste, auf schlotternden Skeletten aufgepflanzt, je aus seiner Erinnerung und seinem Gewissen ausmerzen können. Auch die infolge ihrer Stämmigkeit Überlebenden tragen in ihrem

Körper und ihrer Seele fortan die Zeichen des Hungers und des Mangels und die Male der Erniedrigung.

Nicht die Verteilung von Nahrungsmitteln, die natürlich notwendig ist, kann diese Bevölkerung retten. Sie selbst muß in die Lage gesetzt werden, ihre Existenz, die rationelle Bearbeitung ihrer Ländereien, die Ausnützung der Erwerbsquellen, die Gewinnung der bodenständigen Reserven in eigene Hand zu nehmen.

Die neuesten Erfahrungen und die zahlreichen Mißerfolge haben die Schwierigkeiten auf dem Wege zu diesem absolut notwendigen Ziele aufgedeckt. So hat die ärztliche und hygienische Hilfe — die am leichtesten und billigsten ins Werk zu setzen ist — in Madagaskar zwar die Sterblichkeit um ein bedeutendes herabgesetzt, die Krankheiten, die Epidemien aussichtsvoll eingeschränkt. Aber die Dynamik des demographischen Auftriebes — Millionen neuer Existenzen in wenigen Jahren — hat die schon heikle ökonomische Lage noch mehr verschlimmert.

Die tatsächliche Aufgabe wird noch dadurch kompliziert, daß neue Auffassungen, wie sie z. B. in China zu Tage treten, die industrielle Schwäche durch immanente Druckkraft der Zahl als wirksame Waffe in Krieg und Frieden bezeichnen. Der Geburten-Imperialismus (André Siegfried) wird dem politischen Imperialismus entgegengeworfen im Kampfe um die Weltherrschaft.

Die Geburtenkontrolle, die zu oft und zu eindringlich als Allheilmittel gepriesen wird, ruft das Mißtrauen der Massen hervor und wirkt in falscher Richtung. Um wirksam zu sein, erfordert die Methode außerdem eine elementare Unterweisung, wenigstens rudimentäre allgemeine Kenntnisse. 45 % der Bewohner der Welt können weder schreiben noch lesen. Krasse Unwissenheit, Vorurteile, Interdikte begünstigen das Elend, die Krankheit, die Hungersnot in der ganzen Welt. In jedem Falle würde es Jahrzehnte dauern, bis die Senkung der Geburten ihre Wirkung verspüren ließe. Unter dem verständnisvollen, voll angepaßten Einfluß des Okzidents oder allmählich aus freien Stücken müßte das geschlechtliche Verhalten in diesen übervölkerten Staaten sich von Grund auf ändern. Eine Änderung der Motive und Haltungen, die von alten Gepflogenheiten und uralten Traditionen bestimmt werden, müßte ihnen vorangehen (Louis Henry), ohne jedoch den Rahmen der jeweiligen kulturellen Eigenart zu sprengen. Die Soziologen, Ethiker, Hygieniker, Ärzte, Missionare haben auf ihre Kosten erfahren müssen, daß es leichter ist, den Tod zu verhindern als einem zu großen Geburtenüberschuß vorzubeugen.

Letzten Endes muß jedes Volk seine ihm eigene Lebensweise wählen können. Hilfe von außen, wenn sie wirksam sein will, muß vor allem feinfühlig die grundlegenden Bestrebungen und die notwendigsten Bedürfnisse einer bestimmten Menschengruppe heraushören und den Hilfsbedürftigen die Möglichkeit geben, sich selbst um die möglichen Lösungen der spezifischen Probleme zu bemühen.

Die Bevölkerung überall muß mit einer klaren, ausführlichen, objektiven Information versehen werden. Einmal mehr erweisen sich so die schon erwähnten engen Beziehungen zwischen dem Aufstieg des „dritten Weltstandes" und seiner allgemeinen Bildung.

Ohne Mitspracherecht des Herzens ist alle Kultur unübertragbar.

*

Die Kenntnisnahme aller dieser Tatsachen, die Untersuchung all dieser erschreckenden Zahlen erlauben die Feststellung, daß die Menschheit vor die Wahl gestellt ist zwischen dem halluzinierenden Wettrüsten, das in wenigen Tagen jegliche Lebensspur unter unsäglichen Leiden auslöschen kann, oder dem be-

schwerlichen, aber aufsteigendem Wege zur Schaffung neuen Lebens, der Sicherung würdiger, lebenswerter Existenzen, heller, freudiger Kindheit.

Das Ansehen Europas in der Welt ist schwer genug geschädigt. Aber Europas hohe Kultur und technisches Können, seine wahren Traditionen und tiefen Erfahrungen sind dieser selben sich emanzipierenden Welt unentbehrlich. So ist eine neue Solidarität, ein neuer Wille zum Eingehen auf die Belange der bisherigen Stiefvölker notwendig, eine neue Sympathie in der gemeinsamen Arbeit zur tatsächlichen Befreiung der Völker vom Alp des Hungers, des Elends, des Kindersterbens, der Lebensverkürzung von Männern und Frauen. Das gigantische und begeisternde Werk des Loskaufens unzähliger Massen vom Gespenst der Not erheischt von seiten der Nationen und ihrer Bürger schwere beständige Opfer. Aber das Überleben der Menschheit ist nur so zu erhoffen.

Die grundlegende Vorbedingung für einen Frieden ist die Freigebung der astronomischen Summen, die in dem wahnsinnigen Rennen der atomaren Rüstung „vereist" sind. Es verschlingt bereits Unsummen, die die legitime Reserve der nächsten und übernächsten Generationen bilden und für ein Hilfs- und Bildungswerk planetarischer Ausmaße freistehen müßten. Der eruptive Fortschritt der Technik trägt in seinen Falten die Einheit des Menschengeschlechtes. Auch dies ist eine neue Erscheinung planetarischer Weite. Sie bildet den Faden, der die weltumspannende Politik und Strategie durchziehen wird. Heute schon bewirkt sie die schweren Erschütterungen, die die morschen Zivilisationen in ihren Pfeilern wanken läßt. Sie löst die Schmerzen, Leiden, Furcht und Sorge aus, welche die Geburt einer neuen Zivilisation einleiten.

Was vermag nun ein schwaches Individuum, eine in jeder Hinsicht bescheidene private Initiative, da doch Maßnahmen eingeleitet werden müssen, die die Kräfte eines Landes, ja eines Kontinentes überschreiten? Vielleicht ist es angebracht, den testamentarischen Mahnruf Frédéric Joliot-Curie's, des Nobelpreisträgers für Physik, in Erinnerung zu bringen, der bislang wenig Beachtung gefunden hat. Er rief die Elite der Welt auf, einen wichtigen Teil ihrer Zeit und ein volles Maß ihrer Anstrengungen dazu zu verwenden, die öffentliche Meinung aller Nationen der Welt über die grausame, verheerende Wirkung der Atomwaffen und der anderen modernen Kriegswaffen gründlich aufzuklären. Weder Lord Russell noch Pauling, von Weizsäcker, Perrin, die dieser Aufforderung Folge geleistet haben, fanden bis jetzt eine verständnisvolle Unterstützung durch die Massen.

Vor ihnen hatte schon Albert Einstein darauf aufmerksam gemacht, daß nur eine offene und hinterhaltlos gebildete, sachkundige Meinung in der Lage ist, das öffentliche Gewissen unter Spannung zu setzen und die Haltung und Aktionen der Regierungen umzulenken. Auf den Schulbänken, in den Sälen der Universitäten, in den Hallen der Fabriken, auf den Plätzen und Höfen der Städte und Dörfer, in den Kirchen und Kasernen wird diese wirklichkeitsnahe Meinung und Bildung, die politische Reife erreicht . . .

Der militärische Haushalt aller Länder belief sich im letzten Jahre — 1961 — auf 100 Milliarden Dollar. Wenn diese Summe dazu verwendet worden wäre, Korn, Fleisch, Fett, Zucker, Mehl zu erzeugen, hätte sie erlaubt, die Ration dieser grundlegenden Nahrungsmittel für alle Erdbewohner um 250 Prozent zu erhöhen oder 10 Millionen Wohnhäuser zu bauen oder 50 000 Schulen oder 25 000 Krankenhäuser mit 4 Millionen Betten (Vgl. H. M. von Frankenberg u. Proschlitz in Heft 10/61 der „Blätter").

Aufgabe der Elite ist es, diese verwirrte, ängstliche, zu lange teilnahmslose, zu schnell in Panik versetzte Meinung durch beharrliche, unbeugsame, unbestechliche Information zu bilden und zur Reife zu bringen. Der wichtige Beitrag priva-

ter Hilfe im Kampf gegen den Hunger besteht in einem lückenlosen Nachrichtendienst, der ungeschminkte Tatsachen bringt, ihre wahre Bedeutung und ihre Folgen für das Schicksal der Völker und Familien aufdeckt.

Die Weltmeinung zu „sensibilisieren", sie für das Gebot der Stunde empfänglich zu machen, Berufungen zu erwecken, private Initiative hervorzurufen, den rückständigen Völkern sich selbst zu offenbaren, damit sie sich besser verstehen und ihre Möglichkeiten in der Welt erkennen mögen, alle Beziehungen zwischen Gebern und Nehmern, zwischen Ländern und ihren Bewohnern, aber auch auf ökonomischen Gebieten zu humanisieren, berechtigtes Mißtrauen zu zerstreuen, begründet erscheinende Rachegefühle zu entgiften, Haß und Feindschaft zu entwaffnen — dies alles gehört zu den wichtigen Punkten einer Charta privater Anregungen und Verwirklichungen im Kampfe gegen die Hungersnot, den die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen eröffnet hat.

„Utopie, Naivität?" Es kommt darauf an, das Hoffen zu l e r n e n . . . „Philosophie wird Gewissen des Morgen, Parteilichkeit für die Zukunft, Wissen der Hoffnung haben, oder sie wird kein Wissen mehr haben" (Ernst Bloch).

Die bisher gesammelten Erfahrungen sowie die augenblickliche, dramatische Spannung im Wettrüsten der beiden Machtblöcke zeigen mit unmißverständlicher Deutlichkeit, daß das politische Grundproblem moralischer Natur ist. Der Mensch ist im Begriffe, zu gefährlich für den Menschen zu werden. Nichts vermag den Krieg zu unterdrücken, wenn man ihn oder seine Funktion nicht ersetzt (Gaston Bouthoul). Mut im neuen Denken, Heroismus im Einschlagen unbetretener, schwieriger Wege tut not. Dafür bedarf es starker Persönlichkeiten, die nicht nur imstande sein müssen, unabhängige, großzügige, unkonformistische Gedankengänge zu entwerfen, sondern die Wahrheit in solchen Tönen, mit solcher unabweisbaren Klarheit und Einfachheit vernehmen zu lassen, daß sie, unablässig verkündet, unbestechlich, unabwendbar die Herzen erobert.

Auch diese lebenswichtige Forderung muß, um zu wirken, von immer derselben Grundhaltung ausgehen: Der restlosen Anerkennung der immanenten Würde jeder menschlichen Person. Aber diese hängt nicht in der Luft. Sie ist keine Abstraktion. Große materielle Opfer, ein bewußter Verzicht auf ein Großteil von Tabus und Totems, die man als Tradition verkleidet, die Notwendigkeit, verhaltene Energien aufgestapelter, unbenützter Potenzen konstruktiv zu verwenden und sie ihrer drohenden Spannung zu entladen, müssen die neuen Perspektiven eröffnen.

Wir glauben, daß die Ärzte in der Welt eine große Rolle bei der Bewältigung dieser wichtigsten komplexen Probleme zu spielen haben.

Überall haben die Fortschritte der Wissenschaft das große Sterben infolge der historischen Epidemien, der Kindersterblichkeit erheblich zurückgedrängt.

Wenn trotz der stiefmütterlichen Behandlung die unterentwickelten Völker eine Geburtenziffer erreicht haben, die der 1940 in Europa verzeichneten entspricht, so decken diese an sich erfreulichen Ergebnisse ganz verschiedene Lagen.

Die bemerkenswerte Langlebigkeit, die außerordentlich verminderte Kindersterblichkeit sind im Abendland der parallelen Entwicklung der Wissenschaft, der Wirtschaft, der medizinischen und sozialen Verbesserungen zu verdanken. In den vernachlässigten Ländern sind die erworbenen Resultate fast ausschließlich der Hilfe von außen zuzuschreiben.

Das Abendland hat Menschen „fabriziert" (Jean Daresch), aber sich nicht gleichzeitig bemüht, die Existenz dieser „Neuen" zu sichern. Unkenntnis, Unerfahrung, Mißachtung der einwurzelnden Kraft der selbständigen, ortsgebundenen Traditionen, Verkennung der entwurzelnden Wirkung fertiger abendländlicher Lösun-

gen, nur technisch begründete Selbstsicherheit und Überheblichkeit erschienen in den Augen derer, denen man helfen wollte, als unerhörter Angriff auf ihre Menschenwürde (Richard Wright). Es gibt keine aufbauende Hilfe ohne harmonische Zusammenarbeit geschulter Techniker, Soziologen, Hygieniker, Ethniker, Ökonomen, Ärzte, Agronomen, Anthropologen und auch nicht ohne Mitspracherecht des Herzens. Vielleicht sollten wir schon jetzt den „rückständigen" Völkern für diese Lektion dankbar sein. Und auch ihnen sollten unsere Fehler gestatten, den Sinn für das Menschliche oberhalb der Grenzen ihres Blickfeldes zu wecken. Inmitten der elektronischen Gehirne und der Atomraketen haben wir alle nur allzusehr die Neigung, es zu vergessen.

Die auch heute noch spezielle Position des Arztes als des natürlichen Garanten der menschlichen Persönlichkeit, die Besonderheit des ungeschriebenen, unverklausulierten moralischen Kontraktes zwischen dem Patienten und seinem Arzte, wären seltsam geschwächt, wenn auch der Arzt weiterhin die Lage der zwei Milliarden menschlichen Wesen verkennen würde, hungernd, krank, kraftlos, unwissend, schlecht bekleidet, weder geschätzt noch geliebt. Wie stände es dann um die ethische Voraussetzung seiner Berufung? Würde diese Berufung selbst noch gelten?

Der Arzt mit seiner Bindung sui generis an Menschen und Familien als Berater, Vertrauter, Helfer in der Not, selbstlos, im Dienste der Allgemeinheit, reich an Erfahrung und Wissen, dem in allen Kreisen und jeder Schicht freiwillig eine Autorität zuerkannt wird, von der Fülle und dem Reichtum seiner Persönlichkeit genährt, ist wie selten jemand befähigt und beauftragt, sich voll für eine ununterbrochene, in die Tiefe gehende Aktion einzusetzen, um den ihm anvertrauten Sektor der öffentlichen Meinung zu informieren, zu beeinflussen und zu bilden. Ohne solche qualifizierten permanenten Mitarbeiter werden die aufs sorgfältigste orchestrierten Kampagnen wie Raketenfeuer erlöschen.

Fortan muß die geringste helfende Gebärde des Arztes sich auf das herrschende Massenelend beziehen. Sonst ist auch seine Ethik nur Lippendienst.

So ist es sicher der ärztliche Stand, die ärztliche Bestimmung, einen entscheidenden Anteil an der „Bewaffnung" der öffentlichen Meinung zu übernehmen. Der Lauf seiner Überlegungen, die immanente Notwendigkeit, sich täglich weiterzubilden, an den großen geistigen Strömungen seiner Zeit teilzunehmen, ihre Einwirkungen auf das tägliche Leben zu analysieren, bewußter Träger einer Kultur zu sein, beziehen beruflich Hunger, Armut, ungenügende Hygiene in den Kreis seiner Sorgen und seiner Aufgaben. Die tiefen Bestrebungen der Massen, ihre Nöte, aber auch ihre Leidenschaft für Freiheit und Gerechtigkeit, die Legitimität der Hoffnung inmitten einer egoistischen, harten, materiellen Welt, trotz aller Enttäuschungen und aller feigen, konformistischen Absagen, sind die eigentliche Angelegenheit ärztlicher Haltung. Der Arzt ist einer der wichtigsten, erfolgreichsten Treuhänder der moralischen Werte und der menschlichen Beziehungen. Seine Persönlichkeit ist eine der letzten Freistätten, wo die Würde des einzelnen, der Wert der Person mit Entschiedenheit und Strenge verteidigt wird.

Auch ohne ausdrückliche Verpflichtung erscheint so der Arzt der anonymen Menge derer, die seine Hilfe in Anspruch zu nehmen bereit sind, den Gruppen und Gemeinden seiner Wirkungsstätte als Personifizierung ihres Hoffens, ihrer Bestrebungen allgemeinen Inhaltes, dessen selbstlose Bereitschaft, den Kampf gegen das Gespenst des Hungers in der Welt aufzunehmen und gemäß seiner besonderen Formation nicht aus den Händen zu lassen, bis seine Anstrengung ein Ergebnis zeitigt, in ihrem Namen, mit ihrem Herzen sich verwirklicht. „Unsere Generation", sagte Tibor Mende, „hat das seltsame und beruhigende Vorrecht,

Gutes tun zu müssen, um zu überleben und das ihr gesteckte Ziel erreichen zu können."

Nur der Arzt vermag es, das Interesse des gehetzten, für seine Sicherheit und die seiner Familie besorgten, verängstigten, verstrickten, verfangenen Menschen auf eine höhere Ebene zu heben und für die von ihm erheischten und zu fordernden Entsagungen, die schwere, ständige finanzielle Hilfe, die nötigen Entbehrungen, die unausweichlichen Verzichte seine materielle und ethische Zustimmung allmählich zu gewinnen.

Für diese neu zu lösende Aufgabe, die sie eine zusätzliche Bürde zu tragen heischt, müssen die Ärzte, besonders die aufsteigenden Generationen, anfangend in den Universitäten, durch eigens eingerichtete Seminare eingehend vorbereitet werden, mit Fortbildungskursen für die Älteren. So muß es ermöglicht werden, daß der Arzt, mit den letzten Informationen versehen, an die Spitze der ständigen Kampagne gegen die endemische Welthungersnot, das Massenelend, die Massenkrankheiten und die mit Analphabetismus und Unwissenheit gepaarte chronische Herabwürdigung des Menschen tritt.

Der Weg ist lang und beschwerlich, der Kampf gegen eingefleischte Vorurteile, die hohlen Schablonen, so erschöpfend wie der gegen den Hunger selbst.

Es liegt aber in der organischen Funktion ärztlichen Denkens und Handelns, die Aufklärung der Massen und die Rehabilitierung des „ganzen, gesamten", kranken, geschwächten, verminderten Menschen in die Vorbeugungsmaßnahmen zum Schutze der Gesundheit einzubeziehen.

In keinem anderen Beruf „öffentlichen Dienstes" sind Utopie und Wirklichkeit, Forderung präzisen Denkens und schöpferische Phantasie, Notwendigkeit energischen Handelns, rascher Entscheidungen und träumerischer Abstraktion so eng vermischt, in einer Legierung, deren Harmonie und Fülle die Tüchtigkeit und die Ausstrahlung der ärztlichen Persönlichkeit ausmacht und den Dienst an der leidenden und hoffenden Menschheit in einer hochherzigen Vision ermöglicht.

Ein solches Arzttum vermag es, den Menschen wiederum zum Menschen zu führen. Und dies ist der eigentliche Inhalt der Politik von morgen.

Vikar Albrecht Bausch

Politische Predigt in der evangelischen Kirche (II) *)

II: Grundlegung

Zur Ehrenrettung des politischen Predigers Martin Luther

Nach allem, was wir bisher zu Luthers Zwei-Reiche-Lehre hörten, bzw. zu den fatalen Konsequenzen, die man aus ihr zog — weil man aus ihr ein Prinzip gemacht und sie herausgelöst hatte aus ihrer Zeit und ihrer Funktion —, ist es notwendig, diese sog. Lehre wieder an den Ort zu rücken, an den sie gehört; und dieser Ort und diese Zeit war Luthers Auseinandersetzung mit der römischen Kirche, die ihrerseits die absolute Herrschaft über das ‚weltliche Regiment' beanspruchte. Daß im theologischen Kampf gegen diese römische Theokratie sich in den Kirchen der wittenbergischen Reformation die Waage mehr als bedenklich zugunsten einer neuen Art von Cäsaropapismus neigte, einer meist sehr un-

*) Vgl. Heft 7/62

geistlichen Vorherrschaft des staatlichen Regimes in der Kirche, vor allem durch das Kirchenregiment der Landesherren, ist nur zum Teil Luthers Schuld gewesen. Er hat diesem Trend jedenfalls wacker Widerpart geboten durch seine Verkündigung, in der er die weltlichen Stände, Fürsten und Herren samt ihrem Regieren weiterhin unbeirrt unter den Anspruch des Evangeliums stellte. So schreibt er zu Beginn des Bauernkrieges an die Fürsten:

„Erstlich mögen wir niemand auf Erden danken für solchen Unrat und Aufruhr, denn euch Fürsten und Herren ... die ihr nicht mehr tut, denn daß ihr schindet und schatzt, eure Pracht und Hochmut zu führen, bis der arme gemeine Mann nicht mehr kann noch mag länger ertragen. Das Schwert ist euch auf dem Halse. Noch meinet ihr, ihr sitzet so fest im Sattel, man werde euch nicht mögen ausheben. Solche Sicherheit und verstockte Vermessenheit wird euch den Hals brechen!"

Man könnte wehmütig werden bei der Frage, wo wir heute einmal von der Kirche so klare Worte hören, wenn's nottut. War das politische Predigt — oder war es das nicht? Und wie wenig Luther gewillt war, weltliche Obrigkeit in eine sog. Eigengesetzlichkeit zu entlassen, zeigen folgende Sätze:

„Also — weil sie von der geistlichen Tyrannei los sind, und von derselben nicht können gestraft werden, wollen sie nun vom Evangelium, das sie frei gemacht hat, auch los und ungestraft sein ... da sind sie fröhlich worden, daß sie los und frei sind und sich das Spiel gleich umkehret ... Jetzt will die Obrigkeit auch über Gott und sein Wort sein und gebieten, was man predigen und glauben soll. Wiederum, straft man sie, so soll es Aufruhr heißen!"

Diesem Druck hat sich Luther jedenfalls nie gebeugt. Vielmehr hat er in direkter Ableitung aus dem Evangelium die Fürsten dazu ermahnt, sich ihrer Gewalt und Obrigkeit zu entäußern und sich der Notdurft ihrer Untertanen anzunehmen, wie Christus getan habe. Genau das aber ist politische Predigt in konkreter Lage — politische Weisung direkt aus dem Evangelium. Wie meilenweit ist da der Weg zu dem Satz Bismarcks, mit dem heute fast jeder ‚christliche' Oberschüler mit mittlerer Reife bis hin zu Gerstenmaier hausieren geht: Man könne die Welt nicht mit der Bergpredigt regieren — sprich: redet nicht von der Kanzel ins politische Geschäft hinein. Andererseits ermahnte Luther die Bauern mit der Bergpredigt, lieber Unrecht zu leiden, als sich mit Gewalt zu wehren:

„Weil ihr aber eure Rechte selbst wollt verteidigen, mögt ihr tun und lassen, was euch Gott nicht wehret. Aber den christlichen Namen, den christlichen Namen, sage ich, den will ich euch nicht lassen noch gönnen, sondern euch abreißen, solange sich eine Ader regt in meinem Leibe."

Das also hätte Luther auch der CDU ins Stammbuch geschrieben — nicht weil sie eine politische Partei ist, sondern weil sie sich ‚christlich' heißt.

Sicher trägt Luther anderwärts manche Vorurteile und Belastungen, Bestimmtheiten und Ideologien seiner Zeit mit in seine politischen Weisungen hinein und geht damit schauerlich in die Irre — so in seinen Anweisungen zur Judenaustreibung (in „Von den Juden und ihren Lügen"), so in seiner hohen Meinung vom „Meister Hans", dem Henker, so in manchen Schriften zum Türkenkrieg, etwa die Selbstverständlichkeit grausigsten Kriegshandwerks des Mittelalters — obgleich er sich schärfstens gegen jede Kreuzzugsideologie abgrenzt! Doch auch diese Sätze finden wir bei Luther — und die sind in keiner Demokratie geschrieben, die in ihrem Grundgesetz einen Schutz für Kriegsdienstverweigerer kennt, sondern in einem landesherrlichen Obrigkeitsstaat:

„Wie, wenn mein Herr Unrecht hätte, zu kriegen? Antwort: wenn du gewiß weißt, daß er unrecht hat, so sollst du Gott mehr fürchten und gehorchen denn den Menschen ... und sollst nicht kriegen noch dienen, denn du kannst da kein gut Gewissen vor Gott haben. Ja — sprichst du — mein Herr zwingt mich, nimmt mir

> mein Leben, gibt mir mein Geld, Lohn und Sold nicht, dazu würde ich verachtet und geschändet als ein Verzagter und Treuloser vor der Welt . . . Antwort: das mußt du wagen und um Gottes willen lassen fahren, was da fähret . . ."

Eines ist sicher: Luther ließ die Welt nicht einfach laufen, er zog sich nicht zurück in einen innerkirchlichen Sektor, um das „reine" Evangelium zu predigen und ganz allgemein „zurück zu Gott" zu stammeln, und er hielt nichts davon, daß solches Reden ‚nicht dem Auftrag des Predigers entspreche'. Und vollends: er spielte nicht nach außen ängstlich Neutralität der Kirche unter heimlicher und versteckter innerer Parteinahme für eine der beiden Seiten, und er überließ diese Welt samt ihren Obrigkeiten nicht sog. „Eigengesetzlichkeiten", wie etwa Thielicke das tut, sondern er rief sie alle unter das eine Evangelium von Jesus Christus, in all ihrem Tun.

Wir verstehen: wenn die Zwei-Reiche-Lehre Luthers aus diesem ihrem geschichtlichen Rahmen herausgeholt wurde (er hatte ja zugleich anzutreten gegen eine maßlose Verachtung und Geringschätzung der weltlichen Stände überhaupt, die er mit seiner sog. Zwei-Reiche-Lehre vor allem wieder zu Ehren brachte vor den Menschen und als „Beruf" von Gott) und wenn man aus dieser Lehre gar das Prinzip des Hohen Liedes auf weltliche Obrigkeit machte, dann mußte notwendig alles falsch werden. Dann ist diese Lehre wirklich pervertiert. Aber wir sahen ja schon bei Luther selbst, wie er mit dieser seiner ‚Lehre' in der Predigt und in seinen Schriften je und je umging! Im übrigen glauben wir nicht an Martin Luther. Maßstab auch für s e i n Reden ist allein die Schrift selbst. Und Gott geht W e g e mit uns. Was gestern noch brauchbar gewesen sein mag, können wir heute im Licht seines Wortes schon als nicht mehr möglich erkennen, ja m ü s s e n das eventuell, wenn wir der Leitung seines Geistes nicht einfach entlaufen. Was wäre es sonst noch mit der „Kirche des Wortes", mit dieser „ecclesia semper reformanda", mit der Kirche, die bereit sein muß, sich selbst immer wieder durchs Wort reformieren zu lassen an Haupt und Gliedern, in all ihrem Denken, Reden und Tun? Und dahinein, in diesen seit Jahrhunderten verlassenen Raum sich vorzuwagen, das ist heute Wagnis und Auftrag der Predigt, politischer Predigt. Dazu noch ein Lutherwort:

> „Wenn aber der Predigtstuhl nimmer leuchtet, so hat denn die Welt, was sie haben soll und verdient hat, nämlich, daß sie von Gott verlassen und verstoßen, dem Teufel in seine Gewalt gegeben wird, der sie von einem Irrtum in den anderen führe, mit allerlei Lügen, Abgötterei, Ketzerei erfülle; danach zu Aufruhr, Kriege, Mord, Geiz, Summa zu aller Untugend und Laster jage und treibe . . . das heißt, die Welt mit der Sinflut ersäuft . . . Und ist keine Hoffnung noch Rat, solches abzubitten oder zu wenden, es tue denn der jüngste Tag."

Wenn aber der Predigtstuhl nimmer leuchtet! Soviel erwartete Martinus Luther von der Predigt und ihrem Leuchten in diese Welt und in die Politik hinein. Können wir da weiterhin nur seelische Erbaungsstündchen und evangelische Ghettopredigt erwarten?

Zur Definition politischer Predigt

Wir sahen, daß der Weg zur politischen Predigt erst frei wird durch Verstehen des Vergangenen, durch Bewältigung ‚theologischer Traditionen', die immer noch beängstigend genug das Feld kirchlicher Gegenwart beherrschen. Doch was ist das nun, politische Predigt, von der wir schon so oft sprachen?

Zunächst: man hat mit diesem Begriff gegen eine Mauer von Mißverständnissen anzurennen, von denen ich fürchte, daß sie sich auch nicht durch klarste Definitionen werden abbauen lassen. Selbst in Theologenkreisen redet man von politischer Predigt so, als gehe es in ihr um einen bestimmten, ja höchst fragwürdigen Spezialfall von Predigt. Etwa so, daß man meint sagen zu können: ich predige ‚un-

politisch' — oder gar: er predigt politisch und nicht das ‚reine Evangelium'. Zum ersten ist zu sagen: unpolitische Predigt gibt es gar nicht. Irgendwo in der Predigt kommt immer die politische Position des Predigers, bewußt oder unbewußt, zum Ausdruck. Friedrich Delekat sagt einmal:

> „Wir in Deutschland können als Prediger des Evangeliums den Mund überhaupt nicht auftun, ohne mit Politik in Berührung zu kommen!"

Und ich glaube auch Günther Dehn — übrigens aus eigenster Erfahrung —, wenn er sagt, die politische Haltung des jeweiligen Predigers sei „aus den gedruckt vorliegenden Predigten des 19. und 20. Jahrhunderts unschwer nachzuweisen". („Unsere Predigt heute" S. 35.) Und wenn wir selber Predigthörer sind, wird sich uns dies schon öfters bestätigt haben, gerade auch in Predigten, die bewußt „politische" Fragen mieden. Man hört das aus jeder Nuancierung und wie diese und jene Aussage der Predigt gemacht wird, ja sogar aus dem, wozu hörbar geschwiegen wird, obgleich es greifbar nahe läge; denn wozu geschwiegen wird, das wird gedeckt oder wurde vom Evangelium her nicht genügend durchdacht. Zum zweiten, er predigt politisch und nicht das ‚reine Evangelium', ist zu sagen, daß dies ‚reine Evangelium' der Mythos eines abstrakten Himmels ist, den es im Neuen Testament nirgendwo gibt, „Das Wort ward Fleisch und wohnte unter uns" (Joh. 1, 14), und nicht anders kommt dies Wort auch heute in der Predigt zu uns: konkret. Gottes Konkretion ist das Leben, Leiden und Sterben des Menschen Jesus von Nazareth. Und die Konkretion des Glaubens an diesen Gott wird von Jesus selbst als Bruderliebe gelebt und verkündigt, ja als Feindesliebe. Am konsequentesten formuliert Johannes das einmal so:

> „So jemand spricht: Ich liebe Gott, und hasset seinen Bruder, der ist ein Lügner. Denn wer seinen Bruder nicht liebt, den er sieht, wie kann er Gott lieben, den er nicht sieht? Und dies Gebot haben wir von ihm, daß, wer Gott liebt, daß der auch seinen Bruder liebe" (1. Joh. 4, 20 u. 21).

Wir könnten statt „politischer Predigt" so auch „konkrete Predigt" sagen, und zwar in diesem angegebenen Sinn. Dennoch ist es besser, bei diesem „politisch" zu bleiben, und das darum, weil der christlichen Gemeinde endlich zum Bewußtsein kommen muß, daß auch das Politische, im engeren und speziellen Sinn des Wortes heute, unter dem Anspruch des Evangeliums von Jesus Christus steht.

> „Die Gemeinden kämpfen hartnäckig darum, daß ihnen der politische Raum als geistlich neutraler, sturmfreier, von Gottes Wort unbehelligter Raum gelassen wird; wenigstens soll es hier keine wirklich eigene Schuld geben (höchstens Irrtum), wenigstens hier möchten sie anonym sein dürfen — anonym vor Gott — eingebettet in die Masse der anderen . . . Und deshalb muß es deutlich herauskommen, daß der Christ s e l b e r es ist, der politisch handelt, s e i n e Hand, die den Stimmzettel ausfüllt, s e i n Mund, der Hurra schreit, s e i n Sinn, der sich einlullen oder mitreißen läßt" — und auch s e i n e Hand, die im Ernstfall tötet! (Zitat aus D. Schellong, „Zur politischen Predigt").

Doch nun zur Definition. Die politische Predigt ist — wie vielleicht schon deutlich geworden — auch nicht andeutungsweise ein Sonder- oder Spezialfall der Predigt des Evangeliums. Wenn es die Aufgabe der Predigt ist, „die in Jesus Christus geschehene Versöhnung in allen ihren Dimensionen . . . zur Sprache zu bringen" (Karl Barth), dann ist in ihr „in allen ihren Dimensionen" genau das enthalten, was an der Predigt des Evangeliums notwendigerweise immer politisch ist. Auch der Christ lebt in dieser Welt als Mensch in der Gemeinschaft, als homo politicus, wie jeder andere. Es gibt auch für ihn keinen Lebensbereich, der nicht mit dem Politischen, dem Öffentlichen, mit dem, was zur bürgerlichen Gemeinde, zur „Stadt" (das ist ja die Übersetzung dieses vielzitierten griechischen Wörtchens „polis"!), zur Gesellschaft und zum Staat, also mit allen menschlichen Ordnungen und Vorfindlichkeiten, in unmittelbarem Zusammenhang stünde; keinen

Lebensbereich, der außerhalb der Gemeinschaft mit anderen Menschen läge. So ist politische Predigt solche Predigt, die von der Verkündigung des Evangeliums her den Christen auf seine öffentlich-politischen, wie allgemein zwischenmenschlichen Bezüge hin anredet. Und so gilt dies: Predigt, die nicht in diesem Sinn p o l i t i s c h e Predigt ist, mißachtet entweder den Menschen, der die Absicht des Wortes selbst ist, und ist dann wirklich unrealistisch und utopisch — oder aber sie läßt die Versöhnung, die in Jesus Christus geschehen ist, nicht mehr in allen ihren Dimensionen und nicht mehr für den ganzen Menschen in dieser Welt gelten. Sie ist dann in beiden Fällen nicht mehr Predigt des Evangeliums. Darum hat sich die Predigt mit dem Politischen zu befassen, „aber sie selber läßt sich von der Politik und ihrem Geist nicht fassen" (F. Delekat). Auch wird dieses Politische in ihr nie zum eigenständigen oder gar bestimmenden Thema — sie wird nie und nirgends politisierende Predigt und damit nur menschliche Rede sein können —, sondern die politische Predigt ist nichts anderes als möglichst konkrete Verkündigung, „ein Stück Konkretisierung des Rufes zur Freiheit in Jesus Christus" (D. Schellong), und allerdings so auch Einladung und Aufforderung zu der konkreten Glaubens- und Gehorsamsentscheidung, Jesus Christus als Haupt der Gemeinde und als Herrn der Welt zu bekennen in a l l e n F r a g e n des H i e r und H e u t e.

Von diesem Verständnis politischer Predigt aus ist ein Wort der Predigt zu Erbstreitigkeiten oder zum Untermieterproblem genauso hochpolitisch wie ein Wort zum Ost-West-Konflikt. Nicht mehr und nicht weniger politisch! Und so ist Predigt immer politische Predigt, wenn sie wirklich evangelische konkrete Predigt ist, die das Evangelium Menschen unserer Zeit zu sagen hat zu allen ihren Fragen — oder aber sie wird zur geistlichen Glossolalie, dient privater Seelenmassage oder verschreibt sich gar christlichem Pharisäismus. Dann wird ihr Wort aber nicht mehr Licht der Welt und Salz der Erde sein. Vielleicht heißt sie sich dann immer noch christlich; aber mit Gottes Konkretion, mit Jesus Christus, hat sie nichts mehr zu tun — und wenn dieser Name n e u n u n d d r e i ß i g m a l in ihr genannt würde. So macht die politische Predigt ernst damit, daß kein Bereich unseres Lebens außerhalb des Herrseins Christi liegt und daß wir bei jeder Frage im kleinen wie im großen, in Familie, Gesellschaft und Staat, als Christen vor der Frage stehn: „Herr, was willst D u , daß ich tun soll?"

F r a g e n k r e i s e d e r p o l i t i s c h e n P r e d i g t h e u t e

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien einige Fragen genannt, an welchen die Predigt nicht vorübergehen kann, wenn sie das ihr anvertraute Licht wirklich leuchten lassen will — und nicht den Menschen sich selbst überläßt oder das Evangelium zum ohnmächtigen Seelentrost verkürzt, der uns keinerlei Weisung auf unserem Wege mehr gibt; einige Fragen, die einmal über unseren privaten Raum und über unsere persönlichsten Probleme hinausgreifen, Fragen, die unsere Zeit und unser Volk erschüttern und — leider Gottes — auch die Kirche ratlos machen.

Jedermann nimmt es für selbstverständlich, daß über Fragen des 4. Gebotes geredet wird in der Predigt: über Erziehung und Elternverantwortung und darüber, was Kinder ihren Eltern schuldig sind; daß über Fragen des 6. Gebotes in der Predigt geredet wird: über Ehescheidung, „Krise und Heilung" der Ehe oder auch über „Fasching, Bier und leichte Mädchen", wie dies vor allem mit Vorliebe, vielleicht auch mit mancher Dringlichkeit, in der Militärseelsorge geschieht (!), wie ich mir sagen ließ; daß über Fragen des 7. Gebotes geredet wird in der Predigt: über soziale Mißstände (obgleich, hier wird's schon leiser!), soziale Gerechtigkeit, über Steuerhinterziehung, über Geschäfts- und Konkurrenzunsitten, Ab-

werbung von Arbeitskräften usf.; daß über Fragen des 8. Gebotes geredet wird in der Predigt: über üble Nachrede, Klatsch bis hin zur Hetze der Propaganda (auch da ist's merklich leiser geworden!); kaum erwähnensnotwendig, daß dies auch über Fragen des 1.—3. Gebotes geschieht, mit kirchlicher Vorliebe seit Jahrhunderten: über Fluchen und Zaubern (vom Schwören redet man allerdings seit Jahrhunderten nicht mehr, trotz Matthäus 5, 33—37!), über die „Sonntagsheiligung" — und wie dramatisch! — und dergleichen mehr. All dies ist mehr oder weniger selbstverständlich geworden, ohne daß irgendwer den Verdacht schöpfte, daß es hier ja im Grund um hochpolitische Fragen ging und geht. Ja, auch über das 5. Gebot, „Du sollst nicht töten", wird in der Predigt je und je kräftig geredet: über Abtreibung, Selbstmord, Tötung „lebensunwerten Lebens", über den Verkehrstod — eigens von Kirchenleitungen darauf aufmerksam gemacht! — und von ein paar ‚mutigen' Predigern auch schon über das Problem Todesstrafe. Doch wie stehts mit dem Krieg, mit seiner Vorbereitung, mit der Frage der Aufrüstung und gar mit der atomaren? Kann diese Frage denn tabu sein? In einer Kirche im Bündnis mit ihrem Staat allerdings; aber in einer Kirche im Bündnis mit dem ihr anvertrauten Evangelium keinesfalls! Was ist es mit der Auseinandersetzung der Ideologien, was mit dem Kalten Krieg, der unser Leben bis tief in die christliche Gemeinde hinein vergiftet, ja, der für deren Großteil selbstverständlich geworden ist? Was ist es mit dem Antikommunismus? Was ist es mit der Frage des sog. „Rechtes auf Heimat" und mit dem ganzen Flüchtlingsproblem? Wie sehen im Licht des Evangeliums die Begriffe und Schlagworte „Selbstbestimmung", „Recht und Freiheit" aus? Was ist es mit der Judenfrage und dem Antisemitismus? Wie steht es mit dem Begriff „Vaterland", dessen Gebrauchsschwund Thielicke in seiner katastrophalen Rede vor dem Bundestag am 17. Juni dieses Jahres, die politisch Kalter Krieg und theologisch kalter Kaffee war, als „neurotischen Komplex" der „Bindung an unsere jüngste Vergangenheit" zu analysieren die geistliche Kurzsicht hatte? Ja, was ist es mit Schuld und Sühne im Leben der Völker überhaupt — oder mit anderen Worten: mit Gottes Gerichten? Wenn wir glaubten, daß das Evangelium uns in solchen Fragen allein ließe, dann glaubten wir wohl auch etwas, aber nicht an den lebendigen Gott, den Vater Jesu Christi und an seinen Geist, der uns im Wort „in alle Wahrheit leiten" will, sondern an den selbstgemachten Götzen des „goldenen Kalbes" (2. Mose 32).

Das Kriterium politischer Predigt

Freilich könnte zum Schluß die Frage sich melden: wenn die Predigt zu allen diesen Fragen das Wort zu nehmen hat, wo ist dann noch die Gewähr dafür, daß es nicht zu lauter persönlich gefärbten oder parteipolitisch willkürlichen Aussagen kommt, daß hier so und dort anders gepredigt wird, ja, daß die Predigt zum Tummelplatz unkontrollierten Politisierens wird? Doch die Frage zeigt höchstens, wie sehr der reformatorische Satz „sola scriptura" — allein die Schrift! — in der evangelischen Kirche zwar nach wie vor kräftig kolportiert, aber keineswegs mehr in praxi riskiert wird — und wie wenig man ihm zutraut.

Einmal: alle genannten Fragen werden in der Predigt nur vom Bibeltext her zur Sprache kommen dürfen, indem der Prediger unter dem Wort der Schrift sich besinnt, in welche Fragen hinein, die den einzelnen, seine Gemeinde, sein Volk und diese ganze Welt bewegen, diese zweitausend Jahre alten Aussagen seines Textes reden können, ja reden wollen. Nicht zu allen diesen Fragen werden klare, eindeutige Aussagen der Schrift zu finden sein, schon weil die Probleme jener Zeit völlig andere waren. Doch die Bibel, insonderheit das Neue Testament, ist sowieso kein Gesetzbuch, aus dem die Antworten auf solche Fragen einfach simpel abzulesen wären; sie ist kein ethisches Kasualienbuch, sondern verkündigt die

uns in Jesus Christus geschenkte Freiheit. Und so ist es immer die eigentliche Aufgabe der Predigt und ihre verantwortungsvolle, schwere Arbeit, das aktuelle Geschehen in der Welt mit seinen geforderten Entscheidungen „dem Glauben gemäß" (Römer 12, 7) mit diesem Evangelium in Beziehung zu setzen, um all jene Probleme unter das Licht eben dieser Botschaft zu bringen. So ist die Predigt immer eine „im Lauschen auf die Aussage der Schrift selbständig vollzogene Aussage und Erklärung des Evangeliums, selbständig gewagter evangelischer Anruf" (Karl Barth). Da tritt kein anderer für den Prediger ein. Doch dieses Wagnis einzugehen, ist er gefordert; denn sonst ist er nicht mehr Prediger des Evangeliums heute, sondern höchstens noch Beamteter der Institution Kirche, und könnte ebensogut Steine klopfen bzw. seinen Predigttext statt der Predigt siebzehnmal rezitieren.

Und zum zweiten: es ist ein Irrtum, zu meinen, die Predigt sei mit dem „Amen" zu Ende. Sie ergeht ja daraufhin, daß ihr Zeugnis von der Gemeinde geprüft, angenommen und in ihrem Glauben und Leben aufgenommen wird. Geprüft: nun allerdings nicht an ihrem persönlichen Behagen oder Mißfallen, sondern allein am Wort der Schrift selbst. In der Apostelgeschichte heißt es einmal von der Gemeinde zu Beröa: „Die nahmen das Wort auf ganz willig und forschten täglich in der Schrift, ob sich's also verhielte" (act. 17, 11)! Der Gemeindebegriff des Neuen Testamentes — aus dem der reformatorische Begriff des „allgemeinen Priestertums aller Gläubigen" genuin gewachsen ist — läßt jenes landläufige Verständnis nicht zu, als stünde auf der Kanzel der Akteur und unter ihr sitze irgendein Publikum als objectum tractandum. Eine Aussage der Predigt ist nicht darum richtig, weil „der Pfarrer" oder „der Bischof" sie macht, sondern nur, wenn sie sich vor dem Gesamtzeugnis der Schrift als richtig bzw. unwiderleglich erweist. Zu solchem Nachweis durchs „Forschen in der Schrift" braucht es allerdings mehr als bloßes Kopfnicken oder Kopfschütteln, mehr als momentane Zustimmung oder Ablehnung. Doch zu solcher Prüfung ist die Gemeinde gefordert! Paulus sagt in seinem entscheidenden Kapitel über die neutestamentliche Prophetie — und genau das ist der Begriff für „Predigt" heute! —: „Propheten aber lasset reden zwei oder drei; und die anderen lasset die Rede prüfen" (1. Kor. 14, 29). Erst wenn vom Wort der Schrift her solchen Antworten, die die Predigt auf all jene Fragen gibt, nicht widerstanden werden kann, steht die Gemeinde vor der echten Entscheidung: nicht für oder gegen den Prediger, sondern für oder wider Christus — und wer nicht für ihn ist, ist wider ihn (das für alle, die sich nicht entscheiden und unverbindlich zwischen den Fronten sich treiben lassen). Erst dann geht es nicht mehr länger darum, was der Gemeinde lieber oder auch weniger angenehm ist, sondern allein noch um den „Willen des Herrn". Und ob sie diesen zu tun bereit ist, daran entscheidet sich allein, ob sie wirklich Gemeinde Christi ist oder ob sie sich nur noch „christlich" heißt — und damit in all ihrem Tun seinen Namen lästert.

Facit II

Als Facit II darf ich mit freundlicher Genehmigung des Käthe Vogt-Verlags, Berlin-Charlottenburg, hier einen Auszug aus einer Predigt wiedergeben, die Probst Grüber am 20. August 1961, eine Woche nach dem Mauerbau, in Berlin gehalten hat (aus „Fürchtet euch nicht", erschienen 1962):

2. Mose 33, 18: Er aber sprach: so laß mich deine Herrlichkeit sehen.

. . . Alles, was an Leid und neuer Schuld jetzt auf uns zukommt, ist die Folge unvergebener Schuld. Muß die Schuld, die vor uns steht, und die Schuld, die jetzt so viele auf sich laden, uns in dieser Stunde nicht mehr bewegen als das Leid,

das sie mit sich bringt? Ich bitte, mich nicht mißzuverstehen. Ich unterschätze das Leid wahrlich nicht. In welcher Stadt geschieht das, was wir jetzt in Berlin erleben? Jerusalem ist auch eine zerrissene Stadt, dort gibt es auch Stacheldrahtverhaue und bewaffnete Menschen auf beiden Seiten der Sperren, aber es ist doch etwas grundsätzlich anderes. Auf der einen Seite stehen Israelis, auf der anderen Seite Jordanier. Es sind Menschen verschiedener Sprache, Volkszugehörigkeit und Religion; Menschen, die einander fremd sind. Hier in Berlin sind die Unmenschlichkeiten fast auf dem Höhepunkt angelangt. Eltern können nicht zu ihren Kindern, Verlobte können nicht zueinander. In greifbarer Nähe liegt vielleicht ein lieber Mensch im Krankenhaus oder im Sterben, und man kann nicht zu ihm. Deutsche schießen auf Deutsche, gewissenlos, so wie wir es in der vergangenen Zeit oft genug erlebt haben. Und heute heißt es genau wie damals: Befehl ist Befehl! Das hörten wir auch immer wieder im Eichmann-Prozeß. Auf diesem gefährlichen Wege befinden sich alle die, die mit der Uniform, die sie anziehen, meinen, ihr Gewissen zum Schweigen bringen zu können. Menschen, die vielleicht an einem Konfirmationsaltar gestanden und die vielleicht einmal gesungen haben: „Herz und Herz vereint zusammen, sucht in Gottes Herzen Ruh", sollen sich nun auf Befehl beschimpfen und mit Mißtrauen begegnen. Alle Spielarten des Kalten Krieges müssen sie mitmachen, bis vielleicht ein Heißer Krieg sie wieder in dasselbe Massengrab bringt, wenn es nach einem solchen Krieg überhaupt noch Gräber gibt.

Ich darf wiederholen, was ich am vergangenen Sonntag sagte: Gott läßt sein nicht spotten. Wer Wind sät, wird Sturm ernten! Wer mit Kaltem Krieg spielt, wird im Heißen Krieg umkommen! Neben dieser augenblicklichen akuten Not steht die Erfahrung, daß der ungefestigte Mensch gern in der Masse untertaucht und mit der Masse zum Mob wird. Der Weg: Mensch, Masse, Mob steht in diesen Tagen wieder erschreckend vor uns. Wir sehen diese Gefahr in aller Welt aufbrechen. Wir sehen sie bei den sogenannten Siegermächten am klarsten; aber sehen wir sie bei unserem eigenen Volk? Mit vielen meiner Freunde stehe ich noch genau so wie in den Jahren 1945/46 auf dem Standpunkt, man sollte den Deutschen keine Waffen geben und keine Uniformen anziehen, bis eine Umerziehung und ein Umdenken unter Beweis gestellt ist. Die damals sagten „wer nach Waffen greifen will, dem soll die Hand abfallen", die greifen jetzt nach den Atomwaffen. Die anderen, die vorgeben, sie wollen den deutschen Militarismus gemäß dem Potsdamer Abkommen bekämpfen und ausmerzen, treiben heute Militarismus in Reinkultur. Militarismus ist ja nicht nur die Vorherrschaft des militärischen Denkens, sondern auch der Versuch, die Menschen seelisch zu „uniformieren". Man will den Teufel mit Beelzebub austreiben. Parademarsch wird heute auf beiden Seiten mit „Preußen Gloria" exerziert, wie gehabt 08/15. Es sind die gleichen Vorwürfe, die beide Seiten einander machen. Aber mit Hetzen und Schimpfen kommen wir nicht weiter. Es geht dabei immer noch um die alte heidnische Phrase, mit der wir ja aufgewachsen sind: Si vis pacem, para bellum — wenn du den Frieden willst, so rüste zum Kriege. — Nein, und abermals nein! Wir wiederholen, was die Kirche nach 1945 so oft bekannt hat: „Auf der Macht ruht kein Segen", oder was unser verstorbener Freund, der Bischof von Chichester, während des Zweiten Weltkrieges einmal im englischen Oberhaus gefragt hat: „Worauf trauen wir, auf die Bibel oder auf die Bomben?" Die Antwort auf diese Frage müssen wir heute einer Welt bezeugen, deren führende Männer von einer Ratlosigkeit in die andere fallen und in der die breiten Massen so falsch auf das reagieren, was über sie gekommen ist, entweder mit Empörung oder mit Resignation. Die Empörung wird vielleicht im Augenblick die hervorstechende

seelische Haltung sein, aber die Resignation, die Müdigkeit und die Verzweiflung wird auf die Dauer zunehmen und vorherrschen. In einer Welt, die in Empörung aufbegehrt oder die sich in Resignation verzehrt, suchen und gehen sie den falschen Weg. Beides sollte es für den Christen nicht geben. Wir wollen den Weg d e s H e r r n bejahen, der sein Volk aus der Knechtschaft geführt hat, der es zwar durch die Wüste führt, aber in der Wüste nicht verläßt . . .

(Literaturhinweise: K. Barth, Politische Entscheidung in der Einheit des Glaubens, Theolog. Existenz, Heft 34, München 1952; A. Bausch, Politische Predigt und atomare Aufrüstung, Evangelische Zeitstimmen, Heft 3, Hamburg-Bergstedt 1961; F. Delekat, Die politische Predigt, Lebendige Wissenschaft, Heft 2, Stuttgart 1947; H. Gollwitzer, Erwägungen zur politischen Predigt, in: Verantwortung für den Menschen, Stuttgart 1957; D. Schellong, Zur politischen Predigt, Theol. Existenz, Heft 72, München 1959.)

William L. S h i r e r

Zur deutschen Kritik an „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches"

William L. Shirers „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches" (die deutsche Ausgabe ist 1961 im Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln und Berlin, erschienen) hat, nach seinem großen Erfolg in den USA, in der Bundesrepublik teilweise heftigen Widerspruch hervorgerufen. In der Auseinandersetzung mit diesem und um dieses Buch geht es um Grundprobleme des deutschen politisch-geschichtlichen Selbstverständnisses. Die Redaktion der „Blätter" hat darum vor einigen Wochen Mr. Shirer gebeten, in dieser Zeitschrift zu den Angriffen gegen sein Buch Stellung zu nehmen. Wir bringen im folgenden die Antwort des amerikanischen Publizisten. Im Oktober-Heft wird Achim v. Borries sich mit dem Buche selbst und der deutschen Kritik an ihm beschäftigen. Die Red.

Ich antworte niemals den Rezensenten meiner Bücher, weder zu Hause, noch im Ausland, obgleich die Versuchung dazu oft groß ist. Ein Buch, glaube ich, muß für sich selbst sprechen. In ihm legt ein Autor all das dar, was er über die Sache zu sagen hat. Es ist dann an den Rezensenten, i h r Wort zu sprechen — und ich gebe mich völlig damit zufrieden, den Leser urteilen zu lassen. Ich denke, das ist eine gute Regel für Autoren. Zumindest ist es eine gute Regel für mich.

Doch ist Ihre Bitte so zwingend, daß ich die Regel in dem Sinne durchbrechen werde, daß ich kurz meine allgemeine Reaktion auf die Aufnahme der deutschen Ausgabe von „The Rise and Fall of the Third Reich" in Deutschland zum Ausdruck bringe.

Diese Aufnahme offenbarte viel Interessantes über Denken und Gesinnung einiger Deutscher siebzehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches. Es war, zum Beispiel, interessant für mich, daß ein Buch, das versuchte, die dunkle, barbarische Nacht der Nazi-Zeit etwas — nicht v ö l l i g, sondern e t w a s — zu erhellen und das natürlich den Grenzen und Irrtümern seines fehlbaren Verfassers unterworfen war, eine solche Feindseligkeit und sogar Bosheit unter einigen wenigen maßgeblichen Rezensenten maßgebender Publikationen im demokratischen Westdeutschland hervorrufen sollte.

Ich werde die persönlichen Angriffe auf den Verfasser und die unanständigen falschen Darstellungen des Buches selbst ohne Kommentar übergehen. Jeder Schriftsteller, dessen Bücher gelesen werden, ist das Opfer solcher Dinge, und sie stören mich nicht im geringsten. Auch regt es mich nicht sehr auf, wenn ein deut-

scher Rezensent sagt, mein Buch sei voll von „Halbwahrheiten" — was auf der Welt ist eine „Halbwahrheit"! — oder wenn der freundliche Biograph Keitels (der Publizist Walter Görlitz. D. Red.) mich darüber belehrt, „wie man Geschichte nicht zu schreiben habe". In solchen Fällen, des bin ich sicher, wird der deutsche Leser sein eigenes Urteil darüber fällen, was Wahrheit ist, oder, wenn es solche geben sollte, „Halbwahrheit", und darüber, wie Geschichte geschrieben werden sollte. Ich selbst habe darüber, wie Geschichte geschrieben worden ist, zu einem guten Teil von den großen deutschen Historikern gelernt, und ich habe viel gelernt von anderen, angefangen mit Thukydides, wenn ich auch einsehe, wie unzulänglich mein eigener Versuch ist, verglichen mit den Meistern.

Ein Aspekt einiger der deutschen Kritiken meines Buches bringt mich in Verlegenheit. Einige Rezensenten scheinen es mir übelgenommen zu haben, daß das Buch eine Verbindung aufzeigt zwischen den Deutschen und dem Nationalsozialismus. Einige wenige von ihnen schrieben, als wenn sie wirklich glaubten, daß der Nazismus seine bösen Taten in einem Vakuum getan habe und daß er wenig oder nichts zu tun habe mit der deutschen Geschichte, dem deutschen Leben und Denken und dem deutschen Volk. Ich möchte gern wissen, ob einige der jungen Leute in Westdeutschland heute, wenn sie solche Äußerungen lesen, fragen, wie es denn damit war, daß deutsche Industrielle und Bankiers, Generale, Admirale und Flieger, Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer, Musiker, Verleger, Journalisten (obgleich kein großer deutscher Schriftsteller), Bauern, Angestellte und Arbeiter so aktiv und oft so enthusiastisch mithalfen, das Dritte Reich zu einer Position aufzubauen, die ihm die Möglichkeit gab, durch brutale Aggression den größten Teil des europäischen Kontinents zu erobern und die Freiheit und Würde so vieler altehrwürdiger Völker, einschließlich der Deutschen, zu zerstören. Es ist schwierig für einen von uns Ausländern, die wir während der Nazi-Zeit in Deutschland lebten, zu glauben, daß Hitler und einige wenige Rohlinge wie Göring, Goebbels und Himmler das alles allein taten. Deutschland war nicht Rußland. Es war eine westliche Nation mit einer hoch entwickelten, zivilisierten, kultivierten, erzogenen Bevölkerung — die Nation, man kann es niemals vergessen, Bachs und Beethovens, Kants und Goethes.

Schließlich eine Frage, die Golo Mann in seiner gütigen, wenn auch kritischen Einleitung in die deutsche Ausgabe des Buches aufgeworfen hat. Dr. Mann, dessen Vater zufällig einer meiner Mentoren war, glaubt nicht, daß ein „angelsächsischer Liberaler" wie ich „das Tragische in der Geschichte" sehen könne. Vielleicht, aber ich wundere mich. Es ist ein Vorwurf, der Amerikanern oft von Europäern gemacht wird. Man sagt uns nach, uns fehle „der tragische Sinn des Lebens", wie Unamuno ihn in einem Werk zum Ausdruck brachte, das einen bleibenden Einfluß auf mich ausgeübt hat. Aber wo im modernen Drama findet man den tragischen Sinn des Lebens — im griechischen Sinne — prägnanter ausgedrückt als in den Stücken des Amerikaners Eugene O'Neill? Meine eigene Lebenserfahrung unter vielen Völkern, Deutschen, Engländern, Franzosen, Italienern, Slawen, Spaniern und den Indern zu Gandhi's Zeit ist, daß alle Völker sehr ähnliche Vorstellungen vom „Tragischen in der Geschichte" und im Leben haben — die Spanier, wenn man verallgemeinern will, fühlen es vielleicht ein wenig tiefer als wir übrigen.

Nichtsdestoweniger, Dr. Mann hat eine interessante Frage aufgeworfen. Der Nazi-Alptraum war eine Katastrophe für die Deutschen und für die nicht-deutschen Völker, die er berührte. Aber war er „Tragödie" — in dem griechischen Sinne, über den so viele deutsche Philosophen und Historiker mit solcher Tiefgründigkeit und Wahrheit geschrieben haben?

(Aus dem Englischen)

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Helsinki — Dichtung und Wahrheit

Vor mir liegen 67 Zeitungsausschnitte. Berichte, kurze Glossen und lange Kommentare. Sie sind das Bild der 8. Weltjugendfestspiele in Helsinki im Spiegel unserer Presse. Ich habe sie alle gelesen. Nur: ich habe mich (man erlaube mir diese Personifizierung) sozusagen nicht wiedererkannt. — Wenn in meiner Heimatstadt der Rummelplatz aufgebaut war, hatten wir als Kinder ein besonderes Vergnügen daran, uns in einer bestimmten Bude vor konkave und konvexe Spiegel zu stellen. Jeder war auf einmal ein anderer: entweder klein, zusammengedrückt und breit, oder übermäßig lang und dünn. Die Proportionen hatten sich wie durch Zauberhand verschoben. Alles war verzerrt. Und nach dem kleinen Schreck — er gehörte dazu —, daß wir so entstellt aussehen sollten, waren wir erleichtert, zu wissen: es liegt am Spiegel, daß wir nicht aussehen, wie wir sind.

Es gab Krawalle. In zwei Nächten von 22 bis 1 Uhr. Stets pünktlich war das westdeutsche Fernsehteam zur Stelle. Wir selber erfuhren immer erst am nächsten Morgen, daß was losgewesen sei. Wer aber zu Hause die Zeitung las, bekam den Eindruck, das Festival bestehe aus Schlägereien oder gehe in Schlägereien unter. Zufall? — In zehn Tagen hat es jedenfalls nicht eine einzige tätliche Auseinandersetzung mit Festival-Teilnehmern gegeben. Und zehn Tage lang sah man sie allenthalben in Helsinki.

Krach in einem Seminar: ein Teilnehmer bekommt nicht oder nicht rechtzeitig das Wort. Oder: es redet ein Student, der nicht zu seiner Heimatdelegation gehört, weil er in Moskau studiert. Ihm wird von seinen Landsleuten energisch bestritten, für ihr Land sprechen zu können. Oder: ein Holländer wird „niedergeschrien", als er vom Sowjet-Imperialismus redet. Oder: lange, einseitige Angriffe von Rednern auf den „Kolonialismus und Imperialismus des Westens". Keine Gegenstimme. — Ich bin nicht dabei gewesen. Ich lese das in unseren Zeitungen. Ich nehme an, daß alles so war, wie es da geschrieben ist, einschließlich der Abreise von 44 Ceylonesen. — Hat es das alles bei uns in unseren eigenen Reihen und Verhältnissen noch nie gegeben? Ein Freund erinnerte mich daran, daß so etwas — Manipulationen der Rednerliste, Wortentziehung, erregtes „Niederschreien" — sogar in unserem engsten Bereich, z. B. auf dem Kirchentag in Frankfurt, möglich war. (Mit einem Unterschied: Otto Nuschke reiste nicht ab.) Daß wir uns recht verstehen: ich will damit weder rechtfertigen, was in diesem Seminar in Helsinki, noch aufwärmen, was in jener Arbeitsgruppe in Frankfurt geschah. Aber wer den Kirchentag nicht nach diesen Vorkommnissen beurteilt wissen will, sollte dem Festival die gleiche Gerechtigkeit zuteil werden lassen. Immerhin: auf dem Kirchentag sind Menschen gleichen Glaubens beieinander. Auf dem Festival trifft sich Ost und West! Die Leidenschaften, die wir selber oft so schlecht zu zügeln wissen, kreiden wir „der Welt" dick an.

*

Noch einige andere Fragen seien erlaubt: Warum fand ich in keiner unserer Zeitungen auch nur ein einziges Wort über das offizielle Festival-„Treffen junger Christen"? Kein Wort über die dreistündige Pressekonferenz Martin Niemöllers nach diesem „Treffen junger Christen"? An ihr nahmen zahlreiche westdeutsche Journalisten teil. Martin Niemöller hat präzise alle Fragen nach dem Sinn und der Absicht seiner Teilnahme als Beobachter des Festivals beantwortet. Er hat sich ausführlich zu der Frage, ob und wieweit Christen mit Nicht-Christen und Atheisten zusammenarbeiten können und dürfen, geäußert. Schweigen. Verschweigen.

Statt dessen hat der westdeutsche Fernsehreporter — für ihn war das Festival, das eben erst am Sonntag begonnen hatte, am Dienstag schon zu Ende; er reiste ab, nachdem er noch die nächtlichen Krawalle finnischer Jugendlicher mit finnischer Polizei als „Festival-Ereignis" mit nach Hause nehmen konnte — in seiner Fernsehsendung am 5. August aus einer Ansprache Kirchenpräsident D. Martin Niemöllers auf einem finnischen Gemeindetag vor Beginn des Festivals Sätze herausgeschnitten, denen vorn und hinten jeder Zusammenhang fehlte, so daß mir Freunde sagten, sie hät-

ten überhaupt nicht den Sinn dieser Sätze verstehen können. Neven-Du Mont, uns schon bekannt aus seiner Sendung über das Wiener Festival, brauchte aber diesen Schnitt für seinen Kommentar: „Niemöller sagte also, daß der rote Frieden, den kommunistische Initiatoren der Weltjugendfestspiele propagieren, identisch sei mit der toleranten Friedensvorstellung des Christentums. Seine Sätze wurden begierig notiert und gaben den Kommunisten begehrtes Material." So macht man das! Warum wird so etwas aber unbesehen übernommen und gesendet? Das ist nur e i n Beispiel!

13 000 Teilnehmer zählte nach den Zeitungen das Festival — warum um Zahlen streiten? —; nicht e i n Seminar, sondern viele, einschließlich einer „Freien Tribüne", fanden statt; Delegationen aus 143 Ländern waren gekommen; von 94 international anerkannten nationalen Studentenverbänden waren 78 offiziell vertreten; 1500 Jugend- und Studentenverbände der Welt nahmen teil; 800 Journalisten waren beim Pressezentrum akkreditiert; der Generalsekretär der UNO, U Thant, hatte einen ständigen Vertreter als Beobachter zum Festival entsandt; die UNESCO hielt ein Seminar, die finnische Kultusministerin die Eröffnungsansprache im Stadion. Die Reisegruppe aus der Bundesrepublik hatte 37 Freundschaftstreffen, u. a. mit Frankreich, den USA, der Sowjetunion, mit Australien, Kanada, der DDR, mit Japan, Polen, Algerien, Mali, Kuba, der CSSR usw. Neben den Freundschaftstreffen gab es 24 Berufstreffen, so u. a. der Metall-, Berg-, Bau- und Chemiearbeiter, der Parlamentarier, der Gewerkschaftler, der Studenten. Zahlreiche kulturelle Veranstaltungen der einzelnen Länder als auch mehrerer Länder zusammen fanden in Sälen und auf Freilichtbühnen in allen Stadtteilen statt; sportliche Wettkämpfe, unzählige Begegnungen zwischen einzelnen und mehreren Teilnehmern aus verschiedenen Völkern. — Von Tag zu Tag nahm die Bevölkerung von Helsinki zunehmend am Festival teil, was in unzähligen kleinen Begebenheiten zum Ausdruck kam, bis sie sich am Schlußtag zu 100 000 von der Jugend aus aller Welt verabschiedete. Was stand davon in unseren Zeitungen? Ich habe das Festival nicht wiedererkannt.

*

„37 Teilnehmer aus der Zone in Helsinki geflüchtet" — das war die fette Schlagzeile auf der ersten Seite der „Welt" vom 7. August — desgleichen bei der „Frankfurter Allgemeinen". Die Freude darüber war unverhohlen. Sechs wurden in Bonn der Presse vorgeführt. Die übrigen 31 sollen in Finnland und Schweden sein. Warum, ist nicht recht einsichtig. Der Konsul der Bundesrepublik in Helsinki gibt jedem Paß und Flugschein. Das Angebot war da. Auch genügend Leute, die es machten. Dazu gehört, daß bereits in der ersten Nacht den Omnibussen der DDR 14 Reifen durchschnitten wurden. — Der Leiter des Presse- und Informationsamtes von Helsinki, Ryänkoski, gab die Auskunft, daß auf Grund der vorliegenden Informationen kein Zweifel darüber bestünde, daß Jugendliche aus der Bundesrepublik ihre Hand im Spiele hatten, als die nächtlichen Zwischenfälle am Sonnabend, dem 28. Juli, begannen. Die finnische Polizei habe die Einreise von Jugendlichen aus der Bundesrepublik und Schweden registriert, die offensichtlich nur mit dem einen Ziel nach Helsinki kamen, ein „Anti-Festival" aufzuziehen. (In Wien war es nicht anders.)

Nach Finnland kam mit uns Deutschen das ganze Elend unserer Teilung: die Fluchtbereitschaft, Fluchtangebot und Kalter Krieg. Unsere Zeitungen haben ihre Freude daran. Mir zieht es das Herz zusammen. — Was hilft uns aus diesem Elend heraus? Die hämischen Berichte unserer Journalisten? Schweigeminuten am 13. August? Demonstrationen an der Mauer? Schießereien an der Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland?

Wir bekommen solange keine Ruhe, solange nicht normale friedliche Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands hergestellt sind. „Das Faktum der Existenz eines zweiten deutschen Staates — das haben wir doch längst zur Kenntnis genommen. Der Staat, mit dem wir uns in Gedanken mehr beschäftigen als mit irgendeinem anderen, ist doch keine Fiktion", schrieb nun auch — ein Jahr nach dem 13. August — Marion Gräfin Dönhoff in der „Zeit", und selbst Hans Zehrer, der mit der „Welt" diese Fiktion aufrecht zu erhalten sich bemüht, muß die Frage stellen: „Aber wie soll sie (die Mauer) dann weg?"

Genau um diese Frage geht es. Die Mauer vom 13. August ist aber nur die leidvolle Verschärfung der seit 14 Jahren unbeantwortet gebliebenen Frage nach normalen friedlichen Beziehungen zu dem anderen

Teile Deutschlands. Schweigeminuten sind keine für die betroffenen Menschen hilfreiche Antwort, sondern Mätzchen. Sie beseitigen weder die Mauer, noch das Faktum des anderen deutschen Staates, noch das „vitale Interesse" der Sowjetunion — wie Gromyko sagte — an der Souveränität der DDR. Auch unser Außenminister wird mit seinen Drohungen, allen neutralen Staaten die finanzielle Hilfe zu entziehen, falls sie sich einfallen ließen, an dem Friedensvertragsabschluß mit der DDR teilzunehmen, daran nichts ändern. Er beschleunigt damit nur und komplettiert die zunehmende Isolierung der Bundesrepublik. Bonns hartnäckige Versteifung darauf, der einzige deutsche Staat zu sein, ist ein durch die Entwicklung längst überholter Anachronismus. Wie lange noch wollen unsere Regierung und unsere Parteien diesem Prinzip den Vorrang vor den Menschen geben? Sollen die Menschen — wieder einmal — einem vermeintlich unaufgebbaren Prinzip geopfert werden? Ich fürchte, daß Jens Daniel recht hat, wenn er im „Spiegel" vom 15. August schreibt: „Noch sieht es so aus, als könne Westberlin gesichert werden, wenn die DDR von Bonn anerkannt — und von den liberalen Strömungen westlich wie östlich ihrer Grenze in die Mitte genommen wird. Treibt die Berlin-Frage aber weiter ihrer Krisen-Spitze zu, von deutschen Durchhalte-Idioten angeheizt, dann wird alles, auch das Schlimmste, möglich."

Man verzeihe diesen Exkurs über unsere innerdeutsche Misere. Wer aber in seinen Berichten über Helsinki sie nicht in allen ihren Aspekten deutlich werden läßt und sie zum Maßstab für die Weltjugendfestspiele macht, verzerrt die Proportionen.

Von den 800 beim Festival akkreditierten Journalisten waren — einschließlich Funk und Fernsehen — etwa 80 aus der Bundesrepublik. Große Zeitungen hatten gleich zwei oder drei geschickt. Diese respektablen Zahlen zeigen, welche Beachtung man den Festspielen entgegenbringt. In einem merkwürdigen Gegensatz dazu steht das Bemühen in fast allen Mitteilungen und Kommentaren, die Weltjugendfestspiele dem Zeitungsleser als ein unbedeutendes Ereignis, das gescheitert sei, hinzustellen. Das war nach Wien nicht anders. Der neue Aufguß ist darum nicht überzeugender. Mit diesem Wunschdenken wird nun bei uns seit Jahren „Politik" gemacht und die Öffentlichkeit „informiert". Unsere Bewußtseins-Industrie (Enzensberger) hat geradezu eine Fertigkeit darin entwickelt, der Bevölkerung Tendenzen und Entwicklungen zu verschleiern. Sie sind bei den Weltjugendfestspielen mühelos zu erkennen. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß acht nigerianische Teilnehmer an dem Festival in Wien ein Jahr später Minister ihres unabhängig gewordenen Landes wurden. Zehn afrikanische Länder waren in Helsinki neu vertreten. Insgesamt waren 25 Länder (von 143) zum ersten Male auf einem Festival. 300 Jugendorganisationen von 1500 beteiligten waren ebenfalls zum ersten Male bei den Weltjugendfestspielen, darunter aus Frankreich die UNEF, der Verband französischer Studentenschaften, die Entsprechung unseres VDS (von den international anerkannten Studentenorganisationen waren 85% vertreten).

Das alles wird bei uns nicht zur Kenntnis genommen — weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Statt dessen werden Vorkommnisse, die niemand gutheißt, bei der Berichterstattung in den Mittelpunkt gestellt, als Teilerscheinungen dem Ganzen aufgeprägt und als das Wesentliche ausgegeben. Zum Schluß stimmt's so, wie man es haben möchte. — Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Und das ist das Gefährliche. Eines Tages werden die Schlecht-Informierten Tatsachen zur Kenntnis nehmen müssen, die sie nicht begreifen.

*

Die Jugend der Bundesrepublik, die nach Helsinki fuhr, hat dankbar und begeistert einen starken Verbündeten in ihrer Mitte gefeiert. Mit Recht. Martin Niemöller hat — wieder einmal — ein geheiligtes bundesrepublikanisches Tabu verletzt. Das werden ihm — wie so vieles anderes — diese jungen Menschen nie vergessen. Daß wieder — man verzeihe diesen Ausdruck, aber ich habe die entsprechenden Artikel gelesen — Kübel von Dreck über ihm ausgeschüttet wurden, wird ihn nicht anfechten und uns nicht irremachen. Ich bin gewiß, daß alle Anfeindungen und Verdächtigungen die junge Generation nicht werden aufhalten können, den Weg des Miteinander-Redens, der Bemühung um ein besseres gegenseitiges Verstehen, der Absage an Haß und die gegenseitige Verteufelung zu gehen. Dieser Weg ist nicht leicht. Er erfordert ständig die eigene Bereitschaft dazu. Schwierigkeiten, Rückschritte und Hindernisse müssen klar erkannt, geduldig und

beharrlich überwunden werden. Sie werden uns nicht lähmen. Resignation ist Christen nicht erlaubt.

Herbert Mochalski

Noch einmal: „Kontinuität des Irrtums" *)

Nein, eine solche Glorifizierung Hitlers kann Rauschning auf keinen Fall beabsichtigt haben. Aber die von ihm gemeinte „Kontinuität des Irrtums"*) geht doch tiefer noch, als es nach seiner Darstellung den Anschein hat. Das Verbindende zwischen dem NS und dem heutigen Regime ist keineswegs auf personellem Gebiet zu suchen, etwa in Gestalt der Globke, Fränkel u.s.w.; diese sind gebrannte Kinder, und so verwerflich auch manches sein mag, was sie im Dritten Reich getan haben, so charakterisieren sie die Haltung des heutigen Regimes in gar keiner Weise. Die „Kontinuität" liegt tiefer, nicht in der dünnen herrschenden, sondern in der das Regime tragenden Schicht; ihre Mentalität ist es, die das Regime nur zum Ausdruck bringt.

Der NS wie das heutige Regime sind aus einer Notlage heraus geboren worden. Wie ein Mensch oder ein Volk sich mit der Not auseinandersetzen, entscheidet über Rang und Wesen. Der Geist des NS war herausfordernd, der des Adenauer-Regimes ist unterwürfig, in beiden Fällen aber Ausdruck jener „bürgerlichen" Schicht, die, je nachdem, ihren Besitz entweder rücksichtslos zu erweitern strebt oder ängstlich hütet. Das ergab naturgemäß eine Front gegen den Bolschewismus, damals wie heute. Das Einzigartige besteht heute aber darin, daß innen- und außenpolitische Problematik sich eng berühren, und zwar deshalb, weil die Trennungslinie der Gesellschaftssysteme mitten durch Deutschland, mitten durch Berlin geht! Das heutige Regime kämpft wiederum, diesmal mit dem Rücken an der Wand, gegen den Bolschewismus, gegen den es unter Hitler — damals schon im stillschweigenden Auftrag der westlichen Welt — mit fliegenden Fahnen ausgezogen war. Im Gegensatz zum NS gab es aber nach 1945 eine Opposition. Doch was ist aus ihr geworden! An ihr vollendet sich erst die „Kontinuität des Irrtums" . . .

Die SPD — die Partei grundanständiger, maßvoller, gerecht denkender Menschen — ist seit 1918 vom „Ludergeruch der Revolution" abgestoßen, der schon die Liberalen von 1848 daran gehindert hat, sich mit dem „Volk" zu verbinden. Im gleichen Maße, wie die SPD vom Linksradikalismus abgestoßen war, wurde sie aber auch von rechts her angezogen. Um der „Ordnung" willen nahm die SPD die Hilfe der alten Mächte in Anspruch, woraufhin sich diese, direkt oder indirekt mit Hilfe der SPD, wieder etablierten. Das war nach 1918 und 1933 so und nicht anders nach 1945.

Am 5. März 1933 hatte die Regierungskoalition 20,4 Millionen Stimmen, die Opposition fast 19 Millionen. Wohl hatte die KPD Weisung aus Moskau, nicht mit der SPD zu koalieren, aber auch die SPD war ebensowenig dazu geneigt; sie hat nie begriffen, daß in ihrer Lage die Forderung immer zwingend war: getrennt zu marschieren, aber vereint zu schlagen, d. h. ideologisch Abstand zu wahren, aber taktisch zusammenzugehen. So verpuffte damals fast die Hälfte aller Stimmen, weil die Linke in sich gespalten war. Nach 1945 wurde bald die KP verboten, und damit wäre die SPD von jeder Auseinandersetzung mit revolutionärem Denken befreit gewesen, wenn nun nicht der Radikalismus im andern Teil Deutschlands zu solcher Auseinandersetzung herausgefordert hätte. Zweifellos kann dieses Regime in seiner stalinistischen Verbohrtheit nur aufs entschiedenste abgelehnt werden, aber das allein ist keine Lösung des Problems, das eben darin besteht, daß wir es nicht nur mit dem Radikalismus, sondern mit der beherrschenden und einen Teil Deutschlands usurpierenden Kontinentalmacht zu tun haben. Wie eh und je war die SPD nicht imstande, zugleich mit der Abwehr des Radikalismus eine oppositionelle Haltung zu bewahren und durchzufechten, und so wurde sie diesmal vollkommen zum Troß der bürgerlichen Truppen, wobei Troß der bürgerlichen Truppen, wobei allerdings auch die soziale Entwicklung nachhalf.

Da im gespaltenen Deutschland das Innen- und Außenpolitische nahe beieinander liegen, kann es in der BR keine oppositionelle These geben, die sich nicht durch die unausweichliche Verwandtschaft mit ostzonalen Thesen unmöglich machte. Eine einzigartig paradoxe und zugegebenermaßen verwirrende Situation, aus welcher

*) Vgl. gleichnamigen Aufsatz in Heft 8/62.

jedoch die SPD, halbherzig wie immer, keinen anderen Ausweg wußte, als zuguterletzt die Thesen Bonns in wesentlichen Punkten zu übernehmen.

Die „Kontinuität des Irrtums" ist damit vollkommen, nicht nur in der bürgerlichen Schicht, sondern auch in der Opposition, dort als die Verblendung der Macht, hier als die Kopflosigkeit der Ohnmacht. Auch die fürchterlichen Lehren des NS haben leider auf beiden Seiten nicht ausgereicht, die Geister zu wecken und zu klären; sie sind beide unbeirrt in der Kontinuität des Irrtums geblieben und werden diese Irrtümer auch gemeinsam verantworten müssen.

Dr. Ernst Schwarz

Dokumente zum Zeitgeschehen

Abkommen zwischen der Republik Indonesien und dem Königreich der Niederlande über West Neu-Guinea (West Irian)

Die Republik Indonesien und das Königreich der Niederlande haben unter Berücksichtigung der Interessen und Wohlfahrt der Völker des Territoriums von West Neu-Guinea (West Irian), hier als „das Territorium" bezeichnet, und in dem Wunsche, ihre Streitigkeiten um das Territorium beizulegen, folgendes beschlossen:

Ratifikation des Abkommens und Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Artikel I — Nach Unterzeichnung und Ratifikation des vorliegenden Abkommens zwischen Indonesien und den Niederlanden durch die beiden vertragschließenden Parteien werden Indonesien und die Niederlande gemeinsam den Entwurf einer Resolution in den Vereinten Nationen einbringen, mit der die Generalversammlung von dem vorliegenden Abkommen Kenntnis nimmt, die darin dem UN-Generalsekretär übertragene Funktion bestätigt und ihn ermächtigt, die ihm darin anvertrauten Aufgaben auszuführen.

Übergabe der Verwaltung.

Artikel II — Nach Annahme der in Artikel I erwähnten Resolution werden die Niederlande die Verwaltung des Territoriums einer zeitweiligen Exekutiv-Behörde der Vereinten Nationen (United Nations Temporary Executive Authority =UNTEA) übertragen, die durch den Generalsekretär und unter seiner Jurisdiktion errichtet wird, sobald der in Übereinstimmung mit Artikel IV zu ernennende Administrator der Vereinten Nationen eingetroffen ist. Die UNTEA wird die Verwaltung an Indonesien in Übereinstimmung mit Artikel XII übertragen.

Die Administration der Vereinten Nationen

Artikel III — Um die Übertragung der Verwaltung an die UNTEA nach Annahme der Resolution durch die Generalversammlung zu unterstützen, werden die Niederlande den Generalsekretär auffordern, einen Vertreter zu kurzer Konsultation mit dem niederländischen Gouverneur des Territoriums vor dessen Weggang zu entsenden. Der niederländische Gouverneur wird vor Eintreffen des Administrators der Vereinten Nationen abreisen.

Artikel IV — Ein von Indonesien und den Niederlanden akzeptierter Administrator der Vereinten Nationen wird durch den Generalsekretär bestellt.

Artikel V — Der Administrator der Vereinten Nationen wird als Chef-Beamter der UNTEA unter Aufsicht des Generalsekretärs alle Befugnisse haben, für die Zeit der

UNTEA-Administration das Territorium in Übereinstimmung mit den Vorschriften dieses Abkommens zu verwalten.

Artikel VI — 1. Während der Verwaltung durch die Vereinten Nationen wird die Flagge der Vereinten Nationen wehen.
2. Bezüglich der Hissung der indonesischen und niederländischen Flagge wurde beschlossen, daß diese Angelegenheit durch ein Übereinkommen zwischen dem Generalsekretär und den betreffenden Regierungen geregelt werden soll.

Artikel VII — Der Generalsekretär wird die UNTEA mit den nach Ansicht des UN-Administrators notwendigen Sicherheitstruppen ausstatten. Diese Truppen haben in erster Linie die bestehende Polizei der Papuas bei der Erhaltung von Recht und Ordnung zu unterstützen. Zu den gleichen Zwecken untersteht das Freiwilligenkorps der Papuas, das nach Eintreffen des UN-Administrators nicht mehr Teil der niederländischen Armee sein wird, ebenso wie die indonesischen Streitkräfte auf dem Territorium der Aufsicht und Verfügungsgewalt des Generalsekretärs. Der UN-Administrator wird in geeigneter Weise die Polizei der Papuas als Sicherheitstruppen der Vereinten Nationen zur Erhaltung von Recht und Ordnung einsetzen und ebenso die indonesischen Streitkräfte, die seiner Aufsicht unterstehen. Die niederländischen Truppenteile sollen sobald wie möglich repatriiert werden und solange sie sich auf dem Territorium aufhalten unter der Aufsicht der UNTEA stehen.

Artikel VIII — Der Administrator der Vereinten Nationen wird dem Generalsekretär über die wichtigsten Gesichtspunkte bei der Durchführung dieses Abkommens periodische Berichte unterbreiten. Der Generalsekretär wird Indonesien und den Niederlanden umfassende Berichte übersenden und nach Belieben auch der Vollversammlung oder allen Mitgliedern der Vereinten Nationen Berichte zuleiten.

Erste Phase der UN-Administration.

Artikel IX — Der Administrator der Vereinten Nationen wird sobald wie möglich in der ersten, bis zum 1. Mai 1963 beendeten, Phase der UN-Administration die leitenden niederländischen Beamten (nach der Definition des Annex A) durch Amtsträger ersetzen, die weder die holländische noch die indonesische Staatsbürgerschaft besitzen. Der UN-Administrator ist ermächtigt, diejenigen niederländischen Beamten, die nicht zur Kategorie der in Annex A definierten leitenden Amtsträger zählen und die in der UNTEA Dienst zu tun wünschen, zeitweilig zu verwenden, und zwar in Übereinstimmung mit Vorschriften und Bedingungen, die der Generalsekretär im einzelnen festlegt. So zahlreich wie möglich sollen Papuas in administrativen und technischen Positionen Aufnahme finden. Für die zu besetzenden notwendigen Ämter hat die UNTEA Vollmacht, von Indonesien bereitgestelltes Personal hinzuzuziehen. Die bisher auf dem Territorium gezahlten Gehälter bleiben in gleicher Höhe.

Artikel X — Sofort nach Übertragung der Verwaltung an die UNTEA wird diese die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens ausführlich verbreiten und erläutern und die Bevölkerung mit dem Übergang der Verwaltung an Indonesien und den in diesem Abkommen festgelegten Vorkehrungen für den Akt der Selbstbestimmung vertraut machen.

Artikel XI — Soweit mit Buchstaben und Geist des vorliegenden Abkommens vereinbar, bleiben bestehende Gesetze und Vorschriften in Kraft. Die UNTEA ist ermächtigt, neue Gesetze und Vorschriften zu erlassen oder bestehende dem Geist und Rahmen des vorliegenden Vertrages anzupassen. Die Repräsentativ-Räte sind vor dem Erlaß neuer Gesetze und Vorschriften oder der Änderung geltenden Rechts zu konsultieren.

Zweite Phase der UN-Administration

Artikel XII — Der Administrator der Vereinten Nationen wird nach Ablauf der ersten Phase der UNTEA-Administration befugt sein, jederzeit die Verwaltung ganz oder teilweise an Indonesien zu übergeben. Die Befugnisse der UNTEA werden mit dem vollständigen Übergang der Verwaltung an Indonesien erlöschen.

Artikel XIII — Die Sicherheitstruppen der Vereinten Nationen sollen nach Ablauf der ersten Phase der UNTEA-Administration durch indonesische Streitkräfte ersetzt werden. Der Abzug der UN-Sicherheitstruppen erfolgt mit der Übergabe der Verwaltung an Indonesien.

Indonesische Verwaltung und Selbstbestimmung

Artikel XIV — Nach Übertragung der vollen Verantwortung für die Verwaltung an Indonesien werden indonesische Gesetze und Vorschriften grundsätzlich auf das Territorium Anwendung finden, vorausgesetzt, daß sie vereinbar sind mit den in diesem Abkommen garantierten Rechten und Freiheiten für die Bewohner. Neue Gesetze und Vorschriften oder Änderungen für bestehende können im Geiste des vorliegenden Abkommens erlassen werden. Die Repräsentativ-Räte sind in angemessener Weise zu konsultieren.

Artikel XV — Nach Übertragung der vollen Verantwortung für die Verwaltung an Indonesien werden die weitere Verstärkung der Volksbildung, die Bekämpfung des Analphabetentums und die Förderung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Bevölkerung die Hauptaufgaben Indonesiens sein. Es sollen auch Bemühungen unternommen werden, um, entsprechend der gegenwärtigen indonesischen Praxis, die Beteiligung der Bevölkerung an der örtlichen Verwaltung durch regelmäßige Wahlen zu fördern. Alle Aspekte, die den Akt der freien Wahl betreffen, werden gemäß dem vorliegenden Abkommen geregelt.

Artikel XVI — Während der Übertragung der vollen Verantwortung für die Verwaltung an Indonesien wird eine durch den Generalsekretär nach Konsultation Indonesiens festgesetzte Anzahl von Experten der Vereinten Nationen bestimmt, (auf dem Territorium) zu verbleiben, wo immer ihre Tätigkeit und Anwesenheit erforderlich ist. Ihre Pflichten werden bis zum Eintreffen des UN-Vertreters, der sich zu gegebener Zeit an den Vorbereitungen der Selbstbestimmung beteiligen wird, auf die Mitarbeit an den Vorkehrungen zur Selbstbestimmung beschränkt sein, es sei denn, Indonesien und der Generalsekretär kommen überein, ihnen andere Expertenaufgaben zu übertragen. Die Experten sind in Ausübung ihres Dienstes dem Generalsekretär verantwortlich.

Artikel XVII — Indonesien wird den Generalsekretär auffordern, einen Repräsentanten zu bestellen, der mit einem Stab, dem die in Artikel XVI genannten Experten angehören, die Verantwortlichkeit des Generalsekretärs wahrnimmt, in solchen Angelegenheiten zu beraten, zu helfen und tätig zu werden, die in die Kompetenz Indonesiens für den Akt der freien Wahl fallen. Der Generalsekretär wird den Repräsentanten so rechtzeitig ernennen, daß dieser zusammen mit seinem Stab die Tätigkeit auf dem Territorium ein Jahr vor dem Termin der Selbstbestimmung aufnehmen kann. Einen weiteren Beamten-Stab, wie ihn der UN-Repräsentant für notwendig hält, wird der Generalsekretär in Konsultation mit Indonesien auswählen. Der UN-Repräsentant und sein Stab werden über die gleiche Bewegungsfreiheit wie das in Artikel XVI genannte Personal verfügen.

Artikel XVIII — Indonesien wird mit Unterstützung und Mitarbeit des UN-Repräsentanten und seines Stabes Maßnahmen ergreifen, um der Bevölkerung des Territoriums die Möglichkeit zu geben, eine freie Wahl zu treffen. Diese Maßnahmen werden einschließen:

A. Konsultationen mit den Repräsentativ-Räten über Prozedur und geeignete Methoden, die zur Ermittlung des frei ausgedrückten Willens der Bevölkerung zu befolgen sind;

B. die Festsetzung des genauen Termins für die Ausübung freier Wahlen innerhalb des in diesem Abkommen bestimmten Zeitraumes;

C. Formulierung der Fragen in einer Weise, die den Bewohnern eine Entscheidung ermöglicht,

(a) ob sie bei Indonesien verbleiben wollen oder

(b) ob sie ihre Bindung mit Indonesien zu lösen wünschen;

D. die Berechtigung aller erwachsenen männlichen und weiblichen Bürger zur Stimm-

abgabe bei dem in Übereinstimmung mit der internationalen Praxis abzuhaltenden Akt der Selbstbestimmung, sofern sie nicht eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen und wenn sie zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens und dem Akt der Selbstbestimmung ortsansässig sind. Eingeschlossen sind Bewohner, die das Territorium nach dem Jahre 1945 verließen und nach Beendigung der niederländischen Verwaltung an ihren Wohnsitz zurückkehren.

Artikel XIX — Der UN-Repräsentant wird dem Generalsekretär über die für eine freie Wahl getroffenen Maßnahmen berichten.

Artikel XX — Der Akt der Selbstbestimmung wird vor Ende des Jahre 1969 abgeschlossen sein.

Artikel XXI — 1. Nach Vollendung des Selbstbestimmungsrechts werden Indonesien und der UN-Repräsentant Abschlußberichte an den Generalsekretär übermitteln, der die Vollversammlung über den Ablauf des Aktes der Selbstbestimmung und dessen Ergebnis unterrichten wird.

2. Die Partner des vorliegenden Abkommens werden die Ergebnisse des Aktes der Selbstbestimmung respektieren und sich daran halten.

Rechte der Bewohner

Artikel XXII — 1. Die UNTEA und Indonesien werden der Bevölkerung des Landes alle Rechte einschließlich des Rechts der freien Rede, der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit uneingeschränkt garantieren. Darin eingeschlossen sind die bestehenden Rechte der Bewohner des Territoriums zur Zeit des Übergangs der Verwaltung an die UNTEA.

2. Die UNTEA wird die bestehenden niederländischen Verpflichtungen unter Berücksichtigung der Konzessionen und Besitzrechte übernehmen.

3. Nachdem Indonesien die Verwaltung übernommen hat., wird es solche Verpflichtungen honorieren, die nicht in Widerspruch zu den Interessen und dem wirtschaftlichen Fortschritt der Bevölkerung des Territoriums stehen. Eine gemeinsame indonesisch-niederländische Kommission wird nach Übergang der Verwaltung an Indonesien eingesetzt, um die Art der oben erwähnten Konzessionen und Eigentumsrechte zu untersuchen.

4. Während die UNTEA-Verwaltung andauert, werden Zivilisten indonesischer und niederländischer Nationalität bezüglich des Territoriums die Freiheit der Ein- und Ausreise haben.

Artikel XXIII — Mandate in den Repräsentativ-Räten, die mit der Abreise niederländischer Bürger oder aus anderen Gründen frei geworden sind, werden in Übereinstimmung mit der geltenden Gesetzgebung mittels Wahlen oder durch Ernennung der UNTEA besetzt. Die Repräsentativ-Räte sollen vor der Ernennung neuer Repräsentanten konsultiert werden.

Finanzielle Angelegenheiten

Artikel XXIV — 1. Fehlbeträge im Budget des Territoriums während der UNTEA-Verwaltung werden zu gleichen Teilen von Indonesien und den Niederlanden aufgebracht.

2. Der Generalsekretär wird Indonesien und die Niederlande bei der Vorbereitung des Budgets der UNTEA und auch in anderen finanziellen Fragen konsultieren, die sich aus den Verantwortlichkeiten der Vereinten Nationen gemäß dem vorliegenden Abkommen ergeben. Der Generalsekretär hat die letzte Entscheidung.

3. Die Partner des vorliegenden Abkommens werden den Generalsekretär für alle Kosten entschädigen, die den Vereinten Nationen wegen dieses Abkommens entstehen. Sie werden angemessene Vorschüsse leisten, um dem Generalsekretär die Erfüllung seiner Verantwortlichkeit zu ermöglichen. Die Partner des vorliegenden Abkommens übernehmen diese Vorschußzahlungen zu gleichen Teilen.

Frühere Verträge und Abkommen

Artikel XXV — Das vorliegende Abkommen beansprucht Vorrang vor anderen früher geschlossenen Vereinbarungen über das Territorium. Vorherige Verträge und Ab-

kommen, die das Territorium betreffen, sollen deshalb je nach Notwendigkeit beendet oder abgeändert werden, damit sie mit den Vorschriften des vorliegenden Abkommens übereinstimmen.

Privilegien und Immunitäten

Artikel XXVI — Für die Zwecke des vorliegenden Abkommens werden Indonesien und die Niederlande auf die Beamten, das Eigentum, die Gelder und Vermögenswerte der Vereinten Nationen Bestimmungen der UN-Konvention über Privilegien und Immunitäten anwenden. Der nach Artikel IV bestellte UN-Administrator wird ebenso wie der gemäß Artikel XVII berufene UN-Repräsentant die besonderen Privilegien und Immunitäten des Kapitel 19 der UN-Konvention über Privilegien und Immunitäten genießen.

Ratifikation

Artikel XXVII — 1. Das vorliegende Abkommen wird in Übereinstimmung mit den verfassungsmäßigen Prozeduren der vertragschließenden Parteien ratifiziert werden.

2. Die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich im Hauptquartier der Vereinten Nationen von den akkreditierten Vertretern der vertragschließenden Parteien ausgetauscht werden.

3. Der Generalsekretär wird ein Protokoll über den Austausch der Ratifikationsurkunden aufsetzen und jede der vertragschließenden Parteien mit einer beglaubigten Kopie davon versehen.

Inkrafttreten

Artikel XXVIII — 1. Das vorliegende Abkommen wird nach Annahme der in Artikel I dieses Abkommens genannten Resolution der Generalversammlung in Kraft treten.

2. Nach Inkrafttreten wird der Generalsekretär der Vereinten Nationen das vorliegende Abkommen gemäß Artikel 102 der (UN-)Charta registrieren.

Authentischer Text

Artikel XXIX — Der authentische Text des vorliegenden Abkommens ist in englischer Sprache abgefaßt. Übersetzungen in die indonesische und niederländische Sprache werden die vertragschließenden Parteien ausgetauscht.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten, die zu diesem Zweck von ihren Regierungen ordnungsgemäß autorisiert wurden, das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

Gefertigt im Hauptquartier der Vereinten Nationen, New York, am 15. August 1962 in drei gleichen Kopien, von denen eine beim Generalsekretär hinterlegt und je eine den Regierungen der vertragschließenden Parteien zugeleitet werden soll.

(Übersetzt nach: Agreement Between The Republic Of Indonesia And The Kingdom Of The Netherlands Concerning West New Guinea [West Irian].) Copyright deutsche Übersetzung „Blätter für deutsche und internationale Politik".

Warum ein solches Maß an Aufrüstung?

Offener Brief von 177 amerikanischen Professoren an Präsident Kennedy

Herr Präsident!

Wir sehen einen beunruhigenden Widerspruch in den politischen Maßnahmen, die unserer Nation Sicherheit geben sollen.

In der Erkenntnis, daß ein größerer Atomkrieg keinen Sieger kennen und die Menschheit wahrscheinlich vernichten würde, hat sich unsere Regierung zu dem Ziel allgemeiner Abrüstung bekannt. Gleichzeitig verfolgt sie jedoch eine Rüstungspolitik, die nach unserer Ansicht ein dauerndes Scheitern der Abrüstungsverhandlungen garantiert.

Wichtige Enthüllungen durch Mitglieder Ihrer Regierung unterstützen diese Befürchtung. Der stellvertretende Verteidigungsminister Gilpatric hat festgestellt, daß unsere Möglichkeiten zu einem Vergeltungsschlag mindestens so groß sind wie diejenigen, die

Rußland für seinen ersten Schlag besitzt. Dies bedeutet, daß unsere Schlagkraft ein Vielfaches der russischen beträgt. Zu der angeblichen „Raketenlücke" ist es nicht gekommen, außer im umgekehrten Sinne. Diese Mitteilung erhöht unser augenblickliches Sicherheitsgefühl; wie aber beeinflußt sie unsere Hoffnung auf langfristige Sicherheit durch allgemeine Abrüstung?

Das nachhaltigste Hindernis liegt in der Frage der Inspektion. Die Vereinigten Staaten bestehen auf uneingeschränkter Inspektion schon im Anfangsstadium. Die Sowjetunion will dieser erst in einem späteren Stadium zustimmen. Warum?

Es ist einfach, die Russen für diese Sackgasse allein verantwortlich zu machen und die Möglichkeit von Abrüstungsverhandlungen mit ihnen zu bezweifeln. Die erst neuerlich enthüllte Tatsache, daß wir auf dem atomaren Gebiet entscheidende Überlegenheit besitzen, deutet darauf hin, daß das Problem vielschichtiger ist. Da die Russen unsere Vergeltungskraft nicht lähmen können, ist es ihnen auch unmöglich, uns einen wirkungsvollen ersten Schlag zuzufügen. Auf der anderen Seite können jedoch auch die Vereinigten Staaten nicht mit Erfolg als erste angreifen, solange ihnen die genaue Lage der sowjetischen Basen nicht bekannt ist. Um ihre begrenzte Kraft zu schützen, beharrt die Sowjetunion auf geographischer Geheimhaltung und widersetzt sich hartnäckig unseren Inspektionswünschen. Die Vereinigten Staaten können in ihrem Gebiet keine Geheimhaltung aufrechterhalten. Stattdessen haben wir im Vertrauen auf unsere größere industrielle Kapazität eine gewaltige Atommacht geschaffen.

In dieser waffentechnischen Überlegenheit sehen wir eine überzeugende Erklärung für das Abrüstungsdilemma. Der sowjetische Plan würde den Vereinigten Staaten einen angemessenen Schutz gegen verborgene Waffen vorenthalten; unser Plan würde der UdSSR nicht die Geheimhaltung gewährleisten, die sie für die Aufrechterhaltung ihrer Abschreckungskraft für notwendig hält. Diese Erklärung finden wir ermutigend. Die Abrüstungsverhandlungen mögen fruchtbar werden, wenn durch ein größeres Rüstungsgleichgewicht für die Sowjets die Notwendigkeit zur Geheimhaltung entfällt.

Können die Vereinigten Staaten jedoch ihre überwältigende atomare Überlegenheit vermindern, ohne ihre Sicherheit zu gefährden? Die neuesten technischen Entwicklungen lassen einen solchen Kurs als denkbar erscheinen. Wir haben mit der Herstellung von Waffen begonnen, die buchstäblich unverwundbar sind: Polaris-Raketen in Unterseebooten und unter der Erde verborgenen Minuteman-Raketen.

Mit diesen neuen Waffen brauchen sich die Vereinigten Staaten nicht mehr auf eine gewaltige zahlenmäßige Überlegenheit für ihre Verteidigung durch Abschreckung zu stützen. Unsere Verteidigungsmacht ist angemessen, wenn sie über genügend dieser Waffen verfügt, um im Vergeltungsfalle alle größeren sowjetischen Städte zerstören zu können.

Trotz aller dieser Tatsachen erleben wir die Vorbereitungen zu einem Programm, dessen gewaltiges Ausmaß über das, was zur Abschreckung notwendig wäre, weit hinausgeht. Nach den Angaben des Verteidigungsministeriums wollen die USA bis 1965 800 Minuteman-Raketen, über 200 Atlas- und Titan-Raketen, 950 interkontinentale Bomber und ungefähr 650 Raketen auf 41 Polaris-Unterseebooten besitzen. Darüber hinaus stehen uns ungefähr 1300 Flugzeuge zur Verfügung, die von überseeischen Stützpunkten und Flugzeugträgern aus Atombomben befördern können. Um die Bedeutung dieser Zahlen zu ermessen, denke man daran, daß sich mit einem Bomber oder einer Rakete eine Sprengwirkung erzielen läßt, die größer ist als der Gesamtaufwand an Sprengstoff während des Zweiten Weltkrieges.

Warum entwickeln die Vereinigten Staaten eine solche phantastische Streitmacht?

Nach den neuesten Erklärungen des Verteidigungsministers McNamara fürchten wir, daß der Grund in einem radikalen Umschwenken von einer in erster Linie defensiven Politik auf eine als „Gegenkraft" bezeichnete nukleare Strategie zu suchen sein könnte. Danach müßten wir eine Streitmacht anstreben, die so groß und differenziert wäre, daß wir in der Lage wären, 1. die meisten militärischen Anlagen der Sowjetunion zu zerstören und 2. noch hinreichende Kraftreserven zurückzubehalten, um mit einer Zerstörung ihrer Städte zu drohen. Diese Politik soll es uns erlauben, bei der Verteidigung unserer lebenswichtigsten Interessen auf das Mittel eines atomaren Krieges zurückzugreifen, ohne Zerstörung von Städten auf beiden Seiten.

Bei oberflächlicher Betrachtung scheint diese Strategie humaner zu sein als eine Abschreckungsstrategie, bei der die Gefahr einer Bombardierung der Zivilbevölkerung besteht. Kann sich aber jemand, der sich an die Bombenangriffe des Zweiten Weltkrieges erinnert, vorstellen, daß bei einem größeren atomaren Krieg die Städte verschont bleiben würden? Herr Präsident, es könnte scheinen, als ob diese neue Strategie vorübergehende Lösungen für einige der Probleme enthält, denen Sie sich gegenübersehen:

- Sie könnte unsere NATO-Alliierten davon abhalten, eigene atomare Streitkräfte aufzubauen, indem sie jedermann unmißverständlich davon überzeugte, daß wir gerüstet sind, sie zu verteidigen.
- Sie könnte sogar die Russen vorübergehend zugänglicher machen.

Aber zweifellos würden diese kurzfristigen Vorteile bald durch eine böse Flut späterer Konsequenzen hinweggespült:

- Würde diese Strategie nicht genau das bewirken, was sie zu verhindern sucht? Würde nicht die Sowjetunion dazu gezwungen, ihre Kapazität enorm zu erhöhen, um unsere Städte mit den Waffen zu zerstören, die den Angriff überdauerten?
- Würde diese Politik nicht zusammenbrechen, wenn die Russen genügend unverwundbare Waffen entwickelten?
- Führt diese Politik nicht zur Verewigung eines unbegrenzten Rüstungswettlaufes und vergrößert sie nicht gleichzeitig die Gefahr eines zufälligen Krieges in einer spannungsvollen und furchterfüllten Welt?
- Und, was am schlimmsten ist, blockiert diese Politik nicht jeden Fortschritt auf die Abrüstung hin? Wenn wir eine überwältigende nukleare Überlegenheit anstreben, hat dann die Sowjetunion überhaupt noch eine andere Wahl, als die Geheimhaltung aufrechtzuerhalten und unseren Abrüstungsvorschlägen mit äußerstem Mißtrauen zu begegnen?

Wir empfehlen deshalb auf das eindringlichste, daß Sie:

1. Den Umfang unseres Kernwaffenprogramms beträchtlich verringern, wie es einer reinen Abschreckungsstrategie entspricht;
2. Öffentlich und mit Bestimmtheit auf jeden strategischen Gebrauch von Kernwaffen verzichten außer in Erwiderung eines Angriffs auf uns oder unsere Alliierten;
3. Unsere Abrüstungsvorschläge überprüfen, um durch eine unverhältnismäßige Reduzierung unserer Waffen einem Gleichstand näherzukommen, bevor die Sowjetunion ihre Geheimhaltung aufzugeben hätte.

Lassen Sie uns nicht in eine aggressive Stellung treiben — oder absichtlich hineinmarschieren.

Lassen Sie uns stattdessen die Politik verfolgen, welche sich aus Ihrer eigenen beredten Erklärung ergeben müßte: „Heute muß jeder Bewohner dieses Planeten an den Tag denken, an welchem dieser Planet vielleicht nicht mehr bewohnbar ist. Jeder Mann, jede Frau und jedes Kind lebt unter dem atomaren Schwert des Damokles, welches an einem hauchdünnen Faden hängt und jeden Augenblick durch Zufall, durch einen Rechenfehler oder durch eine Wahnsinnstat durchschnitten werden kann . . . Das der Abrüstung innewohnende Risiko verblaßt gegenüber den Risiken, die einem unbegrenzten Rüstungswettlauf innewohnen." (Vereinte Nationen, September 1961.)

Boston University: Joseph Ablow, Feine und angewandte Künste; Archie A. Abrams, Medizin; Paul Kurt Ackermann, Moderne Sprachen; Gerald Barnes, Soziologie; Chester C. Bennett, Psychologie; Morton Berman, Englisch; Saul Bernstein, Sozialfürsorge; Robert S. Cohen, Physik; Rose A. Godbout, Krankenpflege; Elizabeth J. Hall, Krankenpflege; Sam Hedrick, Theologie; A. H. Hegnauer, Physiologie; Dean Hosken, Religion; Paul E. Johnson, Theologie; Conan Kornetsky, Pharmakologie; John H. Lavely, Philosophie; Fabian J. Lionetti, Biochemie; Earl R. Loew, Physiologie; Jeane Murphy, Sozialfürsorge; Gottfried E. Noether, Mathematik; Frieda Rebelsky, Psychologie; John Gammons Read, Erziehung; L. J. Reyna, Psychologie; Michael Rice, Physik; S. Paul Schilling, Theologie; Eduard Wagenknecht, Englisch; Marx W. Wartofsky, Philosophie.

Brandeis University: Lewis A. Coser, Soziologie; Herman T. Epstein, Biologie; David L. Falkoff, Physik; G. Fasman, Biochemie; Ray Ginger, Geschichte; Nahum N. Glatzer, Geschichte; Oscar Goldman, Mathematik; Lawrence Grossman, Biochemie; Richard Held, Psychologie; Mary Ellen Jones, Biochemie; Richard M. Jones, Psychologie; Nathan

O. Kaplan, Biochemie; Harold P. Klein, Biologie; Harold L. Levine, Mathematik; Henry Linschitz, Chemie; Ramsay MacMullen, Geschichte; Borbett L. Mintz, Psychologie; Richard S. Morgan, Biochemie; Ulric Neisser, Psychologie; Richard S. Palais, Mathematik; Philip Rahv, Englisch; Myron Rosenblum, Chemie; Frederick Schick, Philosophie; Jerome Schiff, Biologie; Miriam Schurin, Biologie; Morris S. Schwartz, Soziologie; Richard L. Sklar, Politik; Philip E. Slater, Soziologie; Morris Soodak, Biochemie; Maurice R. Stein, Soziologie; Arnold Strickon, Anthopologie; Maurice Sussmann, Biologie; Caldwell Titcomb, Musik; E. V. Walter, Soziologie; Kurt H. Wolff, Soziologie; Harry Zohn, Deutsch; Edgar Zwilling, Biologie.

Harvard University: Benjamin Alexander, Medizin; Gordon W. Allport, Soziale Beziehungen; Harold Amos, Bakteriologie; C. B. Anfinsen, Biologische Chemie; Joseph C. Aub, Medizin; Elso S. Barghoorn, Biologie; E. S. Castle, Biologie; David F. Cavers, Recht; Stanley Cobb, Neuropathologie; A. H. Coons, Bakteriologie; Bernard D. Davis, Bakteriologie; John T. Edsall, Biologie; Howard W. Emmons, Angewandte Physik; Frank Ervin, Psychiatrie; Ned Feder, Biologie; Jacob Fine, Chirurgie; Roderick Firth, Philosophie; A. Stone Freedberg, Medizin; Sanford Gifford, Psychiatrie; Myron P. Gilmore, Geschichte; Elwood Hennemann, Physiologie; Howard H. Hiatt, Medizin; J. R. Hightower, Fernöstliche Sprachen; Mahlon B. Hoagland, Bakteriologie; H. Stuart Hughes, Geschichte; K. J. Isselbacher, Medizin; Herman M. Kalckar, Biochemie; Edwin C. Kemble, Physik; Alexander Leaf, Medizin; R. P. Levine, Biologie; Bernard Lown, Ernährungswissenschaft; Kirtley F. Mather, Geologie; Everett I. Mendelsohn, Wissenschaftsgeschichte; Matthew Meselson, Biologie; Paul L. Munson, Pharmakologie; Leonard K. Nash, Chemie; John R. Pappenheimer, Physiologie; Charles D. Parsons, Philosophie; Talcott Parsons, Soziale Beziehungen; John R. Raper, Biologie; David Riesman, Sozialwissenschaften; Raymond Siever, Geologie; B. F. Skinner, Psychologie; John P. Spiegel, Psychiatrie; Norman W. Storer, Soziale Beziehungen; James R. Ware, Chinesisch; Ralph H. Wetmore, Biologie; Joshua Whatmough, Sprachwissenschaft; Amos N. Wilder, Theologie; T. Hastings Wilson, Physiologie; Paul I. Yakovley, Neurologie.

Massachusetts Institute of Technology: Eugene Bell, Biologie; John Bossons, Betriebswissenschaft; Noam Chomsky, Moderne Sprachen; John F. Cochran, Physik; Charles D. Coryell, Chemie; Murray Eden, Elektrotechnik; H. W. Fairbairn, Geologie; B. T. Feld, Physik; Herman Feshbach, Physik; Harold Freeman, Statistik; Glen E. Gordon, Chemie; Myron J. Gordon, Betriebswissenschaft; Robert L. Kyhl, Elektrotechnik; Cyrus Levinthal, Biologie; M. Stanley Livingston, Physik; Salvador E. Luria, Biologie; Kevin Lynch, Städteplanung; Boris Magasanik, Biologie; S. J. Mason, Elektrotechnik; Norman A. Phillips, Meteorologie; Hilary Putnam, Klassische Philologie; Alexander Rich, Biologie; Bruno Rossi, Physik; William F. Schreiber, Elektrotechnik; C. Fayette Taylor, Maschinenbau; Laszlo Tisza, Physik; George W. Whitehead, Mathematik; Hurd C. Willett, Meteorologie; John W. Winchester, Geologie; George Wolf, Ernährungswissenschaft.

Northeastern University: Alan H. Cromer, Physik; Marvin Gettner, Physik; Michael J. Glaubman, Physik; Donald S. Pitkin, Soziologie; Eugene J. Saletan, Physik.

Tufts University: Freeland K. Abbott, Geschichte; Louis S. Chase, Psychiatrie; John Cornwall, Nationalökonomie; Dorothea J. Crook, Psychologie; William Dameshek, Medizin; Albert S. Dreyer, Sozialwissenschaften; Franklyn D. Holzman, Nationalökonomie; Norman I. Krinsky, Pharmakologie; Zella Luria, Psychologie; Walter S. McNutt, Pharmakologie; Robert L'H. Miller, Religion; Thornton B. Roby, Psychologie; Edwin M. Schur, Soziologie; Jack Tessman, Physik; Samuel S. Turesky, Zahnärztl. Wissenschaften.

Wellesley College: J. L. Benson, Kunst; Charlotte E. Goodfellow, Latein; Edward V. Gulick, Geschichte; Walter E. Houghton, Englisch; Katherine Lever, Englisch; W. Warren Wagar, Geschichte.

Andere Hochschulen: Hudson Hoagland, Biologie, Worcester Foundation; Sumner M. Rosen, Nationalökonomie, Simmons College; Frank G. Rothman, Biologie, Brown University; Leila Sussman, Soziologie, University of Massachusetts; Albert Szent-Gyorgyi, Biologie, Biolog. Laboratorium der Marine; David Todd, Chemie, Worchester Polytechnical Institute.

Erschienen als Anzeige in der amerikanischen Ausgabe der New York Times v. 21. 8. 62.

Copyright dt. Übersetzung „Blätter f. deutsche und internationale Politik".

Bemerkungen:

William Lawrence Shirer, 1904 geboren, Korrespondent amerikanischer Nachrichtenbüros und Zeitungen in Europa, im Nahen Osten und in Indien, lebte als Journalist von 1925 bis 1941 in Berlin. Sein 1941 erschienenes „Berlin Diary" fand in den USA große Beachtung. (Ferner: „End of Berlin Diary", 1947) 1960 veröffentlichte er, nach jahrelangem Quellenstudium, das große Werk „The Rise and Fall of the Third Reich".

Docteur Joseph Weill lebt als Internist in Straßburg. Er ist 1902 in Boucwiller, Bas Rhin, geboren und wurde nach Studien an der Medizinischen Fakultät in Straßburg Chefarzt an der Clinique Ste. Anne daselbst. Von 1933 bis 1939 war er in der sozialen Fürsorge für die aus Deutschland geflohenen oder geretteten Kinder tätig, 1939/40 leitete er die Fürsorgearbeit für die aus Lothringen evakuierten Flüchtlinge in der Charente. Er war während des Krieges einer der Mitbegründer des „Comité de Nimes" (Internationales Komitee für die Konzentrationslager in Südfrankreich) und hat u. a. mehrere medizinische Untersuchungen über Hungerkrankheiten in den KZ veröffentlicht. Neben zahlreichen sozialpolitischen und sozialmedizinischen Arbeiten gab er 1949 eine Anthologie moderner Bibelübersetzungen heraus. Docteur Weill ist Präsident des Consistoire Israelite du Bas Rhin.

Wir bitten unsere Leser

von der neuen, von nun an jedem Heft der „Blätter" beiliegenden blauen Antwortkarte Gebrauch zu machen.

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
RA Erwin Fischer
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayiron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Oreste Rosenfeld
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
Pfr. Peter Walter
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari

Bemerkungen:

William Lawrence Shirer, 1904 geboren, Korrespondent amerikanischer Nachrichtenbüros und Zeitungen in Europa, im Nahen Osten und in Indien, lebte als Journalist von 1925 bis 1941 in Berlin. Sein 1941 erschienenes „Berlin Diary" fand in den USA große Beachtung. (Ferner: „End of Berlin Diary", 1947) 1960 veröffentlichte er, nach jahrelangem Quellenstudium, das große Werk „The Rise and Fall of the Third Reich".

Docteur Joseph Weill lebt als Internist in Straßburg. Er ist 1902 in Boucwiller, Bas Rhin, geboren und wurde nach Studien an der Medizinischen Fakultät in Straßburg Chefarzt an der Clinique Ste. Anne daselbst. Von 1933 bis 1939 war er in der sozialen Fürsorge für die aus Deutschland geflohenen oder geretteten Kinder tätig, 1939/40 leitete er die Fürsorgearbeit für die aus Lothringen evakuierten Flüchtlinge in der Charente. Er war während des Krieges einer der Mitbegründer des „Comité de Nimes" (Internationales Komitee für die Konzentrationslager in Südfrankreich) und hat u. a. mehrere medizinische Untersuchungen über Hungerkrankheiten in den KZ veröffentlicht. Neben zahlreichen sozialpolitischen und sozialmedizinischen Arbeiten gab er 1949 eine Anthologie moderner Bibelübersetzungen heraus. Docteur Weill ist Präsident des Consistoire Israelite du Bas Rhin.

Wir bitten unsere Leser

von der neuen, von nun an jedem Heft der „Blätter" beiliegenden blauen Antwortkarte Gebrauch zu machen.